

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Verleger: Amt IV. Nr. 1983.

Freitag, den 15. November 1907.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV. Nr. 1984.

Die Insertions-Gebühr
Beträgt für die sechsgeheften Kolonnenzeile über deren Raum 50 Wg. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Berufungs-Anzeigen 30 Wg. „Kleine Anzeigen“, das erste (eingedruckte) Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 10 Wg. Stellen-Anzeigen das erste Wort 10 Wg., jedes weitere Wort 5 Wg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis: pro Nummer 1 Pf. Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk., wöchentlich 28 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit Illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1.10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Preisliste. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Rußland, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Abonat Geld außer Posttag.

Industrialismus und Liberalismus.

Im Anfang des Bloks steht das Zollkartell. Erst nach dem durch die Durchdringung des neuen Zolltarifs und den Abschluß der wichtigsten Handelsverträge der Streit um die Handelspolitik fürs nächste keine Aktualität verloren hatte, wurde die Möglichkeit gegeben zum Zusammenschluß sämtlicher bürgerlichen Parteien. Die materiellen Interessengegensätze sind so zum Teil überbrückt, zum anderen ist ihnen ihre Aktualität genommen worden; die idealen aber sind für die bürgerlichen Parteien längst zur Staffage geworden und haben nie Stand halten können gegenüber dem gemeinsamen Ausbeuterinteresse, das den Kampf gegen die Sozialdemokratie diktiert.

So war es schon 1879 — Zollkartell und Sozialistengesetz. So 1887 — Zollkartell und Wahlkartell gegen die Sozialdemokratie. Und so auch 1907.

Dagegen führte die liberalisierende *Aera Caprivi* zu den bekannnten Handelsverträgen mit ermäßigtem Zollschutz.

An der Schulreform und an der Polizeireform — wozu auch die Aufhebung der Beschränkungen der Vereins- und Versammlungsfreiheit gehört — wird der Blok nicht in die Brüche gehen, aber die handelspolitischen Gegensätze werden ihn auseinanderprengen.

Die handelspolitischen Gegensätze lassen sich aber in Deutschland längst nicht mehr in die einfache Formel fassen: Liberale kontra Konservative. Die Nationalliberalen sind ja zu einem großen Teil schutzöllnerisch, die Konservativen sind keineswegs rein agrarisch. Es war doch kein Zufall und läßt sich bei einer ernsten politischen Betrachtung am allerwenigsten durch die Jagd nach Landratsstellen erklären, daß die Konservativen feinerzeit für die Caprivischen Handelsverträge gestimmt haben. Man erinnere sich, daß der „Bund der Landwirte“ eine gegen die Konservativen gerichtete oppositionelle Gründung war, daß die Agrarier „unter die Sozialdemokraten gehen“ wollten und daß sie ein starkes Jahrzehnt gegen die „pflaumenweichen“ Gouvernementsalen zu kämpfen hatten.

Die Geschichte des neuen deutschen Zolltarifs ist zur Beurteilung der politischen Entwicklung des Reiches viel wichtiger als dieser selbst. Der Kampf zwischen den Agrariern und Konservativen nahm so scharfe Formen an, daß der „Bund“ eine eigene Partei gründen wollte. Er erwies sich aber nicht stark genug dazu. Das war 1898. Nun erst bildete sich ein enger Zusammenschluß zwischen den Konservativen und den Agrariern heraus: der „Bund“ sieht ein, daß er ohne die Konservativen nicht auskommen kann, die Konservativen erkennen, daß der „Bund“ durch die von ihm ausgewählten bäuerlichen Schichten ihnen eine mächtige politische Stütze verschafft. Indessen werden die agrarischen Elemente im ganzen Lande organisiert oder jedenfalls rebellisch gemacht und von innen heraus sowohl Zentrum wie Nationalliberale beeinflusst. Nur so, nicht als selbständige Partei — als solche wären sie sicher in einer ausichtslosen Minorität geblieben — sondern indem sie sämtliche bürgerliche Parteien durch ihr geschlossenes, organisiertes Auftreten innerhalb der herrschenden politischen Zersplitterung zu bestimmen wußten, haben die Agrarier ihre Machtstellung erlangt. Die Industriepartei, die doch sicher den Freihandel nicht zu fürchten hatten, schlossen sich ihnen an, weil durch Schutzzölle ihnen die Preistreiber im Inlande erleichtert wurde. Ueber allem aber stand das finanzielle Interesse der Regierung, die neue Steuern haben wollte und infolgedessen mit einem Hochdruck arbeitete, wie nie zuvor. Man setzte Zölle auf Zölle, um die Interessen der Industrie auszugleichen, und brachte schließlich den neuen Zolltarif doch nur durch einen parlamentarischen Gewaltstreich unter Dach und Fach, nachdem ein Sturm der Opposition, neben den Arbeitern, die gesamte städtische Bevölkerung ergriffen hatte.

Es waren also sehr große Schwierigkeiten zu überwinden, um den neuen Zolltarif zustande zu bringen.

Die Interessen der Industrie, die schon 1892 den Uebergang zu Handelsverträgen mit einem gemäßigteren Zollschutz diktiert haben, wirken auch jetzt und steigern ihre Wirkung mit der Entwicklung des Weltmarktes ganz eminent. Zum Glück ist die Einführung des neuen Zolltarifs in die Periode eines ganz außerordentlichen industriellen Aufschwungs gefallen. Wie aber erst, wenn die Handelskrisis kommt und das Exportbedürfnis sich desto dringender zeigt, je mächtiger die Industrie zur Zeit des Aufschwungs sich ausgebreitet hat? Eine der wichtigsten Exportländer der Welt, ist Deutschland an der Offenhaltung der fremden Märkte interessiert. Indem es sich aber auf den Boden des Schutzzolls stellte, hat es die Schutzsysteme der ganzen Welt befestigt. Das ist die Basis, auf der es seine neuen Verträge schloß: Schutzzölle gegen Schutzzölle. Die handelspolitischen Nachteile stellen sich denn auch für Deutschland in allen Ländern ein, ganz besonders aber im Verkehr mit den großen englischen Kolonien.

Durch den neuen deutschen Zolltarif ist der englische Imperialismus mehr gefördert worden, als durch den englischen Zuzentriebe.

Die deutsche Handelskonkurrenz in den englischen Kolonien war bekanntlich eins der Hauptmomente, die England veranlaßten, auf eine handelspolitische Abschließung seiner Kolonien hinzuwirken. Wenn nun aber jetzt Deutschland, statt seinen Handelsverkehr mit jenen Gebieten zu fördern, vielmehr zwischen sich und ihnen Schutzzölle aufbaut und zu Schutzzöllen reizt, so kann das England offenbar nur höchst willkommen sein. In einem Augenblick, da man in Deutschland die Zölle für die landwirtschaftliche Ausfuhr Kanadas erhöhte, verlangte man von diesem die gleiche Behandlung mit dem englischen Mutterlande, das überdies freie Einfuhr landwirtschaftlicher Produkte hat! Die Folge war die Lahmlegung des gesamten deutschen Handelsverkehrs mit Kanada — die größte handelspolitische Schlappe, die Deutschland sich jemals geholt hatte. Und auf Kanada folgt jetzt Australien, das ebenfalls einen Vorzugstarif für England einführt. Nunmehr ist man freilich in Deutschland durch die Erfahrungen des Zollkriegs mit Kanada so gewarnt worden, daß man den Widerstand gar nicht mehr wagt.

So hindert Deutschland durch seine Zollpolitik die Handelsentwicklung mit jenen reichen Kolonialgebieten, in denen eine zivilisierte Bevölkerung eine rasche Steigerung des Warenbedarfs erzeugt, und sucht sich dafür Ersatz zu schaffen — unter den Regern Afrikas. Die Handelsstatistik zeigt, daß die deutschen Kolonien selbst bei der glänzendsten Entwicklung noch lange nicht so viel Waren beziehen können, als Australien und Kanada schon jetzt aus Deutschland allein beziehen!

Kanada ist an den deutschen Getreidezöllen, Australien an den Fleischzöllen interessiert. Ohne Zugeständnisse seinerseits wird Deutschland die englischen Vorzugszölle in den beiden Ländern niemals durchbrechen können. Indessen ist bereits die deutsche Ausfuhr nach Kanada in wenigen Jahren um 50 Proz. zurückgegangen!

Zugleich zeigt sich die Wirkung des neuen Zolltarifs in einer Lebensmittelerhöhung, die selbst die kühnsten Spekulationen der Agrarier übertrifft. Das reizt schon jetzt die weitesten Schichten der Bevölkerung auf, wird es noch mehr tun, wenn die Handelskrisis erst ihre Wirkungen voll entfaltet.

So schafft die Bloktopolitik eine steigende Opposition, und es reifen im Blok Interessengegensätze heran, die nicht bloß die Liberalen, sondern sogar die Konservativen unter sich selbst uneinig machen müssen.

Kaiserworte und Flottentreiber.

Während in England Friedens- und Freundschaftsversicherungen getauscht werden, fahren unsere Flottentreiber fort, für erneute Seekriegserklärungen eine tüchtige Propaganda zu betreiben. Dem Grafen Reventlow folgt heute im „Tag“ der berühmte Flotten-Reim. Er vergleicht auf Grund mehr oder minder richtiger Rissen Deutschlands Flotte mit der Englands und Americas und fordert auf Grund dieses Vergleichs ein beschleunigtes Tempo des Flottenrisens: „Eine Vorlage tut dringend not, welche das Gesetz von 1900 herzhast forrgiert.“ Also ganz Reventlow!

Was geht uns aber die amerikanische und englische Flottenstärke an? Ganz abgesehen davon, daß beide Länder unendlich reicher sind als Deutschland und daß sie nicht die enormen Opfer für die Landarmee aufzubringen haben wie Deutschland: warum sollen wir es denn Amerika und England gleichtun? Rivalisieren wir etwa in Ostasien mit Japan, wie Amerika, besitzen wir etwa Indien? Oder könnte Deutschland etwa den aberwichtigen Bunsch hegen, etwa in Südamerika oder Asien Kolonien zu erwerben? Wenn nicht, wozu dann der Wettlauf mit diesen beiden Staaten?!

Und hat nicht gerade Wilhelm II. in England denselben Gedanken ausgesprochen, den die Sozialdemokratie stets vertreten hat? Er sagte in einer seiner Reden:

„Die Hauptstütze und die Grundlage des Weltfriedens ist aber die Aufrechterhaltung von guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern. Ich werde auch weiterhin dieselben stärken, soweit dies in meiner Macht liegt. Die Wünsche der deutschen Nation beden ich hierin mit den meinigen. Dann wird die Zukunft glänzende Aussicht zeigen, und der Handel zwischen den Nationen, die sich gegenseitig vertrauen gelernt haben, sich weiter entfalten.“

In der Tat: Während unsere Flottenmarnen die indische Ansicht vertreten, England könne auf Deutschlands Handel eifersüchtig werden, beweisen die statistischen Tatsachen, daß beide Länder bei den friedlichen Handelsbeziehungen gleich gut fahren! Deutschlands Handel nach England und seinen Kolonien hat sich im Zeitraum von 1899 bis 1906 von 1019 auf 1350 Millionen gehoben, also um 331 Millionen zugenommen! Und Englands Ausfuhr nach Deutschland ist in dem gleichen Zeitraum von 1260 auf 1528 Millionen angewachsen, hat also um 268 Millionen zugenommen! Wo soll da eine Rivalität herkommen?!

Die einzige Reibung entsteht durch das törichte Flottentwettren! Es schlägt dem Wohlstand beider Nationen die schwersten Wunden und sät untillgbares Mißtrauen! —

Stehen Lehrer außerhalb der Verfassung?

Die „Goth. Ztg.“ hatte einen Lehrer in beleidigender Form angegriffen, weil er angeblich bei der Reichstagswahl für die Sozialdemokratie gestimmt habe. Die Strafkammer verurteilte den Redakteur des Blattes auch zu einer Geldstrafe, weil dem Lehrer die Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels nicht nachzuweisen sei. Die Nachrede, der Lehrer habe sozialdemokratisch gewählt, sei aber beleidigend. Denn: ein Lehrer trete durch seinen Dienst in ein Verhältnis zum Staate, mit dem die Betätigung einer antimonarchischen Gesinnung unvereinbar sei!

Nach dieser richterlichen Auffassung existierten also die verfassungsmäßigen Staatsbürgerrechte nicht für Lehrer! Allerdings folgt die Strafkammer dabei nur der Ansicht des Reichsgerichts, das sich bei anderen Beamten auf den gleichen Standpunkt gestellt hat. Nichtsdestoweniger verstoßt diese Auffassung gegen die Grundgesetze jeder modernen Verfassung!

Wie übrigens einsichtige Lehrer, die die Sozialdemokratie kennen, über sie denken, beweisen die Ausführungen, die der Bremer Lehrer Sonnemann kürzlich in einer Zeitschrift gemacht hat. Er sagte:

„Aber die Noten wollen den Umsturz!“ Umsturz hin, Umsturz her! Wir sind keine Kinder, die man granen macht. Wir wissen aus der geschichtlichen Entwicklung, daß immer da, wo etwas Neues an die Stelle gesetzt werden sollte, das Alte „umgestürzt“ wurde, und das wissen überdies unsere regierenden Kreise ebenso gut, denn sie handeln, wo es ihr Vorteil erheischt, täglich nach dieser vernünftigen Maxime, weil sie die Maxime der Notwendigkeit ist. Läßt sich anders überhaupt eine Entwicklung machen? Oder ist die Entwicklung ein Gnaden Geschenk der Götter, das fertig vom Himmel fällt? Und da kößt man gerade die Kräfte zurück, die am mächtigsten nach vorne und nach oben drängen? Es ist eine Ungeheuerlichkeit und Blindheit sondergleichen, daß man meint, ohne oder gar gegen diese Gewaltigen, aus der Tiefe drängenden Kräfte wirtschaften zu können... Wir, denen das Proletariat seine Kinder schickt, wir begehen einen Vertrauensbruch schämlicher Art, wenn wir seinen Leiden und Wünschen verhältnismäßig den Rücken kehren. Sollten nicht gerade wir Volksschullehrer uns „herunterhalten zu den Niedrigen“? Ihr, die ihr Christi Namen führt, wie könnt ihr mit eurem Gewissen vereinigen, Millionen leidender Mitmenschen für Vaterlandsverräter und politisch vogelfrei zu erklären! Für uns Volksschullehrer kommt noch ein anderer Grund hinzu, der uns auf den richtigen Weg helfen sollte: Wir gehören nach unserer Herkunft und unseren wirtschaftlichen Verhältnissen zum „Volk“. Mit Verlaub, meine Herren Kollegen, nur nicht hochnasig abwenden! Wer heutzutage gerade Abfüge unter den Stiefel hat und täglich seine Wäsche wechselt, dünkt sich vielleicht etwas mehr als „Volk“; nur schade, daß kein noch so herrliches Selbstbewußtsein uns aus dieser Klasse heraushebt. Ernsthaft gesprochen ist das natürlich ein Vorteil und unser Stand wäre längst eine achtunggebietende Macht, wenn wir mehr Klassenbewußtsein hätten. Auch darin können wir von den Sozialdemokraten lernen...“

Wir hegen die Ueberzeugung, daß es denn doch eine ganze Anzahl von Lehrern gibt, die ebenso denken. Die Verlesung, Beamtens und Lehrern die ihnen verfassungsmäßig zustehenden politischen Rechte kurzerhand abzuspochen, werden nun das Gegenteil von dem erreichen, was man beabsichtigt!

Gegen die Verfassung.

Gegen die mit der Verfassung unvereinbare Verfügung der Potsdamer Regierung vom 17. Oktober, welche dem Genossen Kagenstein bei Vermeidung von 100 M. Strafe unterlagte, an der Potsdamer Arbeiter-Bildungsschule staatsrechtliche Kurse abzuhalten, wurde, wie wir mitteilten, der Beschwerdeweg eingeschlagen. Das Ministerium hat dem Rechtsanwält Dr. Heinemann darauf folgende vom 9. November datierte Verfügung zugehen lassen:

Die von Ihnen im Auftrage des Herrn Simon Kagenstein in Charlottenburg gegen die Verfügung der königlichen Regierung, Abteilung für Kirchen- und Schulwesen, zu Potsdam vom 17. Oktober d. J. gerichtete Beschwerde vom 24. Oktober wird hiermit als unbegründet zurückgewiesen. Zur Jugend im Sinne der Kabinettsorder vom 10. Juni 1894 und der Staatsministerialinstruktion vom 31. Dezember 1899 rechnen nicht nur schulpflichtige Kinder, sondern jugendliche Personen überhaupt. Die Anklündigung der Eröffnung des Winterkurses in der Arbeiter-Bildungsschule in Potsdam, in welchem Simon Kagenstein über deutsches Reichs- und Landesverfassungsrecht unterrichten soll (Anzeige in Nr. 240 der „Brandenburger Zeitung“), läßt es nicht zweifelhaft, daß zur Teilnahme an dem Unterricht jugendliche Personen eingeladen sind. Tatsächlich hatten sich auch zu der auf Freitag, den 18. Oktober dieses Jahres, angeordneten, aber wegen des Einschreitens der königlichen Regierung nicht stattgehabten Unterrichtsstunde etliche jugendliche Personen eingefunden. Ich stelle Ihnen anheim, den p. Kagenstein von der Zurückweisung seiner Beschwerde alsbald in Kenntnis zu setzen.

Die Verfügung stellt insofern einen teilweisen Rückzug dar, als sie den Anschein zu erwecken sucht, als sei dem Genossen Kagenstein lediglich der Unterricht der Jugend verboten worden. Die Regierungsverfügung vom 17. Oktober enthält hiervon kein Wort. Ebenjowenig ist auch nur mit einem Wort in der Anklündigung in der „Brandenburger Zeitung“ angedeutet, daß jugendliche Personen den Unterricht genießen sollten. In der Anklündigung in der „Brandenburger Zeitung“

denburger Zeitung" heißt es vielmehr: „Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unsere Bemühungen auf Fortbildung der organisierten Arbeiterschaft vollen Erfolg haben.“ Diese Tatsachen lassen sich nicht, wie es der Ministerialbescheid versucht, durch die Wendung „läßt es nicht zweifelhaft“ aus der Welt schaffen. Wohl, weil die Tatsache, daß entgegen der Verfassung die Potsdamer Regierung das Vereinsrecht zu unterbinden versucht, so klar zutage liegt, daß keine einzige ernstliche Zeitung das Unternehmen der Potsdamer Regierung zu verteidigen suchte, ist jetzt insoweit in dem Ministerialbescheid ein Rückschlag eingetreten, als anerkannt ist, daß die von der Regierung für ihr allgemeines Verbot angezogene Kabinettsorder von 1884 und Ministerialinstruktion von 1889 keine Anwendung Erwachsenen gegenüber finden kann. Uebrigens wird auch die Behauptung des Ministerialbescheides, daß diese Dekrete aus den 30er Jahren nicht nur auf schulpflichtige Kinder, sondern auf jugendliche Personen überhaupt zuträfen, durch deren Inhalt widerlegt. So heißt es, wie auch der bereits von uns seinerzeit zitierte Ministerialerlass von 1893 hervorhebt, in § 14 der Ministerialinstruktion von 1889: „Personen, welche ein Gewerbe daraus machen, in solchen Lehrgegenständen, die zum Kreise der verschiedenen öffentlichen Schulen gehören, Privatunterricht usw. zu erteilen.“ § 1 derselben Instruktion spricht ausdrücklich von dem „Unterricht der schulpflichtigen Jugend“. Inwiefern diese in dem Ministerialbescheid gemachte Unterscheidung ist für die Verfassungswidrigkeit der Regierungsverfügung unerheblich, da diese keineswegs den Unterricht Jugendlichen oder Kindern gegenüber, sondern allgemein den Unterricht verbietet hat.

Es ist, wie wir schon seinerzeit berichtet haben, der Versuch gemacht, die Verfassungswidrigkeit durch ein Verwaltungsstreitverfahren seitens des Oberverwaltungsgerichts auszusprechen zu lassen. Die Behörde scheint aber eine außerordentliche Angst vor einer gerichtlichen Entscheidung über die Angelegenheit ihres gegen die Vereins- und Versammlungsfreiheit gerichteten Verfahrens zu haben. Es hat nämlich der Polizeipräsident auf die Beschwerde gegen die Versammlungsausschließung vom 25. Oktober erklärt, ein Verwaltungsstreitverfahren sei nicht zulässig. Selbstverständlich ist ihm darauf entgegen, daß über die Zulässigkeit oder Unzulässigkeit des Verwaltungsstreitverfahrens in letzter Instanz lediglich das Oberverwaltungsgericht zu entscheiden habe.

Abgesehen von dem verwaltungsrechtlichen Weg hat aber Genosse Kagenstein in einer am 13. d. Mts. zu Potsdam abgehaltenen außerordentlich gut besuchten Protestversammlung gegen die Versuche, die Bekämpfung des Bildungshungers der Arbeiterschaft behördlich zu unterbinden, einen weiteren Weg gewiesen, um auch eventuell eine Entscheidung des Reichsgerichts über die verfassungswidrige Inhabierung der Staatskurse herbeizuführen. Er hat folgende Erklärung verlesen und dann dem überwachenden Beamten eingehändigt:

„Ich erkläre, daß die am 17. Oktober d. J. unter Nr. II, 2738/10 von der Königl. Regierung zu Potsdam, Abteilung Vv. an mich gerichtete Verfügung, gez. Lehmann, sich als eine gegen die Artikel 20, 27, 29 der Verfassung verstoßende Drohung und ihre Durchföhrung mittels Polizeigewalt als ein Vergehen des Amts mißbrauchs im Sinne des § 330 des Reichsstrafgesetzbuchs darstellt. Ich bin mir bewußt, daß diese Erklärung geeignet ist, die Abteilung Vv. bezw. Herrn Lehmann in der öffentlichen Meinung herabzuwürdigen, ich mithin strafbar sein würde, sofern sie nicht rechtzeitig wahr wäre (§ 188 des Reichsstrafgesetzbuchs).“
Wird nunmehr gegen Genossen Kagenstein strafrechtlich vorgegangen und so die Handhabe geboten werden, auch durch Strafgerichte die Verfassungswidrigkeit der immer noch nicht aufgehobenen Verfügung der Potsdamer Regierung festzustellen?

Die Protestversammlung gegen das Vorgehen der Schulbehörde nahm im überfüllten großen Saale des Viktoriagartens zu Potsdam einen imposanten Verlauf. Den mit stürmischem Beifall aufgenommenen Darlegungen des Referenten, der an Hand der Akten mit größter sachlicher Schärfe das Vorgehen der Regierung und die ganze Arbeiter- und bildungsfremdliche Politik des Junkerregiments kennzeichnete, folgte Diskussion. In derselben verteidigte ein Rektor a. D. Witte den rechtlichen Standpunkt der Regierung. Er ging hierbei allerdings von der falschen Voraussetzung aus, daß es sich um Jugendunterricht handle. Die sachliche Berechtigung des Vorgehens der Regierung in diesen und ähnlichen Fällen bestritt aber auch dieser Redner mit Entschiedenheit. Der Verlauf der Versammlung zeigte, daß das Interesse für Bildungsarbeit nun umso feher in der Potsdamer Arbeiterschaft Boden gefaßt hat. So erreicht auch hier die Reaktion genau das Gegenteil des bezweckten Erfolgs.

Ihr könnt das Wort verbieten,
Ihr tötet nicht den Geist,
Der über eurer Lippe —
Ein freier Adler — freist!

Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

Die am 18. November 1907 im „Viktoriagarten“ in Potsdam tagende, von vielen hundert Männern und Frauen besuchte Volksversammlung erhebt sich ärsfsten Protest gegen die durch Verfügung der Regierung zu Potsdam, Abteilung für Kirchen- und Schulangelegenheiten unter falscher Anwendung scheinbar veralteter Rechtsvorschriften angeordnete Verhinderung des von der Arbeiter- Bildungsschule Potsdam eingerichteten Vortragskurses über deutsches Reichs- und Landesverfassungsrecht. Sie kennzeichnet das dem Genossen Kagenstein zugewandene Unterrichtsverbot, das sich schon durch seinen ausnahmsweisen Charakter als einen Willkürakt darstellt, als groben Eingriff in die durch die Artikel 20, 27 und 29 der Verfassungsurkunde für den Preussischen Staat gewährleistete Freiheit der Lehre, der Meinungsäußerung und der Versammlung und erwartet von dem eingeleiteten Verwaltungs- Streitverfahren die Aufhebung dieser verfassungswidrigen Maßnahmen. Die Versammelten geloben, allen rechts- und freiheitswidrigen Eingriffen der Regierung zum Trotz mit verdoppeltem Eifer an ihrer und ihrer Kinder Ausbildung zu Gefesgesundigen und freiheitsbewußten Menschen und an der Schaffung einer organisierten Macht der Arbeiterklasse, die jede Behördenwillkür unmöglich macht, zu arbeiten.

Dieselbe Versammlung nahm gegen eine Stimme eine weitere Resolution an, in der entschieden Protest gegen das Strafverfahren gegen Genossen Dr. Karl Liebnecht erhoben und dem Verurteilten „in Anerkennung seines tapferen Verhaltens herzlich Gruß und Dank“ ausgesprochen wurde.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 14. November 1907.

Verflechtungsmanöver.

Die preussische Wahlrechtsfrage brennt den bürgerlichen Parteien doch auf den Nägeln. Aber sie wollen nichts tun. So entschließen sie sich zu allerhand Vorschlägen, die danach aussehen sollen, als wollten sie etwas tun. So hat der nationalliberale „Hannov. Courier“ vor einigen Tagen den etwas seltsamen

Vorschlag gemacht, zur Prüfung der preussischen Wahlrechtsfrage eine außerparlamentarische Kommission zu berufen. Die agrarische „Deutsche Tagesztg.“ meint, der Reichslanzler läte besser, mit den einzelnen Parteien in hcrer Jagung zu rechnen. Die nationalliberale „Magdeburgerische Ztg.“ plädiert dafür, die zu erwartenden Initiativanträge zur Wahlrechtsfrage nicht lutzweg im Plenum zu erledigen, sondern dafür eine möglichst starke und die maßgebenden Parteiführer enthaltende Kommission einzusetzen. Aufgabe dieser Kommission sollte es sein, Beschlüsse per majora zu fassen, als einen Meinungsaustausch über alle in Betracht kommenden Fragen zu ermöglichen.

Aber all das krampfhaft Bemühen, so zu tun, als ob ein ehrlicher Gesekentwurf, der die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts bringt, ein gar so schwieriges und langwieriges Werk wäre, wird keinen Menschen täuschen. Wenn die Herren mit einem solchen Gesek technische Schwierigkeiten haben sollten, wären wir gern bereit, es ihnen sit und fertig zu liefern. Zu dem Gesek gehört nichts als der gute Wille! Den werden freilich die Arbeiter den privilegierten Gesekemachern erst beibringen müssen!

Zehn Jahre ostasiatischer Pachtung.

Zehn Jahre sind seit der eigenartigen „Pachtung“ von Kiautschou verlossen. Die „Pachtung“ erfolgte bekanntlich dergestalt, daß Deutschland einfach Truppen landete, die deutsche Flagge hissen ließ und die chinesische Besatzung davonjagte! Pachtgeld hat denn auch Deutschland in den zehn Jahren noch keinen Pfennig bezahlt! Dafür ist ihm der „Blas an der Sonne“ anderweitig teuer genug zu stehen gekommen. Mehr als hundert Millionen hat man aufgewendet, um das „Drecknest“ (Kiautschou heißt ja auf Deutsch Lehmstadt vulgo Drecknest) zu einem „Kurort“ zu machen. Man hat prächtige Straßen und Gebäude errichtet, eine Art Tiergarten im Hintergrunde der Stadt angelegt. Für 100 Millionen kann man ja schon etwas schaffen! Zu diesen 100 Millionen kommen dann noch die diversen hundert Millionen, die uns der China-Kreuzzug unter Waldersee's humoristischer Weidfeldmarschallschaft gekostet hat. Und der Wert dieser „Pachtung“? Alle Ausichten auf die Erwerbung eines größeren Stückes Hinterland sind durch Japans Sieg über Rußland endgültig vereitelt worden. Auch wirtschaftspolitisch hat Kiautschou für uns nicht den geringsten Wert. Unsere Ausfuhr dorthin ist ständig zurückgegangen: von 10,3 Millionen Mark im Jahre 1903 auf 3,9 Millionen im Jahre 1906! Den Vorteil von der schönen Neede haben Japan und Nordamerika!

Tropdem aber verbietet es unseren Kolonialschwärmern der „nationalen Stolz“, das kostspielige Pachtgut aufzugeben. Deutschland soll Jahr für Jahr seine Zuschüsse leisten! Damit unsere Flottenflotte möglicherweise ein starkes Kriegsgeschwader dort stationieren können, das in jedem Ernstfalle binnen 24 Stunden zusammengeschlossen werden würde. Aber dann könnten ja schleunigst Erbschaftsschiffe gebaut werden, die für unsere Ranzerplattenfabrikanten und Schiffswerften Millionen-Profit abwerfen würden!

Das Ende der Farce.

Unsere Leser wissen, daß der „Holl Schroers“ zunächst damit beendigt schien, daß Kardinal Fischer den Vorkott über die Vorklesungen des Theologieprofessors aufgehoben hat. Sie wissen allerdings nicht, daß die bürgerliche Presse mit dem Profschmausierkrieg eine Zeitlang unaufrichtig ihre Leser belästigt hat und zuletzt den Sieg des Staates über die Kirchenmacht nicht genug feiern konnte. Jetzt stellt sich heraus, daß selbst dieser billige Triumph eitel Schwundel war. Kardinal Fischer hat zwar den Vorkott aufgehoben, aber Herr Prof. Schroers hat sich vorher läblich unterworfen, indem er die von Fischer getadelte Profschmäusier endgültig zurückzog. Diese Zurückziehung war offenbar die Bedingung für die Aufhebung des Vorkotts. Herr Fischer, der Kirchenfürst, ist über den Professor und Staatsbeamten Sieger geblieben.

Vermittler in diesem glorreichen Streit zwischen dem preussischen Polizeistaat und der Kirche ist übrigens Geheimrat Eiler gewesen. Man darf dem Manne, der diesmal für „Geistesfreiheit“ zu streiten beauftragt war, den geringen Erfolg seiner Sendung nicht vorwerfen. Er hat darin seine Uebung. Als er seinerzeit zum Kampf gegen wirkliche Geistesfreiheit beordert war, zeigte er, was er konnte und brachte seinen Vorgesetzten die so schmuggelnde wie lächerliche Lex Arons als Siegesbeute heim. Wenn uns aber unsere Leser fragen, was für Differenzen denn zwischen Fischer und Schroers eigentlich bestanden hätten, so müssen wir gestehen, daß wir uns darüber nicht den Kopf zerbrochen haben. Vielleicht läßt sich aber ein Anhaltspunkt finden. Kardinal Fischer erklärte einmal, er stehe auf dem Boden der Theologie des 18. Jahrhunderts. Herr Schroers, dem bei der Wiederaufnahme seiner Vorklesungen seine Hörer eine Ovation brachten, quittierte dafür mit den Worten: „Ich danke Ihnen meine Herren; beginnen wir jetzt mit dem 16. Jahrhundert.“ Es liegen offenbar drei ganze, allerdings längst vergangene Jahrhunderte zwischen den Auffassungen beider Männer. Aber was kümmert das die Menschen des 20. Jahrhunderts!

Raumann.

Die Frankfurter Tagung ist nicht nur eine Komödie des Freiheits; bei ihr vollendete sich auch ein persönliches Geschid. Der Gang nach Frankfurt war für Friedrich Raumann ein Gang nach Canossa und der kümmerliche Beifall, der den beliebten Redner empfing, war wohl doch nicht laut genug, um die innere Stimme zu überwinden, die ihm sagen mußte, daß an diesem Tage der Machtpolitiker über den Demokraten gestigt habe, daß er sich trenne von der kleinen, aber ehrlichen Schar der bürgerlichen Demokratie und im Lager der unsympathischen kleinbürgerlichen Demagogie ein wenig rüchliches Ende finde. Ein Gang nach Canossa war's: Im Juli hatte Herr Raumann jenen Wahlrechtsartikel geschrieben, wofür er auf dem Parteitag der freisinnigen Volkspartei als Quartetier und Friedensstörer beschimpft wurde. Und jetzt verkündet derselbe Raumann in einem Kammerartikel — auch der Stills Raumann ist nicht mehr derselbe — in der „Hilfe“: „In diesem Sinne gerichtet es mir persönlich zur Befriedigung, mitteilen zu können, daß diejenigen Bestimmungen, die sich an einige Aeußerungen auf dem Parteitag der freisinnigen Volkspartei angeknüpft hatten, durch beiderseitige offene Aussprache korrekt erledigt sind.“ Warum sollten auch die Fischbeck und Wiemer und Müller den Mann noch belächeln, der sich ihnen so brav gefügt hat. Ist er, der einmal Vertrauen als Demokrat genoss, doch ein treffliches Werkzeug für die demagogischen Bedürfnisse der abgehauenen Politiker. Nein, Herr Raumann, die Ehre, von den Fischbeck und Konforten beschimpft zu werden, steht Ihnen auch wirklich nicht mehr zu. Ihnen gebührt die Gunst dieser Herren, und im nächsten Sommer werden auch Sie unter denen sein, die Fürst Bälou in Rorderney empfängt.

Kamarilla.

Die Aeußerungen Wilhelms II. über die Kamarilla werden natürlich von der reaktionären Presse als Beweis dafür ausgegeben, daß eine Kamarilla nie bestanden habe. Bekanntlich wurde im Sommer gegenüber gleichen Versuchen aus offizios in der „Nordb. Allgem. Ztg.“ entgegenzutreten! Vielleicht

erfolgt auch diesmal diesen Verdunkelungsversuchen gegenüber eine offiziöse Richtigstellung. Fürst Bälou hat allerdings heute, wo die Kamarilla Eulenburg, die ihn im Sommer hart bedrängt hat, beiseite ist, kein anderes Interesse an solcher Richtigstellung als das der historischen Wahrheit. Aber wir denken, das mühte doch ausreißend sein?

Koloniale Kulturträger.

Im Scharfblatt legt Kurt Löppen folgende Kritik an ein Saufgelage deutscher Kulturträger in Deutsch-Ostafrika, das zu Ehren des ersten in Morogoro angekommenen Eisenbahnguges stattfand:

„Als ich eintrat, hörte ich noch gerade die Worte: „Getrunken Europäer“ — „Prägeln“ — „Weiber — mit Gewalt“ usw. Die Eingeborenen, Kingo an der Spitze, hatten Klagen gegen Europäer vorgebracht, wobei es sicher nicht ohne die gewohnten Uebertreibungen abgegangen sein wird. Welch' trauriges Bild! Ist das Sitte und Anstand, die vielgerühmte „Zivilisation“, die wir den „Wilden“ ins Land bringen? Sollten wir uns nicht des Gefindels schämen, das durch eckhafte Getresse im Zustand der Trunkenheit, durch allen Mangel an Selbstzucht und Bildung unser Ansehen in den Augen der Eingeborenen herabsetzt? O, ihr Anfelder! Reinißt euch von solchen Elementen, denn sie sind euer Verderben, sie sind schuld daran, daß die Regierung euch nicht immer zu willen sein kann, wann sie auch gern möchte. Der Regier muß unter allen Umständen gerecht und menschlich behandelt werden, nicht aber unmenslich, wie aus den Klagen — begründeten Klagen — Kingos und der anderen zu schließen ist.“

Die Klagen Löppens sind zweifellos ehrlich gemeint. Aber er vergißt nur, daß die Leute, die nach den Kolonien gehen, meist rüchsigtlose Naturen sind, die sich bereichern wollen. Daneben sind sie auch keine Aseleten. Das sind ja nicht einmal die Missionare, wie der Prozeß Geo Schmidt hinlänglich bewiesen hat. Die Schredensrufe: „Getrunken Europäer — Prägeln — Weiber — mit Gewalt“ werden deshalb nicht verstummen, so lange der Kapitalismus Kolonialpolitik betreibt!

Das allgemeine Wahlrecht auf dem Marsche.

Das allgemeine und direkte Wahlrecht soll, nach einer offiziellen Ankündigung, nunmehr auch in Schaumburg-Lippe an Stelle des bestehenden Landtagswahlrechtes eingeführt werden. Dem oldenburgischen Beispiel folgt also auch dieser Bundesstaat.

Hälferrichtertum und Affessorenparagrah.

In der Plutokratie-Republik Hamburg mocht sich immer mehr das Bestreben geltend, die Staatsverrichtungen in reaktionärem Sinne umzugestalten. Zurzeit beschäftigt die Hamburger Bürgerchaft ein Gesekentwurf zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes, dessen Tendenz darauf abzielt, die Richter in eine größere Abhängigkeit zur Verwaltung zu bringen und das Hälferrichtertum und den feinerzeit in Preußen abgeleiteten Affessoren-Paragrahen zu Ehren zu bringen. Während jetzt die mildeste Form der Disziplinarstrafe gegen hamburgische Richter, die Verwarnung, außer im Disziplinarverfahren nur durch die betreffenden Präsidenten erteilt werden darf, gelistet es die Landesjustizverwaltung danach, diese Warnung ebenfalls erteilen zu dürfen. Diese Forderung hat nicht allein in den Kreisen der Richter eine große Mißstimmung hervorgerufen, die einen Eingriff in die richterliche Unabhängigkeit erblicken, die mit der richterlichen Würde unvereinbar sei, sondern sie ist auch von den Rednern aller Parteien — namentlich Richtern — belämpft worden, so daß der Senator Dr. Schäfer, der Verfasser der Wahlrechtsreformvorlage, einen Rückzug antreten mußte.

Aber auch die weiteren Bestimmungen des Gesekentwurfes haben lebhaften Aufsehung gefunden. Die Justizverwaltung will ferner bei der Geschäftsverteilung im Amtsgericht mitwirken, was jetzt durch die Plenarversammlung der Richter geschieht.

Was den Affessorenparagrahen anlangt, so liegt die Sache jetzt so, daß der Senat jeden Kandidaten, der sein Examen bestanden hat, zum Affessor ernennen muß, während er in Zukunft nur diejenigen zum Affessor ernennen will, die er für befähigt hält. Dadurch soll die Zahl der Affessoren — zurzeit 70 — vermindert und es sollen nur „tüchtige Leute“ zum Richteramt zugelassen werden, wie der Senatkommissar begründend ausführte. Der Liberale Dr. Köldelke, von Beruf Landrichter, führte dagegen treffend aus, es sei nicht ausgeschlossen, daß in Reihen politischer Kämpfe der Senat sich auf den Standpunkt stellen könne, Angehörige gewisser politischer Richtungen oder solche, die der Zuneigung zu solchen verdächtig erscheinen, nicht zu Affessoren zu ernennen, wie es in anderen Staaten schon vorgekommen sei. Im letzten Bürgerchaftswahlkampf habe ein Mitglied des Oberlandesgerichts erklärt, daß die Richter, die sich als Kandidaten der Vereinigten Liberalen aufstellen ließen, die Plakaten verletzten, die ihr Beruf erfordere. Wenn das ein Richter öffentlich sage, liege es nicht so fern, daß auch die Verwaltung sich im politischen Kampf auf solchen Standpunkt stelle.

Gegen die Zulassung des Hälferrichtertums wurden ebenfalls gewichtige Gründe ins Feld geführt, namentlich von dem Abgeordneten Landrichter Dr. Popart, der sich schon vor längerer Zeit in zwei Artikeln im „Hamb. Correspondent“ gegen die Hälferrichter ausgesprochen hat. Unter nicht mißzuverstehendem Hinweis auf den „großen Rastbom“ bemerkte er u. a., das Hälferrichtertum zerföhre das Vertrauen des Volkes in die Rechtspflege. Ganz erheblich trete dies bei den Schöffengerichtern und in der Instanzabteilung hervor. Dort sei der Affessor eine ganz unmögliche Figur, der nicht in der Lage sei, seine Unabhängigkeit gegenüber der Staatsanwaltschaft zu wahren, weil er sich legen müsse, daher, wenn er sich dauernd mit der Staatsanwaltschaft in Meinungsverschiedenheiten befindet, sich der Anstellung dadurch mindestens nicht nähert. In den Strafakmen werde der Affessor als Hälferrichter immer das Gefühl haben, als sähe er im Examen. Da ist es leicht möglich, daß der junge Affessor, um nicht in Meinungsverschiedenheiten mit dem Kammervorsitzenden zu geraten, ein kleines, ganz kleines Kompromiß mit seinem Gewissen schließt, was unter Umständen ein paar Jahre Zuchthaus, statt Gefängnis, oder Gefängnis statt Geldstrafe bedeutet.“ Ein einziger Fall, so führte Redner weiter aus, in dem dadurch die Unabhängigkeit der Rechtspflege gestört werde, wäre schon zu viel, da das Vertrauen in diese, das in Hamburg, das kein Hälferrichtertum kenne (früher bestand ein solches) vorhanden sei, zugrunde gehen würde.

Genosse Emil Krause schloß sich im allgemeinen diesen Ausführungen an, er betonte aber, daß auch die Unabhängigkeit der Rechtspflege nicht vor einer Massenjustiz schätze, wie sie in den Urteilen des Schöffengerichtes v. Köhl in die Erscheinung traten. (Dieser Richter zeichnete sich durch besonders harte Urteile gegen angebliche Streikführer aus, auch hat er den Redakteur Gullbransson vom „Simplicissimus“ wegen Wörmann-Beleidigung zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.) Im weiteren wendete er sich scharf gegen die Vorlage, die einer Kommission überwiesen wurde, die nur aus Gegnern der Senatsvor schläge besteht. In die Kommission ist auch der Genosse Krause gewählt worden.

In dieser Frage scheint also der Vater der Wahlrechtsreformvorlage nicht zu siegen.

Berichtigung. Im Depeschen teil unserer gestrigen Nummer brachten wir zwei Stadtverordnetenwähler aus Diefeld und Eifen. Beide Depeschen beziehen sich auf die Wahl in Diefeld. Der Irrtum ist entstanden durch einen Fehler im Telegramm.

England und Deutschland.

London, 12. November. (Eig. Ber.) Eine Reuterdepesche aus Bombay berichtet:

In ihrer Besprechung des Bagdadbahnplanes in Verbindung mit dem Besuche des deutschen Kaisers in England bemerkt die „Times of India“, daß es nötig sei, etwaige neue Vorschläge, betreffend den Bau jener Linie, unparteiisch zu erwägen. Die alten Bedingungen, unter denen die britische Mitwirkung erbeten wurde, seien absurd. Unannehmbar wären nur solche Bedingungen, die die Linie Bagdad-Konstantinopel und vielleicht auch Bagdad-Chanlon unter britische Herrschaft stellen, ebenso müßten sie die Regulierung des Verkehrs auf dem Tigris einschließen, um eine Herabdrückung der Bahnfrachttarife zu verhindern.

Sir Harry Johnston, ein bekannter liberaler Kolonialpolitiker und politischer Schriftsteller von großer Autorität, veröffentlichte letzten Sonnabend einen Artikel, der „Die Zukunft Deutschlands“ bespricht. Der Artikel erschien ursprünglich in der „Financial Chronicle“, die ich nicht gesehen habe, aber „Daily Chronicle“ gibt ihn auszugeweiht wieder. Sir Harry meint: wenn Deutschland umfassende Seemachtpläne habe, so würde es mit England und Frankreich in große Schwierigkeiten geraten. Deutschland könnte Frankreich schließlich besiegen, aber nur wenn letzteres allein stünde. Die ganze deutsche Politik, die auf atlantische Häfen und Stützpunkte gerichtet sei, müsse als verfrucht betrachtet werden. Auch Deutsch-Südwestafrika sei ein verlorener Posten. Wenn diese Kolonie sich entwickelte, so würde sie schließlich ganz freiwillig ein Teil der südafrikanischen Föderation werden. Deutsch würde diese Kolonie ebenso wenig bleiben, wie die holländischen, französischen und spanischen Kolonien Nordamerikas ihren Mutterländern verblieben sind. Deutschland solle sich der Türkei zuwenden und in Kleinasien seine „zivilisierende Mission“ versuchen. Es beständen zwar starke Parteien unter den Arabern in Syrien und Mesopotamien, die ein britisches Protektorat verlangten, aber es sei besser für England, daß Deutschland sich nach Kleinasien ausdehnte. . . .

Wie offiziell gemeldet wird, ist der Premierminister Campbell-Bannerman am Mittwoch plötzlich schwer erkrankt, nachdem er schon noch — in Bristol — eine begeisterte Rede auf die Annaherung des deutschen Kaiserpaars gehalten hatte.

Einem Engländer, so scheint's, bekommen dergleichen Reden doch nicht so gut wie etwa einem — Wendstern und seinesgleichen.

Italien.

Die behördliche Preisregelung der Lebensmittel in Rom.

Aus Rom wird uns geschrieben: Die vom königlichen Kommissar eingesetzte Kommission zur Festsetzung der Maximalpreise der Lebensmittel in Rom hat endlich die erste Preisliste aufgestellt. Diese Listen, die in allen Läden ausgehängt werden sollen, betreffen die folgenden Lebensmittel: Brot, Teigwaren, Kartoffeln, Bohnen, Talg, Speck, Del, Rind- und Hammelfleisch, Milch und Wurst. Die festgesetzten Maximalpreise bewegen sich fast alle auf der zurzeit üblichen Durchschnittshöhe der Detailpreise. Nur das Brot, das bisher 39 Centesimi pro Kilo kostete, wird auf 36 herabgedrückt. Für Milch bleibt es bei 40 Centesimi pro Liter für Vollmilch und 35 für Magermilch. Die Teigwaren kosten heute weniger als den festgesetzten Maximalpreis, ebenso das Fleisch dritter Qualität. Im ganzen ist natürlich das Publikum, das sich goldene Verge von der Preisregulierung versprochen hatte, über die erste Liste recht enttäuscht. Viele hatten erwartet, daß die ganze Lebensmittelsteuerung durch einen Hebertrieb beseitigt werden würde. Wenn das so einfach wäre. —

Die städtischen Wahlen in Rom.

Der Wahltag des 10. November, an dem die Neuwahlen für die gesamte römische Stadtverwaltung — 80 Sitze — stattgefunden haben, hat die Uebermacht des antikerikalen Blocks völlig bestärkt. Trotz der Wahlenthaltung der Klerikalen und Konfessionellen haben die antikerikalen Kandidaten ihre Stimmenzahl erhöht. Bei den Wahlen vom 30. Juni hatte der antikerikale Block im Durchschnitt 14 983 Stimmen, bei den Wahlen vom 10. November ist dieser Durchschnitt auf 15 774 gestiegen. Die höchste von den Antikerikalen erreichte Stimmenzahl betrug 16 245, die niedrigste 14 108. Unter den 64 Gewählten des antikerikalen Blocks befanden sich 11 Sozialisten.

Die 16 der Minderheit vorbehaltenen Sitze wurden von improvisierten Kandidaten aller Parteien — oder keiner Partei — erobert, doch ist die von ihnen erreichte Stimmenzahl nicht ausreichend zu einer glücklichen Wahl. Das Wahlgesetz schreibt ein Minimum von einem Sechstel der gesamten Stimmenzahl vor, während die am 10. gewählten Minoritätsvertreter ein Maximum von 1108 und ein Minimum von 821 Stimmen erlangten bei einer Gesamtstimmengahl von 17 000.

Australien.

In Queensland ist der Premierminister Kidston zurückgetreten, weil ihm die Arbeiterpartei ihren Beistand versagte. Es gelang der Regierung nicht, bestimmte gesetzgeberische Maßnahmen, die den Landarbeitern (nach der Ansicht Kidstons) günstig sein sollten, im Staatsrat durchzusetzen, und sie fragte bei der Arbeiterpartei an, ob sie bei einem Appell an das Volk auf ihre Hilfe rechnen könne. Die Arbeiterpartei wies das Anerbieten, mit der Regierung zu koalieren, zurück, und das Ministerium resignierte.

Die dritte Duma.

Petersburg, 14. November. (B. Z. B.) Pünktlich um 11 Uhr versammelten sich im großen Katharinenpalast des Zarenpalais die Mitglieder der Dumaabgeordneten und die Geistlichkeit. Der Metropolit Antonius hielt die Begrüßungsansprache, in der er die Abgeordneten aufforderte, gemeinsam für das Volkswohl zu arbeiten in ungetrennter Gemeinschaft mit dem großen Kaiser. (1) Darauf wurde Kollektiv abgehalten. Nach den Schlussworten des Gebetes wurde auf Verlangen der anwesenden Abgeordneten dreimal die Nationalhymne gesungen, die mit begeisterten Hurraufen begleitet wurde.

Nachdem die Minister und Abgeordneten ihre Plätze im Sitzungssaal eingenommen hatten, bestieg Wirklicher Geheimrat Kolubow die Rednertribüne und hielt folgende Rede:

„Seine Majestät der Kaiser würdigte mich des hohen Auftrages, den Abgeordneten der dritten Duma in Allerhöchster Seiner Namen den Willkommen Gruß zu überbringen. Er steht Gottes Segen auf die bevorstehende Arbeit zur Herstellung der Ordnung und Ruhe in dem teuren Vaterlande, zur Entwicklung des Wohlstandes und Aufklärung des Volkes sowie zur Befestigung der erneuerten Staatsordnung und zur Kräftigung der Größe des russischen Reiches herab.“

Die Rede Kolubows, welche von den Ministern und Abgeordneten stehend angehört wurde, wurde mit dem Ruf: „Es lebe der Kaiser!“ und mit begeistertem Hurra begleitet. Hierauf folgte die Vereidigung der Abgeordneten.

Zum Präsidenten wurde Nikolai Aleksejewitsch Chomjakoff (Oktoberist) mit 371 gegen 9 Stimmen gewählt; Graf Dobrinski

erhielt 2 Stimmen und der Präsident der zweiten Duma, Golo

wina, 1 Stimme.

Nach Bekanntgabe des Ergebnisses der Präsidentenwahl, das mit großem Beifall aufgenommen wird, verläßt Golubow seinen Platz, um ihn an Chomjakoff abzutreten. Beim Erscheinen des neuen Präsidenten auf dem Präsidentenstuhl ertönen Traborsufe und lebhafter Beifall von allen Seiten. Chomjakoff verneigt sich und hält eine kurze Rede, in der er sagte: obwohl er nicht genügende Erfahrung und Kenntnisse besitze, könne er nicht auf die ihm zuteil geordnete große Ehre verzichten; er betrete die Präsidententribüne mit dem Glauben an eine helle Zukunft des großen einheitsreichen und unteilbaren Russlands. (Stürmischer Beifall.) Er habe das Vertrauen zu der Duma und zu den Abgeordneten, das die souveränen Willen (!) des Kaisers erfüllen, alle Parteiseindschaft vergessen und dazu beitragen werden, mittels gesetzgebenden staatlichen Schaffens in Russland den Frieden wieder herzustellen. Der Präsident schließt mit den Worten: „Gott segne Euch bei.“ (Stürmischer Beifall.) Sodann teilt er mit, daß laut Gesetz keine Sitzungen abgehalten werden dürfen, bevor nicht der Präsident dem Kaiser vorgestellt ist, und schließt die Sitzung. Die nächste Sitzung ist noch nicht festgesetzt.

Wie erhielten folgende Privat-Depeschen:

Petersburg, 14. November, mittags 12 Uhr.

Die reaktionäre Presse bejubelt den Wahlbund der „Rechten“ und der Oktoberisten, die sich zusammengesetzt haben, um den Oktoberisten Chomjakoff durchzuführen. „Russki“ meint, der Privilegienduma werde kein langes Leben beschert sein; „Rjetsch“ spricht von der Duma der absterbenden Klasse —, während die Radetten im übrigen recht optimistisch sind. „Nowoje Wremja“ stellt es als zweifellos hin, daß jetzt die Wirren im Reich chronisch sein werden.

Die sozialdemokratische Fraktion hat an der Eröffnungszeremonie nicht teilgenommen.

Petersburg, 14. November, nachmittags 6 1/2 Uhr.

Die Strahenzüge in naher und weiterer Umgebung der Duma waren „programmgemäß“ abgesperrt; sie blieben den Tag über sozusagen menschenleer. Die Bevölkerung ist skeptisch und indifferent. Zwischenfälle haben sich bisher nicht ereignet.

Die Abgeordneten unter Polizeiaufsicht.

Einer besonderen Anordnung des Petersburger Stadthauptmanns, General Dratschewskij, entsprechend, werden alle Reichsdumamitglieder von einer speziell zu diesem Zweck gebildeten „Sicherheits“-Polizeibehörde überwacht, wobei bei Reichsdumamitgliedern der sozialistischen und linksstehenden Parteien, sowie bei solchen, die dem polnischen Kolo und der muslimischen Organisation angehören, noch besondere Patrouillen aufgestellt werden, denen es obliegt, die schärfste Kontrolle darüber zu führen, mit wem die betreffenden Reichsdumamitglieder verkehren, beziehungsweise wer sie besucht und wie sie die Zeit während der Reichsdumassession verbringen.

Wo und wie die „rechte“ Politik gemacht wird.

Nach der Eröffnung der Reichsduma lud der Haupttrat des „Verbandes wahrhaft russischer Leute“ alle „monarchistisch denkenden Reichsdumamitglieder“ zur Eröffnung des „Klubs der Monarchisten“ in der Alexischowa-Straße ein, woselbst abendliche Beratungen der Monarchisten und Erörterungen der in der Reichsduma am folgenden Tage zur Verhandlung kommenden Fragen stattfinden sollen. Die Leitung des „Klubs der Monarchisten“ liegt in den Händen — Purtschewskij!!!

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

31. Sitzung vom Donnerstag, den 14. November, nachmittags 5 Uhr.

Die Sitzung wird vom Vortrags-Stellvertreter Nischelet nach 5 1/2 Uhr eröffnet.

Aus Anlaß der Geburt eines zweiten Sohnes des Kronprinzenpaars haben Magistrat und Stadtverordnete ein Glückwunschtelegramm abgefaßt. Die darauf eingegangene Danksantwort wird verlesen.

Von den Abteilungen sind mehrere Auditionsverfahren vorgenommen worden; dem Ausschuss für die Vorlage betr. die Errichtung einer Walderschulstube für schwächliche Schulkinder in Rud gehören auch die Stadtv. Heimann, Kolbenzer, Singer und Dr. Wehl (Soz.); letzterem ist der stellvertretende Vorsitz in dem Ausschuss zugefallen.

Der Fonds zur Beschaffung von Schulbüchern für die Kinder unbemittelter Eltern wird im laufenden Etatsjahr um circa 12 000 R. überschritten werden müssen, nachdem am 1. Oktober d. J. ein Teil der durch den neuen Grundschulplan für die Gemeindeschulen nötig gewordenen Schulbücher zur Einführung gelangt ist. Der Magistrat sucht die Bewilligung dieser Etatsüberschreitung nach.

Stadtv. Hoffmann (Soz.): Wir begrüßen selbstverständlich mit Freude, daß man endlich dazu gekommen ist, Berlin in drei Schulbuchbezirke einzuteilen, wodurch einem alten Mißstand, wenigstens teilweise, abgeholfen wird. Wie oft habe ich hier darauf hingewiesen, daß Eltern drei, viermal Bücher für ihre Kinder kaufen müßten! Trotz alledem kann es auch jetzt noch vorkommen, daß den Eltern die Pflicht obliegt, zwei, dreimal Bücher zu kaufen, wenn sie gerade an der Grenze wohnen, wo diese Bezirke zusammenstoßen. Wenn ein einheitliches System sich nicht empfiehlt, weil man die Konkurrenz nicht ganz ausschließen wollte, so sollte man wenigstens den betreffenden Eltern den Umtausch ohne jede Schwierigkeit gestatten. Wir haben ja hier im Rathaus ein Bureau für diesen Zweck; dieses aber ist den weitesten Kreisen unbekannt, selbst Stadträte und Stadtverordnete wissen davon nichts, das Publikum noch weniger. Es muß doch mindestens das Publikum darauf aufmerksam gemacht und der Umtausch in einer Form vollzogen werden, daß nicht erst der Radiose erbracht werden muß, daß man halb verhungert ist. Der immerhin noch verbleibende Mißstand wird ja nicht eher beseitigt werden, als bis man nach unserem Antrage die Schulbücher überhaupt unentgeltlich liefert.

Stadtv. Dr. Fischer: Von den möglichen Wegen der Abhilfe der jetzigen Ungleichheiten empfiehlt sich der von uns vorgeschlagene am meisten, weil er die wenigsten Schwierigkeiten übrig läßt. Das Kaufbureau im Rathaus ist den Rektoren sämtlich bekannt, die die Kinder, denen die Bücher unentgeltlich geliefert werden, entsprechend instruieren; ein Umtausch im weiteren Umfange würde ein erhebliches Mehr an Mitteln erfordern.

Stadtv. Hoffmann: Wir haben allerdings die Sache so aufgefaßt, daß den Kindern überhaupt die Bücher umgetauscht werden, wenn sie aus einer Schule in die andere kommen. Daran können doch auch etwaige Mehrkosten nichts ändern; denn den Eltern, die aus wirtschaftlichen Gründen zum Umtausch gezwungen sind oder durch Umstellung sogar gegen ihren Willen dazu gezwungen werden, muß man doch entgegenkommen. Wenn der Umtausch nur für solche Kinder stattfindet, die überhaupt die Bücher von der Stadt erhalten müssen, dann hat das Bureau ja gar keinen Wert mehr, denn diesen Kindern müssen sie ja umgetauscht werden.

Stadtv. Selberg: Es handelt sich tatsächlich nur um diese Kinder. Ein Kaufbureau, wie es der Vordrucker verlangt, ist undurchführbar.

Stadtv. Hoffmann: Es ist doch sehr wohl möglich, ein solches Kaufbureau einzurichten, selbst auf die Gefahr hin, daß einige Bücher fortgeworfen werden müssen. Wir müssen uns vorbehalten, beim Etat auf die Frage zurückzukommen, damit den betreffenden Eltern gegenüber, welche gezwungen sind, zwei- oder mehrmal Bücher zu kaufen, etwas mehr Gerechtigkeit geübt wird.

Die Summe wird bewilligt. Für die am 2. Dezember 1907 auf Bundesratsbeschlus im Deutschen Reich stattfindende allgemeine Viehzählung werden 4000 R. bewilligt, aus denen auch die als Zähler bestellten Steuererheber eine Entschädigung von je 5 bis 10 R. erhalten sollen.

Eine Reihe von Vorlagen betrifft Schulen im Bereiche der Schulverwaltung. Das Grundstück Zwillingstr. 2 soll für 280 800 M. erworben werden, um in dem daraus zu errichtenden Gebäude die beiden jetzt in den Häusern Wielestr. 2 und Alt-Roabit 6/07 untergebrachten Realschulen aufzunehmen. Ferner legt der Magistrat vor: die Vorentwürfe zum Neubau einer Gemeindeparkschule an der Schöningsstraße, einer Gemeindeparkschule auf dem Grundstück Zwillingstr. 24/Alt-Roabit 89 und einer Gemeindeparkschule an der Ecke der Wielestraße, Panzstr. 11/12.

An seinem früheren Vorschlag, die III. Oberrealschule auf dem Grundstück Papestr. 44/47 zu errichten, hält der Magistrat fest, da das der Stadt aus dem Vermächtnis des Rentiers Wurtz zugefallene Grundstück sich für diesen Zweck nicht eignet, während es für eine Real- oder höhere Mädchenschule ausdammlich erscheine. Der Vorentwurf und der Kostenüberschlag (225 000 M.) liegen der Versammlung vor.

Stadtv. Bergmann (Soz.): Unzweifelhaft ist in Roabit eine große Schulnot vorhanden. Das Schulgrundstück, welches in der Zwillingstraße angekauft werden soll, erscheint uns mit 800 Quadratmeter aber erheblich zu klein. Wir beantragen Ausschussberatung.

Stadtv. Schäfer: Eine solche würde ganz zwecklos sein. Das Grundstück ist ja klein, aber es steht unmittelbar an die Schulhöfe der 82. und 90. Gemeindeparkschule, was einen großen Vorteil bedeutet.

Stadtv. Bergmann: Die Begründung der Vorlage ist jedenfalls sehr dürftig; insbesondere ist nichts über die Neugestaltung der Grenzen gegen das andere Schulgrundstück gesagt.

Stadtv. Schäfer: Es liegt ja jetzt nur ein Vorentwurf vor. Auch Stadtv. Bülow (Fr. Fr.) bittet um Annahme der Vorlage ohne Ausschussberatung.

Stadtv. Bergmann: Diese Vorlage muß aber jetzt erledigt werden, sonst sind wir nachher bei dem speziellen Entwurf gebunden. Wir müssen uns bei einem solchen Projekt völlige Klarheit verschaffen, bevor es zu spät ist. Der Antrag Bergmann wird abgelehnt, die Vorlage angenommen. Die anderen Vorlagen gehen auf Antrag Stapf (A. L.), Kretzing (A. L.) und Körte (Fr. Fr.) an einen Ausschuss von 15 Mitgliedern.

Der Zentralfriedhof in Friedrichsfelde soll ein neues Parial mit anschließenden Parteballen und Wärderräumen erhalten. Die Kosten sind auf 50 000 M. veranschlagt. Der Magistrat legt den speziellen Entwurf vor, den die Versammlung ohne Debatte genehmigt.

Ferner ist vom Magistrat der Vorentwurf zum Neubau eines Tuberkulosenheims auf dem Gelände des Nummelsburger Waisenhauses überfaßt worden.

Stadtv. Herzberg (Fr. Fr.) beantragt Ausschussberatung, um auf diesem Wege über das neue Prinzip, das hier zur Geltung gebracht werden soll, völlig Klar zu werden. Anstalten derart seien sehr kostspielig. Ob die Krankenhausdeputation mit dem Vauprojekt einverstanden sei, gehe aus der Vorlage nicht hervor.

Stadtv. Sachs (A. L.) hält den Preis des für 40 Kinder berechneten Bauwerks (371 000 M.) für ganz exorbitant; es kämen da ja fast 10 000 R. auf ein Bett! Diese „opulente“ Wirtschaft könne unmöglich fortgesetzt werden. Es handle sich hier allerdings um Waisenkinder; dennoch hätte nicht nur die Waisenverwaltung, sondern auch die Krankenhausdeputation befragt werden sollen.

Stadtv. Hoffmann: Das Haus sollte ursprünglich auch das ganze Pflegepersonal des ganzen Waisenhauses Nummelsburg aufnehmen; es ist aber nachher davon abgesehen worden, und der betreffende Raum, ein Drittel des Ganzen, für eine spätere Ausdehnung des Heims reserviert. Es werden also fast 40 Kinder 60 aufgenommen werden können, und mit diesem Divisor kommt ein ganz anderer Preis pro Bett heraus. Die Herren hätten das doch aus der Vorlage herauslesen können.

Vortrags-Stellvertreter Nischelet: Ich muß die Versammlung gegen diese letzte Bemerkung doch etwas in Schutz nehmen. Wir lesen alle die Vorlagen! (Zustimmung und Heiterkeit.)

Stadtv. Dr. Haack (A. L.): Wir begrüßen die Vorlage, weil sie einem alten Wunsch der Krankenhausdeputation entspricht und die Krankenhäuser etwas entlastet wird. Wir sind aber aus den vom Kollegen Herzberg entwickelten Gründen ebenfalls für Ausschussberatung. Auch 6000 R. pro Bett sind noch eine recht hohe Summe.

Stadtv. Hoffmann (Fr. Fr.): Wir sind alle bisher mit unserem großen Bauwerk Hoffmann durch die Zeit und dünn gegangen, und gerade seine Vorlagen haben wir stets mit dem größten Eifer und Fleiß studiert. Wir haben es hier nun mit einem sehr schönen, aber etwas akademischen Projekt zu tun. Es handelt sich gar nicht um ein Haus für 40 oder 60 Kinder, sondern um zwei getrennte Anlagen für je 30 oder 30 Kinder, denn Treppenanlage und anderes ist doppelt vorhanden. Da könnte wohl anders disponiert und etwas gespart werden.

Die Vorlage wird einem Ausschuss von 15 Mitgliedern überwiesen.

Zur Umwandlung der Unterleitungsbetriebsstellen der Großen Berliner Straßenbahn in solche mit Oberleitung (mit Ausnahme des Platzes vor dem Brandenburger Tor, wo nur die Herstellung von Vorrichtungen für die sofortige Einrichtung des Oberleitungsbetriebes genehmigt werden soll), wird das Einverständnis der Versammlung nachgefragt. Bekanntlich ist diese Umwandlung vom Polizeipräsidenten hauptsächlich infolge der durch die abnormen Säneeisfälle im letzten Februar entstandenen Verkehrsalamitäten der „Großen“ aufgelegt worden. Die Versammlung stimmt ohne Diskussion zu.

Eine neue Polizeiverordnung über Befestigung der Bürgersteige legt der Magistrat, der seine Zustimmung zu erteilen geneigt ist, der Versammlung zur Kenntnisnahme vor. Eine Debatte wird nicht beliebt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 3 1/2 Uhr.

Gewerkchaftliches.

Berlin und Umgegend.

„Gelbe“ Fleischergehilfen an der Arbeit.

Die organisierten Fleischergehilfen Berlins glaubten im Herbst dieses Jahres in eine Bewegung zwecks Befestigung des privaten Stellenschalters, des Arbeitsvermittlungssystems gegen Entgelt im Innungsarbeitsnachweis, gegen die überaus lange Arbeitszeit an Sonn- und Werktagen, gegen die schlechten Löhne usw. eintreten zu müssen. Als Forderungen waren aufgestellt: 1. ein paritätischer Arbeitsnachweis, 2. geregelte Arbeitszeit an Sonn- und Werktagen (Sonntags drei Stunden, Werktag 12 Stunden), 3. ansässige, menschenwürdige Löhne. Der Durchführung der Bewegung fehlten sich die „Gelben“, ein im Jahre 1904 von den Meistern gegründetes Vereinigen sogenannter „meistertreuer“ Gesellen, gar bald entgegen, natürlich getrieben durch die Meister. Dieses „gelbe“ Vereinigen und die Meister haben es nun verstanden, nicht weniger als fünf Berliner „blau“ Fleischergehilfenvereine, darunter die „Fleischergehilfen-Bruderschaft“, die bisher immer noch Gegner dieser

„Gelben“ war und selbst noch etwas Sozialpolitik betrieb, in ihre Fingerringe zu locken und sie gegen die organisierten Gesellen, den Zentralverband, aufzubringen. Die organisierten Gesellen nahmen deshalb Abstand von der Durchführung der Bewegung und machten sich zunächst an die Arbeit, die Fleischer-Gesellen Berlins und der Vororte über das schändliche Treiben dieser gegnerischen Vereine aufzuklären.

Nun finden am Sonntag, den 17. November, nachmittags von 2 bis 5 Uhr, in Feuersteins Festhallen, Alte Jakobstr. 75, die Delegiertenwahlen zur Ortskrankenkasse des Schlächtergewerbes statt. Um die organisierten Gesellen, welche seit sieben Jahren als Delegierte in der Krankenkasse fungieren, aus dieser hinauszubugieren, haben die sämtlichen Vereine sich jetzt völlig ins „gelbe“ Fahrwasser begeben und führen gemeinsam schon seit Wochen nach dem Muster des Reichslägerverbandes einen Kampf gegen die organisierten Gesellen. Unter ihnen stehen sämtliche Meistervereinigungen, die erst recht ein Interesse daran haben, daß die organisierten Gesellen aus der Krankenkasse kämen, da die Meister selbst nur allzugenügend wieder in der Kasse die Oberhand haben möchten, was gesichert ist, wenn die „Gelben“ siegen. Den vereinigten „Gelben“ ist es auch noch darum zu tun, ein paar alte, aber für die Krankenkassenarbeiten vollständig unfähige Fleischer-Gesellen in diese anzuschleusen. Sie scheinen zu glauben, die Krankenkasse selbst müsse ein Invalidenheim sein.

In ihrer Gelförmigkeit wettren sie in ihren Flugblättern, die sie zu Tausenden verteilen, gegen die Angestellten des Zentralverbandes, und ganz besonders sind es deren „hohe“ Gehälter, durch die sie die unangeführten Fleischer-Gesellen vor den organisierten graulich machen wollen. Auf ein paar Lagen mehr oder weniger kommt es nicht darin an. In einer Versammlung der „Gelben“ forderte man sogar auf, den organisierten Gesellen am Wahltage, wenn sie ihre Stimmzettel verteilen, dieselben aus der Hand zu reißen und den Verteilern die Knochen kaputt zu schlagen.

Als Wohlthätig hatten die „Gelben“ den Dienstadt aussersehen, gerade den Tag, an dem die Engroschlächter-Gesellen, welche zu den „Gelben“ gehören, Zeit haben, die organisierten Gesellen aber durch lange Arbeitszeit verhindert sind, weil an diesem Tage Kochtourt gemacht wird. Die anderen „Gelben“ sollen rechtzeitig ihren Meistern Reminis geben, damit diese die Arbeit rechtzeitig beenden lassen. Das ist auch von den Meistern beschlossene Sache gewesen und darum bestanden auch die vier Meister im Vorstand der Kasse mit noch zwei „gelben“ Arbeitnehmer-Vorstandsmitgliedern auf diesem Tag. Auf die Vorhaltungen der fünf organisierten Arbeitnehmer-Vorstandsmitglieder, daß das parteiisch sei und die Wahl auf einen Tag verlegt werden müsse, an dem jedem wahlberechtigten Mitgliede Gelegenheit geboten sei, sein Wahlrecht auszuüben, erfolgte die prompte Antwort: „Wir wollen auch parteiisch handeln! Erst als die organisierten Vorstandsmitglieder drohten, dann an die Öffentlichkeit zu gehen und die Moral ihrer Gegner dort zu kennzeichnen, ließen sich die „Gelben“ herbei, einen Sonntag-nachmittag zur Wahl festzusetzen, während die vier Meister die Einwendung machten, daß man doch den Sonntag heiligen müsse.

Um aber auch ja sicher den Sieg zu erreichen, laufen die Führer der „Gelben“ in alle größeren Fleischereien und bitten die Meister, ja auf ihr Personal einzureden, damit dieses zur Wahl kommt und nur die Liste der „gelben“, „meistertreuen“ Gesellen wählt.

Die „Gelben“ und die Fleischmeister bieten alles auf. Daher wird der Kampf ein heißer, die Wahlbeteiligung eine überaus große werden. Die organisierten Gesellen sind gerüstet, sie haben die Hände nicht in den Schoß gelegt und glauben trotzdem zu siegen, wenn jeder aufrichtig denkende Fleischer-Geselle sein Wahlrecht ausübt und die Liste wählt, welche mit den Namen Hensel, Krause, Bergmann beginnt. Die Arbeiterschaft wird besonders ersucht, die Fleischer-Gesellen auf die Notwendigkeit ihrer Pflichterfüllung aufmerksam zu machen.

Som deutschen Transportarbeiter-Verband erhalten wir folgende Zuschrift:

Der gestrige Bericht des „Vorwärts“ über die Verhandlungen betreffs der Beendigung des Jandorf-Bojotts in der Gewerkschaftskommission enthält einen Satz, der leicht zu Mißverständnissen Veranlassung geben kann. Er lautet: „Wegen der 164 Gemahregelten würde der Transportarbeiter-Verband diesen Kampf nicht geführt haben.“ Wichtig ist: „Wegen der Maßregelung der 164 Hausdiener allein würde der Transportarbeiter-Verband nicht der gesamten Arbeiterschaft die Führung eines solchen Kampfes zugunnen, die Sache vielmehr selbst ausgefochten haben.“ Es war die Absicht des Arbeitgeberverbandes, die Konventionallstrafe von 101 M. allgemein einzuführen, die bereitete werden mußte, welches Ziel nur durch die Solidaritätsbetätigung der gesamten Arbeiterschaft zu erreichen war und auch erreicht worden ist. Bezüglich der Wiedereinstellung der Gemahregelten hat die Firma Jandorf außerdem bindende Versprechungen abgegeben und werden wir, auf zahlreich geäußertes Verlangen hin, die Berliner Arbeiterschaft stets über den Stand dieser Sache auf dem Laufenden erhalten.

Achtung, Schuhmacher! Der Leisten Schneider Schmidt, Charlottenstraße 89, vermittelt Streifarbeit für den Schuhmachermeister Dr. Dümer in Potsdam, und sucht diese Arbeit bei den Schuhmachern in der Friedrichstadt unterzubringen. So hat der Schuhmachermeister Reine mann, Charlottenstr. 74, vom erstgenannten Arbeit übernommen. Da die Kollegen in Potsdam noch im Streik befehen, und gerade der Schuhmachermeister Dr. Dümer einer Einigung mit den Gehilfen den größten Widerstand entgegensetzt, ersuchen wir dringend, jede verdächtige Arbeit zurückzuweisen.

Zentralverband der Schuhmacher. Gauverwaltung Berlin.

Bewegung der Steinarbeiter.

Die Filiale I des Steinarbeiterverbandes (Steinmeyer) hatte am Dienstag im Gewerkschaftshaus eine sehr gut besuchte Versammlung, welche darüber zu entscheiden hatte, ob der sogenannte Sandsteintarif zu kündigen sei oder nicht. Der Tarif gilt bis zum 1. März, läuft aber auf zwei Jahre weiter, falls er nicht zum 1. Dezember gekündigt wird. Mit Rücksicht auf die einsetzende Krise empfehlen Vorstand und Platzvertreter, diesmal von der Kündigung Abstand zu nehmen. Der Vorsitzende Winkler, der dazu das Wort nahm, führte noch aus, man solle in den zwei Jahren dafür sorgen, daß das bisher Erreichte über die Zeit der Krise hinweg erhalten bleibe. Möge man den Zusammenhalt und die Organisation zu stärken suchen in der Zeit, um nach zwei Jahren Verbesserungen zu erringen oder, wenn es sein müßte, Verschlechterungen abzuwehren. — Es entspann sich eine Diskussion, in der verschiedene Redner für den Vorschlag von Vorstand und Platzvertreter eintraten, während andere für die Kündigung waren. Die Versammlung beschloß mit großer Majorität, von der Kündigung des Tarifes Abstand zu nehmen. — Die im „Vanderecht“ aufgestellten Kandidaten zu den Delegiertenwahlen der Ortskrankenkasse wurden von der Versammlung bestätigt. — Dann verhandelte man darüber, wie man zur Unterstützung der Rammorarbeiten der Filiale II, welche vom Streik her auf der Strecke blieben, beitragen könne. Es wurden 500 Mark der Filiale II zu Unterstützungszwecken bewilligt. Aus Mitgliederkreisen ist ein Antrag eingegangen, den zureichenden fremden Kollegen,

die ihr Buch in Ordnung haben, als Ortszuschuß zur Reiseunterstützung 1 M. zu zahlen. Platzvertreter und Vorstand sind für den Antrag mit folgender Maßgabe: Der Ortszuschuß ist an dieselbe Person nur einmal im Jahre zu zahlen und der Kollege, der hier Arbeit erhält, hat die Mark zurückzugeben. — Nach einer Diskussion wurden der Antrag und die Bedingungen angenommen, jedoch mit der Aenderung, daß der Betrag innerhalb eines halben Jahres (statt eines Jahres) nur einmal zu gewährt ist.

Die Mißstände im Kaffeehausgewerbe

Beschäftigten geltend eine öffentliche Versammlung der in diesem Gewerbe tätigen Personen, die in den Industrie-Festhallen tagte. Es war eine große Menge trauer Mißstände, die der Referent Hugo Pösch, der Verbandsvorsitzende der Gastwirtsgehilfen, in seinem Vortrage aufdeckte, derartige Mißstände, wie sie in keinem anderen Gewerbe als dem der Gastwirtsgehilfen und Kaffeehausangestellten herrschen. Den Gastwirtsgehilfen gebes schlecht, weil sie nicht organisiert sind, begam der Redner, und sie sind nicht organisiert, weil es ihnen zu schlecht geht, vor allem auch, weil ihre Arbeitszeit unmenslich lang ist. Wohl gibt es in dem Gewerbe Organisationen oder Vereine genug, ja viel zu viel. In Berlin allein gibt es eine ganze Reihe Kellnervereine und Vereinen, zirka 30 Stück. Aber es fehlt eben an der Einheitslichkeit der Organisation, wie in der Erkenntnis der richtigen Grundzüge für die Wirksamkeit der Organisation. Sollen die Verhältnisse verbessert werden, muß es durch die Organisation der Gehilfen errungen werden. Die vielen Vereinen suchen meist nur den Stellennachweis an sich zu reißen, was eben durch die gegenseitige Unterbrennung, nur dem Unternehmer zum Vorteil gereicht. — Der Redner schilderte dann die besonderen Mißstände, unter denen die Kaffeehausangestellten zu leiden haben. Wenn in anderen Gewerben die Unternehmer mehr oder minder schlechte Löhne zahlen, so wird im Kaffeehausgewerbe nur zu oft gar kein Lohn gezahlt, ja, der Kellner muß noch etwas an den Unternehmer oder dessen anderen Angestellten zahlen. In Berlin ist das Lohnzahlen als „durchaus unmodern“ abgelehnt, sagt der Redner. Statt dessen müssen die Kellner Abgaben zahlen an den Koch, den Portier, den Geschäftsführer usw. Das Trinkgeldsystem verflucht sich von einer Kategorie der Angestellten auf die andere. Von dem Trinkgeld, das der Kellner von den Gästen erhält, muß er den anderen Angestellten des Kaffeehausunternehmers wieder Trinkgeld geben. Weit besser gestellt als die übrigen Kellner ist in den großen Cafés der Zahlkellner. Ihm sind jedoch ungeheure Abgaben auferlegt, so daß er erst 12, 15, ja 20 M. verdient haben muß, ehe für ihn selbst etwas übrig bleibt. Da muß er denn die Trinkgeldskraube besonders scharf anziehen, wird sozusagen zum Trinkgeldjäger. Der Zahlkellner ist gewissermaßen selbst Unternehmer. Dadurch bilden sich, sind auch nur fünf Mann in einem Café tätig, gleich zwei Parteien, die der Zahlkellner und die der Zuträger.

Der Redner bezeichnete dieses System der Zahlkellner, für den 6-7 Mann arbeiten, der nur die Gelder und Trinkgelder einzunehmen hat und den Löwenanteil von der ganzen Arbeit einzieht, als ein durchaus ungeordnetes, ja unethisches System. — Der Verband der Kaffeehausangestellten, der ebenso wie der Gastwirtsgehilfenverband mit Ernst und Eifer die Verhältnisse zu bessern bestrebt ist, hat es z. B. in Hamburg fertig gebracht, mit diesem System der Zahlkellner aufzuräumen. — Die Zuträger, die unter dem Zahlkellner arbeiten, haben wohl einen gewissen Lohn, ihr Einkommen ist jedoch, zumal wenn sie Familienväter sind, zu einem anständigen Lebensunterhalt durchaus unzureichend. Die Kellner in den Kaffeehäusern, wo keine Zahlkellner vorhanden sind, haben natürlich auch unter dem ganzen Elend des Trinkgeldsystems und dem Abgabensumpf zu leiden. Der Redner erwähnte auch die Arbeitsverhältnisse der Kaffeehausangestellten und Aufwartenden in den Cafés, die oft nur 30 bis 40 M. Lohn bei freier Station haben, aber ihr Logis selbst zahlen müssen. Sie werden in einzelnen Geschäften zum Wirtinnen und Anmieren der Gäste angehalten. Auch soll es vorkommen, daß Weite, die groß gegen die anderen Angestellten sind, die Kaffeehausangestellten um so liebenswürdiger behandeln. Diese Damen, oft noch in jugendlichem Alter, leiden natürlich wie alle anderen Angestellten unter der Nacharbeit, die eine anständige Bezahlung um so mehr notwendig macht. Die Lehrlingsausbeutung, die im Kaffeehausgewerbe auch reichlich betrieben wird, ist ja glücklicherweise durch die Bundesratsverordnung, welche die Beschäftigung junger Leute bis zum 16. Lebensjahr im Gastwirts-gewerbe verbietet, etwas eingeschränkt. Ebenso schmälern viele Unternehmer noch für die private Stellenermittlung, durch die ja allerdings die Ausbeutung begünstigt wird. Es wird nun jedoch zwischen dem Verein der Cafetiers und dem Verein der Kaffeehausangestellten über Gründung eines paritätischen Nachweises verhandelt. Der Redner ließ keinen Zweifel darüber, daß diesem Plan die bevorstehende Angliederung dieser Organisation an den Verband der Gastwirtsgehilfen in keiner Weise Schwierigkeiten bereitet, ebenso wie beide Organisationen, wenn sie auch die Gegenseitigkeit der Interessen der Unternehmer und Angestellten betonen, nichts gegen den Abschluß eines Tarifvertrages einzuwenden haben. —

Dem Vortrage, der lebhaften Beifall fand, folgte eine rege Diskussion. Daran nahm auch ein Cafetier, Herr Serowicz vom Königscafé in der Rünzstraße, teil, der als Vereinsgründer und auch sonst viel für die Kaffeehauskellner, denen er selbst früher angehört, gewirkt zu haben glaubte, obwohl er nun als Arbeitgeber gerade nicht sehr human sein soll, weshalb denn auch ein harter Stellenwechsel bei ihm stattfindet. Eine gute Lehre gab auch er den Angehörigen, nämlich die, daß sie in der Einmütigkeit ihr Ziel suchen sollten. Im übrigen wünschte er den Angestellten, daß sie es alle so weit bringen möchten wie er. — Selbstverständlich machte ihn der Referent in seinem Schlußwort darauf aufmerksam, daß, wenn die mehr als 1000 Kaffeehauskellner Berlins sich selbstständig machen wollten, sie wohl alle nichts zu tun hätten. — Im weiteren Verlauf der Diskussion schilderten mehrere Redner das Elend im Beruf und ihre eigenen Erfahrungen als Kellner, und mahnten zu einheitlicher Organisation. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Sie sieht in einem Zusammenschluß der Kaffeehausangestellten, wie der gastwirtsökonomischen Arbeiter überhaupt das einzige Mittel, bessere Verhältnisse im Gewerbe herbeizuführen.“

Die im Tegeler Wasserwerk beschäftigten händischen Arbeiter nahmen in einer äußerst zahlreich besuchten Versammlung Stellung zu dem Ausschusse ihres Obmannes aus dem Arbeiterausgange. Wie der Referent, Verbandsbevollmächtigter Wuhlg, ansführte, werde durch derartige Maßnahmen gegen die Arbeiterausgänge jedes erfolgreiche Wirken der Arbeitnehmervertreter illusorisch gemacht. Der enklasse Obmann soll in der letzten Sitzung des Arbeiterausganges, wo Beschwerden über die Behandlung der Arbeiter durch mehrere Betriebsbeamte zur Beratung standen, gegenüber dem Betriebsleiter energisch aufgetreten sein und deswegen sein Ausschluß durch Beschluß der Wasserwerksdeputation erfolgt sein. Die Versammelten nahmen einstimmig folgende Protestresolution an: „Die Versammelten erheben energischen Protest gegen diese Maßregelung des Arbeiterausgangsmitgliedes. Sie versichern dem Gemahregelten ihres ferneren Vertrauens und erklären, daß solche Maßnahmen keineswegs dazu beitragen, das Ansehen der Arbeiterausgänge in den Augen der Arbeiter zu erhöhen, sondern geeignet sind, den Wert solcher Institutionen als sehr zweifelhaft erscheinen zu lassen. Die Versammelten erklären, daß selbst im Hinblick auf die gegenwärtigen mangelhaften Bestimmungen hin der Ausschluß dieses Mitgliedes ein unethischer Eingriff in die Rechte der Arbeiter ist, gegen den sie mit altem Rachedurst Verwahrung einlegen. Die Versammelten fordern den Arbeiterausgang auf, wie bisher energisch die Interessen der Arbeitnehmer wahrzunehmen.“

Deutsches Reich.

„Christlich-nationale“ Gewerkschaften in Württemberg.

Die erste sogenannte christlich-nationale Gewerkschaftskonferenz in Württemberg findet am 8. Dezember in Stuttgart statt. Die Tagesordnung umfaßt folgende Punkte: Stand und weitere Ausdehnung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung in Württemberg. Die Aufgaben der christlich-nationalen Gewerkschaften im öffentlichen und sozialen Leben: etwaige Anträge zu sozialpolitischen Maßnahmen in Württemberg. — Im Jahre 1906 zählten die christlichen Gewerkschaften in Württemberg etwa 3200 Mitglieder gegen 56 000 der freien Gewerkschaften. Die Christen hatten im Vorjahr etwa 600 Mann Jugung, die freien Gewerkschaften um 16 000.

Ausland.

Das Eisenbahnabkommen.

London, 12. November.

Im Vorstande des Eisenbahnerverbandes machen sich bereits Differenzen bemerkbar, die als Folgen des Abkommens zu betrachten sind. Es ist nicht ratsam, Namen zu nennen und näher auf diese Differenzen einzugehen, um die ohnehin schwierige Lage des Vorstandes nicht noch schwieriger zu machen. Von den Arbeiterführern hat sich Genosse Macdonald, der Sekretär der Arbeiterpartei, bis jetzt in dieser Angelegenheit am kritischsten und intelligentesten gezeigt. Er war einer der ersten britischen Arbeiterpolitiker, die das Wesen des Abkommens am besten begriffen haben. In einem Eingekandt an die „Times“ vom 11. d. Mts. hebt er dieselben Punkte hervor, die in unserer Korrespondenz vom 7. d. Mts. berührt wurden. Nach seiner Ansicht haben die Direktoren den Ausbau des Verbandes unmöglich gemacht. Er sieht die Wehrlichkeit zwischen dem britischen Eisenbahnabkommen und den australasiatischen Einigungsgesetzen. Und er sieht auch den Unterschied, der zuungunsten der britischen Eisenbahner gemacht wurde. Während in Australien und Neuseeland nur die organisierten Arbeiter von den Einigungsgesetzen Gebrauch machen dürfen, gibt das britische Eisenbahn-Abkommen den Nicht-organisierten die gleichen Rechte und nimmt ihnen auf diese Weise jedes Motiv zur Organisation.

Dies ist tatsächlich der Kern der Frage. Der radikale Handelsminister Lloyd George hat den Interessen des Kapitals und den scheinbaren Interessen der Nichtgewerkschaftler gedient.

Einer der Eisenbahner, der an den Unterhandlungen mit dem Handelsminister teilgenommen hatte, sagte mir, es wurde ihnen gedroht, das Abkommen zur Grundlage eines Gesetz-entwurfs zu machen, falls sie es nicht „freiwillig“ annähmen. Die Antwort darauf ist: sie hätten es nur darauf ankommen lassen sollen, denn im Unterhause wäre der Entwurf gründlich diskutiert und die Interessen der Gewerkschaften wären besser wahrgenommen worden.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Wir marschieren.

Kemnscheid, 14. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Bei den heutigen Stadtratwahlen siegten die Kandidaten der Sozialdemokraten mit 810 Stimmen Majorität.

Essen a. Ruhr, 14. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Die heutigen Gemeinderatswahlen in Linden a. Ruhr brachten unserer Partei einen schönen Sieg. Es wurden in der dritten Abteilung drei Genossen gegen christliche Kandidaten mit 380 Stimmen gewählt.

Eine Sensation des „Berliner Lokal-Anzeigers.“

Karlsruhe, 14. November. (W. S.) Die „Badische Landeszeitung“ veröffentlicht heute einen Brief des Redakteurs des „Berliner Lokal-Anzeigers“ Hans Sartorius an Fräulein Olga Kollitor, zu Händen des Rechtsanwalts Dr. v. Pannwitz, in welchem er die Angriffe, die auf unrichtigen Informationen beruhten, bedauert und Fräulein Kollitor wegen der in den Kritiken enthaltenen schweren Beleidigungen um Verzeihung bittet. Sartorius hat außerdem die Begleichung sämtlicher Kosten der Rechtsanwältin Dr. v. Pannwitz in München und Schäfer in Baden-Baden übernommen und eine Buße von 2000 Mark an Fräulein Olga Kollitor gezahlt, die in das unbeschränkte Eigentum derselben übergeht. Von dieser Buße hat Fräulein Kollitor der Unterstützungskasse des Münchener Journalisten- und Schriftstellervereins und der ehemaligen Stiftssoberin Elise von Heusler je 1000 Mark zugewiesen. Der Strafanzug gegen Sartorius wurde zurückgenommen.

Gebildete Leute.

Graz, 14. November. (W. S.) Heute vormittag fand vor der hiesigen Universität eine blutige Schlägerei zwischen deutschen und italienischen Studenten statt. Vier deutsche Studenten wurden schwer, zahlreiche leichter verletzt.

Vorbereitung zum „Hochverrat“.

Paris, 14. November. (W. T. V.) Die parlamentarische Schiedsgerichtskommission hielt heute im Senatgebäude eine Sitzung ab zur Feier der Rückkehr der französischen Delegierten von der Haager Friedenskonferenz, sowie zu Ehren der hier eingetroffenen amerikanischen Delegierten. Senatspräsident Dubost beglückwünschte die Delegierten der Konferenz, die eine Waffe schmiedete, welche vielleicht eines Tages die rohe Kriegsgewalt besiegen werde. Der Delegierte Renault gab Erklärungen über die Arbeiten der Konferenz ab. Alsdann stiftete Bourgeois den amerikanischen Delegierten seinen Dank ab und führte weiter aus, die Konferenz habe nicht vergeblich getagt, habe vielmehr das Ergebnis gezeitigt, den Krieg menschlicher zu machen, bis die Abstraktion in einer Zeit möglich werden würde, wo jeder Staat sein Recht für gesichert ansehe. Bourgeois sprach sich dahin aus, daß die Solidarität der Nationen keineswegs die Vaterlandsliebe schwäche, sie vielmehr stärke. Seine Rede wurde mit lebhaftem Beifall begrüßt, dem sich auch Jaures anschloß. Pichon schloß sich den Erklärungen der Vordredner an.

Ein Glück nur, daß derartige „Hochverräterische“ Umtriebe nicht in Deutschland passieren, Herr Roman würde sonst im „Tag“ der Anklagebehörde die notwendigen Hinweise zur Erhebung der Anklage wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ geben.

Amnestie in Italien.

Rom, 14. November. (W. T. V.) Aus Anlaß der Geburt der Prinzessin Johanna hat der König eine Amnestie erlassen, unter den Amnestierten befinden sich die wegen Mordanschlags, Zweikampfs und wegen Entwendung von Nahrungsmitteln, deren Wert 20 Lire nicht übersteigt, Verurteilten.

Die Cholera.

Konstantinopel, 14. November. (Meldung des Wiener T. T. Telegraphen-Corr.-Bureaus.) Wie die Sanitätsverwaltung mitteilt, ist in Dossan Kalch und Adorassah im Vilajet Erzerum unter Auswanderern, die aus dem Kaukasus eingetroffen waren, eine Choleraepidemie zehrende Krankheit aufgetreten. Bisher sind etwa 20 Krankheitsfälle festgestellt, von denen mehrere tödlich verlaufen sind.

Behördlicher Kampf gegen das Koalitions- und Vereinsrecht der Arbeiter.

Die Paragraphen 152 und 153 der Gewerbeordnung haben ja schon manche juristische Hinein-Auslegung zugunsten der Arbeiter erdulden müssen. Die Entscheidung aber, daß gar der Verlust eines Arbeiters als strafbare Verletzung gegen § 153 der Gewerbeordnung erachtet werden könnte, einen Kollegen davon zu überzeugen, daß der Bauhilfsarbeiter-Verband besser sei als die Hirsch-Dundersche Organisation, ist dem Amtsgericht Jittau vorbehalten geblieben. Es hat dieser Tage gegen einen Bauhilfsarbeiter D. durch Strafbefehl drei Tage Gefängnis festgesetzt, weil dieser „einen anderen durch Ehrverletzung zu bestimmen versucht habe, an einer Verabredung zum Behufe der Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen, insofern er in der Zeit vom 18. September bis 23. September 1907 in Jittau auf dem Bau der Mechanischen Weberei dem Arbeiter Kurt Schubert in Jittau, Löbauerstraße 27, der Mitglied des Hirsch-Dunderschen Gewerkschafts ist und es abgelehnt hatte, der Bauhilfsarbeiter-Organisation, beizutreten, bei jeder sich bietenden Gelegenheit zurück, daß der Gewerkschaftsverein „Hirsch-Dunder“ eine Streikbrecherorganisation sei und nur Streikbrecher zähle, und daß er bald eine „Hirschjagd“ veranstalten würde. Dadurch habe er Schubert zu bewegen versucht, der Bauhilfsarbeiterorganisation beizutreten, hierdurch aber den § 153 verletzt.

Der Strafbefehl wird ja in dem Instanzenzug aufgehoben werden. Die Möglichkeit, auf Grund des im Strafbefehl geschilderten Tatbestandes § 153 der Gewerbeordnung in Anwendung zu bringen, zeigt aber, wie dringend ein gesetzlicher Schutz des Koalitionsrechtes ist.

Die Arbeiten des finnischen Landtages.

Helsingfors, 11 November. (Eig. Ver.)

Die große Hoffnungen das Volk auch auf die gesetzgebende Vertretung aller Bevölkerungsklassen durch den ersten aus allgemeinen Wahlen hervorgegangenen finnischen Landtag setzte, so wußte man doch voraus, daß es zwischen dem Parlament und der reaktionären Regierung einen für die Interessen des Volkes nicht gerade aussichtsreichen Kampf geben werde. Die Vertreter des alten ständischen Landtages sahen natürlich ungern die Macht in ihren Händen entgleiten, und sie prophezeiten bald dem neuen Landtage nichts Gutes. Schnell taufte man die neue Volksvertretung: den „Pöbellandtag“, und man glaubte, voraussetzen zu können, daß die Abgeordneten der Bauern und der Arbeiter, die ja jetzt in großer Zahl vertreten waren, wohl nicht arbeitsfähig sein werden; die sozialdemokratischen Abgeordneten sollten „meist junge, ungebildete und unerfahrene Leute“ sein, „die den parlamentarischen Arbeiten nur Hindernisse und Schwierigkeiten, aber keinerlei Förderung zu bereiten imstande sein würden.“

Es soll nun keineswegs geleugnet werden, daß es unter den Abgeordneten auch Leute gibt, die auf irgend einem anderen Platz wirklich geeigneter hätten sein können. Dieser Vorwurf trifft aber nicht nur die Sozialdemokraten und auch nicht nur die neue Volksvertretung. Daß die alten Ständevertretungen nicht besser waren, beweist schon der Umstand, daß gerade von den alten Vertretern, die auch in die jetzige Volksvertretung gewählt wurden, viele zur parlamentarischen Arbeit total unfähig sind. Dagegen kann man mit vollster Berechtigung sagen, daß die sozialdemokratische Fraktion viele sehr tüchtige Parlamentarier aufzuweisen hat, deren eifrige und sachkundige Arbeit in den Ausschüssen selbst von den Gegnern anerkannt wird. So haben die bürgerlichen Sachkenner bezüglich des von der sozialdemokratischen Fraktion eingebrachten neuen Pachtgesetzes bezogen müssen, daß die Eingabe musterhaftig ausgearbeitet sei! — Es muß auch anerkannt werden, daß die Volksvertretung viel gearbeitet hat. In der letzten Zeit hatten viele Abgeordnete, die in den wichtigsten Ausschüssen saßen, 20 und mehr Stunden täglich zu arbeiten! Es lösten sich die Ausschüsse und die Plenarsitzungen gegenseitig ab, und in beiden dauerten die Sitzungen nicht selten über Mitternacht hinaus. Trotz alledem kann man jedoch nicht sagen, daß die Abgeordneten auf eine bedeutende und erfolgreiche Session zurückblicken dürfen.

Das Volk erkämpfte sich das allgemeine Wahlrecht vor zwei Jahren und es führte den Wahlkampf vor einem Jahre unter der Losung, daß die neue Volksvertretung das Land aus einer Last befreien müsse, die man sehr wohl als eine gesetzliche bezeichnen kann. Denn die Gesetze, die in Finnland immer noch gehandhabt werden, stammen aus der schwedischen Vergangenheit und sind total veraltet. So z. B. räumt das Kommunalwahlgesetz nur den wohlhabenden Bürgern Rechte ein, indem die reichsten von ihnen 25 und in einigen Städten sogar über 200 Stimmen haben, während die Arbeiter und sonstige unbedeutende Einwohner völlig stumm sind! — Ebenso unhaltbar sind die Agrargesetze. Obwohl der finnische Bauer keine Leibeigenschaft durchzumachen braucht, befinden sich doch noch gegenwärtig über 100 000 kleine Zwergpächter, Torpari genannt, in einer Lage, die der unter der Leibeigenschaft in Deutschland und in den Ostseeprovinzen im vorigen Jahrhundert verzwiefelt ähnlich ist. Außerdem wird die Zahl der landlosen Landarbeiter auf jetzt 900 000 geschätzt. Dabei ist besonders zu betonen, daß noch nicht 20 Proz. des Bodens in Kultur genommen ist. Dem steht die Agrarverfassung im Wege, die den Boden einer kleinen Minderheit zuspricht und die große Masse des Volkes zur Landlosigkeit verdammt. Hauptächlich die Lösung dieser beiden Fragen erwartete das Volk von der neuen gesetzgebenden Körperschaft.

In den Torpariverfassungen waren die Grundlinien eines neuen Pachtgesetzes fixiert worden, und die Sozialdemokratie hatte, wie erwähnt, ein Gesetzesprojekt eingereicht. Die Hauptzüge dieses Gesetzes sind: Kulturlöschung. Wer seinen kulturfähigen Boden nicht selber bebauen will oder kann, wird gesetzlich gezwungen, ihn demjenigen, der ihn in Kultur nehmen will, in Pacht zu geben. Pachtverträge sind mindestens auf 50 Jahre abzuschließen. Den Pachtzins bestimmt nicht der Pächter, sondern eine kommunalbehörde, welche aus allgemeinen Wahlen hervorgeht. Die bisherige Arbeitspacht wird nur auf beiderseitigen Wunsch zugelassen. Die Länge des Arbeitstages ist im Sommer auf 10, im Winter auf 7 Stunden festgelegt.

Natürlich hatten auch andere Parteien Projekte zu einem neuen Pachtgesetz eingereicht. Diese wurden einer Kommission überwiesen, die sehr energisch arbeitete, deren Arbeit aber kein Resultat zeitigte. Die Bürgerlichen, namentlich die Jungfinnen, verhinderten durch eine planmäßige Obstruktion den geschäftlichen Fortgang der Arbeiten. Tagelang wurde um einzelne Paragraphen diskutiert. Ebenso blieb das neue Kommunalwahlgesetz unvollendet in den Händen der Kommission, desgleichen mehrere andere.

Die Arbeit der Kommissionen braucht ja nicht ganz verloren zu gehen. Die neuen Kommissionen, die zu Anfang der künftigen Session neu gewählt werden müssen, können die geleisteten Arbeiten gelten lassen. Aber die ganze Arbeit muß wenigstens der Form nach von Anfang an neu benannt werden. Die Eingaben sind neu zu machen und sie müssen abermals neun Lesungen, drei in der Spezialkommission, drei im großen Schlichter-Ausschuß und drei im Plenum, passieren! Die Bürgerlichen haben also, wenn sie ihre frühere Politik anwenden wollen, dieselbe Möglichkeit, die Arbeit durch Obstruktion zu verhindern. Außerdem hat das Plenum die Möglichkeit, die Ausführung eines neuen Gesetzes, wenn es auch bereits angenommen ist, bis zu der folgenden, neuen Volksvertretung aufzuschieben, und zwar schon, wenn bloß ein Drittel der Abgeordneten dafür sind! Dazu schließlich die Abhängigkeit von St. Petersburg — und man hat eine ganze Reihe gefährlicher Klippen, welche die Gesetze noch zu passieren haben.

Fertig wurde das Alkohol-Verbotsgesetz, eine Maßregel, welche vom ganzen Volke gewünscht wurde und durch die sowohl die Herstellung wie die Einfuhr und der Handel mit alkoholhaltigen Getränken völlig unterbunden soll. Selbstverständlich will man das Gesetz nicht über Nacht einführen, sondern nach und nach, so daß die dabei Interessierten ihre Alkoholunternehmungen ohne großen Schaden liquidieren können. Diesem Gesetze steht aber nicht nur der Unwille der St. Petersburger Regierung entgegen, sondern auch das Handelsvertragsverhältnis mit fremden Staaten. Die Wein- und Kognakländer werden gewiß dagegen protestieren, daß ihr Ausfuhrmarkt durch Finnland verringert werden soll, und „Bäckerhön“ hat's leicht, darauf geklärt, dies Gesetz zurückzuweisen. Die „Patrioten des „Wodka-Staates“ werden es doch nicht dulden, daß die Finnen sich die unerhörte Freiheit herausnehmen, ohne Alkohol leben zu wollen! —

Das Verbotsgesetz brachte noch den Senator Stalberg zu Fall. Stalberg ist selber ein Freund der Abstinenz, aber er meinte, daß ein absolutes Verbot sich noch nicht durchführen läßt, und er suchte etwas Ähnliches durch die Senatsvorlage, welche den Kommunen das Verbotrecht verleiht, zu erreichen. Da aber diese Vorlage im Widerspruch zum allgemeinen Verlangen zu stehen schien, da sie im geheimen ausgearbeitet und in Petersburg eingereicht war, mußte der Senat sich berechnete Angriffe gefallen lassen, und die Annahme des Verbotsgesetzes wurde zum Mißtrauensvotum für Stalberg. Als offener und aufrichtiger Mann trat er zurück. In sozialdemokratischen Kreisen bebauert man seinen Abgang; denn er war der einzige kundige Sozialpolitiker, wenn auch liberaler Färbung.

Von sonst angenommenen Gesetzen ist noch das Wädereigesetz zu nennen. Leider muß hierbei aber betont werden, daß die Arbeit verkehrt angefangen worden ist. Anstatt ein allgemeines Gewerbegesetz auszuarbeiten, ist jetzt nur ein Wädereigesetz zustande gekommen. Jedenfalls wird dies aber für das ebenfalls in der Vorarbeit begriffene allgemeine Gewerbegesetz eine gewisse Unterlage bieten.

Die Behandlung der Vorlage bezüglich der Erhöhung der Gehälter der Volksschullehrer brachte die sozialdemokratische Fraktion in die unangenehme Lage, die Vorlage bekämpfen zu müssen. Sie wünschte die Regelung der Lohnfrage gemeinsam mit der Ausarbeitung eines neuen Schulgesetzes. Das jetzige Schulgesetz macht die Schulen zu kirchlich-patriotischen Dressuranstalten der Bourgeoisie; die Erklärung der Genossen Ruorteva, Tainio und Sirola, daß die Lehrer eben wegen ihrer ungenügenden Besoldung sich zu Werkzeugen der Pastoren und Großgrundbesitzer erniedrigen müssen, schlug nicht durch. Das Gehalt wurde schließlich auf 900 M. für Unterrichtete und 1100 M. für Oberlehrer festgesetzt.

Die Diskussion über die Bewilligung der 20 Millionen an Rußland hat viel Zeit gelöst und im ganzen Lande sehr viel Unwillen erzeugt. Dies wie auch die Obstruktion beim Pachtgesetz wird unseren Genossen bei den nächsten Wahlen (1908) als Agitationsmaterial gute Dienste leisten.

Die Interpellationen, welche unsere Genossen bezüglich der Uebergriffe der Polizei, wegen Aushebung der Torpari von Land und wegen sonstiger Mißstände stellten, hatten eine ausgezeichnete agitatorische Wirkung. Nicht nur, daß die volkseindlichen Bestrebungen der Regierung bloßgelegt wurden, auch die bürgerlichen Parteien sahen sich dadurch gezwungen, zusammenzugehen, wie sie zusammen gehören: Die sonst einander bekämpfenden bürgerlichen Parteien gruppieren sich häufig um die Regierung und gegen die Sozialdemokratie. Unwillkürlich mußten sie dabei ihre falsche Volkseindlichkeit fallen lassen und der bedrängten Regierung beitreten, die ja gerade im Interesse der Bürgerlichen die Volkseindlichkeit außer acht gelassen hatte! Es wird ihnen in Zukunft schwerer sein, die „Volkseindlichkeit“ wieder auf ihre Fahnen zu schreiben.

Die letzte von dem Schweden Dr. Reovius gestellte Interpellation, welche in ein Vertrauensvotum für den Senat ausliefen sollte, wurde durch unsere Genossen sehr geschickt in das gerade Gegenteil umgewandelt: Reovius fragte an, was der Senat zum Schutze der in St. Petersburg verhafteten finnischen Bürger getan. Senator Rechelin beantwortete die Frage und führte an, daß der Senat sowohl beim Generalgouverneur als auch beim Minister-Staatssekretär in St. Petersburg „geeignete“ Schritte getan habe. Der Interpellant erklärte sich damit zufrieden und schlug vor, mit der Erklärung zur Tagesordnung überzugehen, daß der Senat auch fernerhin die Rechte finnischer Staatsbürger in derselben Weise wahrnehmen möchte! — Die Genossen Sirola und Ruorteva gaben der Angelegenheit nun folgende Wendung: Sie führten aus: Der Senat habe wohl jetzt, wo einige Lieblinge der radikalsten Bourgeoisie, Rechtsanwälte und Doktoren der Philosophie, arretiert worden seien, einige Schreiben abgefaßt. Als aber im Sommer der sozialdemokratische Student Salminen in Ostchina, einige Volksschullehrer in Rußisch-Karelen und die finnischen Matrosen in russischen Häfen als rechtloses Wild verhaftet wurden, hat der Senat nichts getan! Die mit den Finnen gemeinsam verhafteten Amerikaner wurden — auf Verreiben der amerikanischen Gesandtschaft — alsbald befreit, die Finnen sitzen noch!! Aber nicht nur das. Nach der glücklichen Revolution 1905 hieß es, daß die russische Gendarmen ihr Treiben in Finnland einstellen werde. Nur auf den Bahnhöfen sollte sie ihr Unwesen noch treiben dürfen. Aber was sehen wir? Die russische Gendarmen setzt nicht nur ihr dunkles Gewerbe fort, sondern die finnische Staatspolizei bietet ihr auf Schritt und Tritt Hilfe an. Finnische Bürger werden in Finnland von der russischen Gendarmen bewacht und sobald sie über die Grenze sind, verhaftet! Aber wir haben noch ein anderes, heiliges Recht zu schützen: das Recht der Gastfreundschaft. Zu uns kommen russische Interpellanten. Aber die Landesregierung verleiht die Gastfreundschaft durch polizeiliche Maßregeln, die nicht dem Willen des finnischen Volkes, sondern dem der zarischen Regierung angepaßt sind. Da können wir nicht sagen, daß die Regierung so fortfahren

möchte, sondern daß da gründlich Wandel geschaffen werden muß. Die Angelegenheit ward noch vor Tagesbruch — die Interpellation wurde am letzten Tage der Session beantwortet — an einen Ausschuß verwiesen, in dem das Vertrauens- in ein Mißtrauensvotum umgewandelt wurde, das dann auch im Plenum Ausnahme fand.

Somit kann konstatiert werden, daß, obgleich die erste Session der finnischen Volksvertretung nicht gerade ertragreich genannt werden kann, die sozialdemokratische Partei dennoch voll zuversichtlich in die Zukunft blickt. Das politische Leben hat jedenfalls frischen Schwung erhalten und es werden sich immer neue Massen der Sozialdemokratie anschließen.

Immer neue Massen sehen, daß die Bourgeoisie nur ihre eigenen Interessen, die Interessen der Kapitalisten und der Grundbesitzer, wahrnimmt.

Aus der Partei.

„Laßt sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind“.

Unter dieser Spitzmarke erschien dieser Tage in der Ordnungspresse eine den „Hannov. Tagesnachrichten“ entnommene angebliche Zuschrift eines Arbeiters, die von verleumderten Angriffen auf die Sozialdemokratie und verschiedene führende Genossen in Hannover trogt. Es hieß darin z. B.:

„Laßt sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind!“ dachte Herr Breh (der sozialdemokratische Abgeordnete), als vor 1 1/2 Jahren der Streik in der Berliner elektrischen Industrie abgewirgt werden sollte. Erst wurden die betörten Arbeiter in den Streik gesetzt, und als man die Niederlage vor Augen sah und auch vielleicht kein Geld mehr da war, mußte der Streik auf irgend eine Weise abgewirgt werden, daß auch für die Partei noch etwas herauskam. Aber die Arbeiter ließen sich nicht ohne weiteres überreden, und so erklärte denn Herr Breh: „Wenn die Arbeiter nicht wollen, so laßt sie nur noch ein paar Wochen hungern, wenn sie genug gehungert haben, gehen sie von selbst wieder zur Arbeit.“

„Laßt sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind“, dachte Herr Breh, als er einen Gewerkschaftsbeamten und Familienvater, welcher 25 Jahre seines Lebens für Partei und Gewerkschaft geopfert hat, nach Neujahr, also kurz nach dem Feste der christlichen Nächstenliebe, aufs Pfaster setzte, trotzdem Herr Breh doch eigentlich wissen mußte, daß es gerade für diesen Mann sehr schwer war, lohnende Arbeit zu finden. Wahrscheinlich eines Arbeiterführers und Volksvertreters der königl. Haupt- und Residenzstadt Hannover würdig.

Genosse Breh hat diese Angriffe in ihrer ganzen Verlogenheit in einer Erklärung enthüllt, die der „Volks-wille“, unser Parteiorgan in Hannover, veröffentlicht. Sie besagt im wesentlichen:

„Die in Frage kommenden streikenden Mitglieder des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands waren im Lagerraum der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft beschäftigt. Sie gingen mit einem Tagelohn von 30 Pf. die Stunde an und hatten nach Verlauf eines Jahres den „erweiterten“ Lohn von 40 Pf. und schreibe 33 (achtunddreißig) Pf. erreicht. Bei einer solchen Bezahlung, dazu in Berlin und bei der Teuerung, die im Jahre 1905 schon sehr fühlbar war, bedurfte es wahrhaftig keines „Hineinbekens“ der Arbeiter in den Streik. Der Streik unserer Mitglieder war ganz spontan zum Ausdruck gekommen, ohne Zutun irgend eines Verbandsfunktionärs, ja sogar ohne Zustimmung des Verbandsvorstandes. Das dürfte der Mann aus dem „Sicheren Versteck“ ganz genau wissen. Es ist eine dreiste Unwahrheit, wenn behauptet wird, man habe die Arbeiter in den Streik „gehetzt“.

Unwahr und erfunden ist auch die zweite, sich an die erste anschließende Behauptung, ich hätte erklärt: „Wenn die Arbeiter nicht wollen (den Streik beenden), so laßt sie mir noch ein paar Wochen hungern; wenn sie genug gehungert haben, gehen sie schon von selbst wieder an die Arbeit.“ Der oberflächlichste Beurteiler der ganzen Sache muß zu der Ueberzeugung kommen, daß ich solche Worte gar nicht gebraucht haben kann. Abgesehen von der Gefährlichkeit, die zu einer solchen Äußerung gehört und die mir nicht eigen ist, war sie auch rein sachlich unzulässig! Dem Streik war eine Aussperrung gefolgt. Die mit den „Hannoverschen Tagesnachrichten“ gesinnungsverwandten, ordnungsliebenden Berliner Metallindustriellen stellten eine zweite Aussperrung in Aussicht, wenn der Streik nicht beendet würde. Für die Wendung war eine Frist von wenigen Tagen gestellt. Die Leute nun ein paar Wochen „hungern“ zu lassen, wäre gleichbedeutend mit dem Perfektwerden der zweiten Auflage der Aussperrung gewesen. Die Berliner Scharfmacher hätten dann ihr Köpfchen an den Ausgesperrten an der Schwelle des Winters fühlen können. Das wollte ich aber mit den übrigen Organisationsleitern verhindern. Der Mann aus dem „Sicheren Versteck“ läßt also geradezu unsinniges Zeug zusammen.

Die Sache liegt so: In der Zentralstreikkommission, in welcher auch zwei Vertreter der Hirsch-Dunderschen Gewerkschaften saßen, wurden Bedenken laut, daß die beschlossene Beendigung des Streiks an dem Widerstand der Arbeiter scheitern könnte. Darauf habe ich erklärt: „Ich habe die Aufschauung, daß wir die Kollegen zur Beendigung des Streiks bewegen können, sie haben nun schon zwei Wochen im Streik gestanden und kennen gelernt den Hunger und die Not, welche ein Streik in einer solchen Jahreszeit mit sich bringt. Sie werden also geneigt sein, auf unsere Vorschläge einzugehen!“ Hätte ich die mir unterschobene Äußerung gemacht, die übrigen Organisationsvertreter würden das sicher gerügt haben. Nichts dergleichen ist geschehen. Aber wochenlang nach Beendigung der Aussperrung haben die „Fische“, offenbar wegen Mangels geeigneten Agitationsmaterials, sich jene durch und durch unwahre Furchung gelehrt, die nun im „Sicheren Versteck“ ihre Wiederholung findet. Liegen werden aber auch durch Wiederholungen nicht zu Wahrheiten.

Eine dritte, aber nicht minder fette Lüge ist es, daß ich einen Gewerkschaftsbeamten, der 25 Jahre seines Lebens der Partei und Gewerkschaft geopfert habe, kurz nach dem Feste der christlichen Nächstenliebe aufs Pfaster geworfen haben soll. Wenn ich der alten Ruhme aus Hildesheim Gelegenheit geben wollte, mir gerichtlich nachzuweisen, gegen wen ich so verfahren, so würde sie in arge Verlegenheit geraten und es würde ihr dabei gerichtliche Attestiert werden, wie sehr ihre Behauptung mit der Wahrheit im Widerspruch steht. Ich habe überhaupt keinen Gewerkschaftsbeamten entlassen. Auch nicht eine Entlassung veranlaßt. Also alle drei Behauptungen sind unwahr!

Nebrigens sind die ehrenwerten „Hannoverschen Tagesnachrichten“ vom Vorstand des Gewerkschaftsartikels Hannover-Linden, vom Genossen Einzweiler, Redakteur am „Volkswillen“, und vom Genossen Schick — Stuttgart, dem Vorsitzenden des Metallarbeiterverbandes, verfaßt worden, weil sie in Reichsverbandsmannier diese Genossen der Vestecklichkeit beschuldigt haben.

Gemeindevoten.

In Hoffe im im Tamms stigten bei den Stadtverordnetenwahlen am 12. November der III. Klasse die drei sozialdemokratischen Kandidaten über das Zentrum. Zum ersten Male zogen dort Sozialdemokraten ins Stadtparlament ein und gleich drei auf einmal. Im Wahlkreise Höchstlingen geht's vorwärts!

Schwelm (Beitälten, Wahlkreis Hagen), 14. November. (Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In der heutigen Stadtverordnetenwahl siegten die beiden Sozialdemokraten mit 816 Stimmen gegen die Kandidaten der bürgerlichen Parteien, die 601 Stimmen erzielten.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Strafkants der Presse. Zu 100 Mark verurteilte das Schöffengericht Offenburg (Waben) den Redakteur Haberer vom „Volkssblatt“. Die Privatkläger waren der Verleger und der Geschäftsführer des dortigen Zentrumsblattes „Offenburger Zig.“, deren Heirats-Inserate vom Standpunkte des christlich-holländischen Ehe sakramentes als „Menschenfleisch-Handel“ bezeichnet wurden. Persönliche Angriffe gegen die Kläger enthielt der Artikel nicht. Am eine Gegenklage unmöglich zu machen, beteiligte sich der Verantwortliche des Zentrumsblattes nicht an der Klage. Der Gerichtshof, der aus dem Zentrumskantonsrichter Laut und zwei Zentrumsschöffen bestand, lehnte die Widerklage ab und verurteilte. Es wurde Verurteilung gegen das Urteil erhoben.

Genosse Hauschildt vom „Volkssblatt“ in Kassel sollte sich einer Übertretung des § 17 des Preßgesetzes schuldig gemacht haben durch vorzeitige Veröffentlichung des Ergebnisses eines Ermittlungsverfahrens gegen den Kaufmann Delahou in Dresden. Der Staatsanwalt wollte das Vergehen gleich seinem Breslauer Kollegen mit 5 M. Geldstrafe gesühnt wissen. Das Gericht kam zur Freisprechung, weil aus den Akten inzwischen festgestellt worden war, daß das Verfahren gegen Delahou zur Zeit der Veröffentlichung in Kassel bereits beendet gewesen sei. Im übrigen nahm das Gericht an, daß Hauschildt in gutem Glauben gehandelt habe. Nach dem Ausgang des Kasseler Prozesses müssen die Breslauer „Sünder“ von der Verurteilung ebenfalls freigesprochen werden.

Redakteursfreuden. Am Dienstag hat Genosse Born vom „Volkssblatt“ zu Saalfeld das Gefängnis bezogen, um eine zweimonatliche Gefängnisstrafe zu verbüßen, die ihm vom Landgericht Rudolstadt wegen angeblicher Blauweiligung und Verleumdung geworden ist. Auf Antrag hat man dem Genossen Selbstbeschäftigung und das Lesen der „Frankfurter Zeitung“ gestattet, dagegen wurde die Selbstbeschäftigung abgelehnt, weil im „liberalen“ Meinungen noch eine Gefängnisstrafe von anno dazumal besteht, die die Selbstbeschäftigung unterliegt, und nur Vergünstigungen zuläßt, die ärztlich als notwendig bezeichnet werden. Auf Grund des Ergebnisses der ärztlichen Untersuchung hat man sich jedoch dazu verstanden, dem „Preßsünder“ Privatloft zu gewähren.

Aus Industrie und Handel.

Gewinnsteigerung.

Am 100 M. ist der Reingewinn der West. Drahtindustrie in Hamm im letzten Jahre pro Arbeiter gestiegen. Demgegenüber haben die Arbeiter eine Einkommenssteigerung von nur 40 M. erzielt. Allerdings die Aktionäre haben keine Überstunden gemacht, das Vergütigen war den Arbeitern vorbehalten. Daher dürfte die Verteilung des Ertrages der Arbeit von jedem Nichtarbeiter als vollständig richtig angesehen werden. Nach den Geschäftsberechnungen der Firma betrug

Table with 3 columns: Item, 1906/06 M., 1906/07 M. Rows include Reingewinn, Zahl der Arbeiter, Jahresdurchschnittslohn der Arbeiter, Reingewinn pro Arbeiter.

Die Arbeiter haben wirklich keine Ursache, mit solcher Harmonie einverstanden zu sein.

Es kracht weiter.

Die schwierige Lage des Geldmarktes hat in Danzig zwei Firmen der Holzbranche, Philipp Albrecht u. Co. und L. Goldhaber zur Einstellung ihrer Zahlungen gezwungen. Nach Informationen in dortigen Bankkreisen streben beide ein Arrangement an, für das Aussicht auf Erfolg besteht. Die Albrechtverbindlichkeiten der Firma Albrecht betragen sich auf etwa 800.000 M., von denen der kleinere Teil in der dortigen Bankwelt begeben ist. Die betreffenden Inhaber sind jedoch bis auf kleine Summen durch Hypotheken sicher gestellt. Die Albrechtverbindlichkeiten der Firma Goldhaber belaufen sich auf mehr als eine Million Mark, an denen jedoch ausschließlich auswärtige, hauptsächlich russische Inhaber beteiligt sind. Der Danziger Platz ist sonach nur mit relativ mäßigen Beträgen in Mitleidenschaft gezogen.

Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus New York: Während hiesige Banken im Einverständnis mit der Bank von England ihre Goldanprüche sehr reduzierten, beginnen selbst kleinere Plätze direkt mit Europa zu verhandeln, so daß heute die Provinz 2 1/2 Millionen Dollar Goldanforderung anmeldet. In Pittsburg ist die Geldlemme besonders stark; beste geröstete Erbsen werden dort mit 4-5 Proz. diskontiert. Die dortigen Geschäftshäuser verlangen einen Aufschlag von drei Monaten für alle Lieferungen.

Neue Weizenhaufte!

Der Weizenexport aus Kanada ist, wie die „Frankfurter Zig.“ aus Winnipeg meldet, infolge der Aktion der Banken, die sich weigern, die nötigen Mittel vorzutreten, beinahe zum Stillstand gekommen. Es herrscht eine allgemeine Enttäuschung über diese unzulante Handlungsweise und man erwartet ein Einschreiten der Regierung.

Bestätigt sich die Nachricht, dann dürfte es sich um die Inzenerierung einer neuen, verschärften Getreidehaufte handeln. Und dabei wollen immer noch viele Leute nicht glauben, daß wir in einer göttlichen Weltordnung leben, und an der zu rästelns schwerstes Verbrechen ist.

Soziales.

„Die hohe Morbidität der Lehrlinge und jungen Gehilfen.“

Es wird vielfach angenommen, daß die Erkrankungshäufigkeit (Morbidität) sich erst bei zunehmendem Alter des Arbeiters steigert, Arbeiter bis zum 30. Lebensjahre allgemein günstiger gestellt wären. Der jedoch das so niedrige Durchschnittsalter vieler Verufe näher betrachtet, muß zugeben, daß denn auch gerade die „goldene Jugendzeit“ des Arbeiters schon viele Opfer fordert, Krankheit und Tod da große Schäden reihen muß. Dies bestätigt uns ein Aufsatz des Arztes Dr. Pringling-Miy in dem letzten Heft der Zeitschrift „Soziale Medizin“ über obiges Thema. Der Verfasser stützt sich in der Hauptsache auf die „Frankfurter Krankheitsstatistik“ von Dr. Weischer und die Schrift Dr. Rosenfelds über „die Gesundheitsverhältnisse der Wiener Arbeiterkassen“, und bedauert, daß die Statistik der deutschen Krankenkassen nicht ausgebaut sei, da zu derartigen Untersuchungen eine Trennung der Gesamtzahl der Kollektivmitglieder und der Erkrankten nach Altersklassen nötig ist und diese Trennung bei den deutschen Krankenkassen fast nirgends vorgenommen wurde.

Aus den Berichten von Weischer und Rosenfeld geht hervor, daß die erwerbsfähigen Erkrankten beim Alter von unter 15 oder von 15-20 Jahren eine höhere Morbidität als die späteren Altersklassen aufweisen. Auszüge aus der Statistik befristigen diese

Angaben, daß z. B. in Frankfurt a. M. auf 100 Mitglieder Krankheitsfälle beim Alter von über 15 Jahren 43,5 erwerbsunfähig, von 16 bis 20 Jahren 35,1, von 21-30 Jahren 35,1 usw. kamen. Das gleiche Bild zeigt uns die Wiener Statistik, die sorgfältiger zusammengestellt sei, sich jedoch nur bis zum 40. Lebensjahre erstreckt. Nach Rosenfeld konstatierte die Genossenschaftskasse: Auf 100 Mitglieder kamen Erkrankungen:

Table with 3 columns: im Alter von, erwerbsfähig, erwerbsunfähig. Rows range from unter 15 Jahren to 35-40.

Es tritt also die hohe Zahl der erwerbsunfähigen Kranken im Alter von unter 20 Jahren deutlich hervor.

Sehr interessant sind auch die Unterscheidungen der Verufe in der Statistik, auf die wir leider nicht näher eingehen können. In Frankfurt a. M. wie auch in Wien haben bei den erwerbsunfähigen Erkrankten die 14-20 Jahre alten Schneider, Schlosser, Schmiede, Lithographen und Buchdrucker höhere Ziffern. In Wien sind die Lithographen am schlechtesten daran, da auf 100 Lithographen alle 79 Kranke unter 20 Jahren erkranken.

Die Erkrankungsziffern der Lehrlinge für Deutschland sind ungenau, weil viele Lehrlinge ja der Krankenversicherungspflicht gar nicht unterliegen, ohne „Entgelt“ beschäftigt werden, während in Österreich eigene Belegstellen bestehen. Rosenfeld ermittelt, daß auf 10.000 Mitglieder mit Arbeitsunfähigkeit verbundene Erkrankungen kamen und zwar erkrankten an:

Table with 3 columns: Beruf, Lehrlinge, Gehilfen. Rows include Scharlach, Miesern, Blutarmit, Lungenerkrankung, Augenkrankheiten, Krankheiten der Nase, Kehlkopf, Krämpfe, Wunden.

Pringling erklärt hierzu: „In Frankfurt und Wien sind demnach ungefähr dieselben Krankheiten bei den jungen Arbeitern häufiger.“ Ueber die Ursachen der hohen Erkrankungsziffern der Lehrlinge und jungen Gehilfen äußert sich der Verfasser: 1. Unerschafftheit und Ungeschicklichkeit, 2. ungenügende körperliche Entwicklung und Mangel an Widerstandskraft. „Viele Lehrlinge und junge Gehilfen sind noch nicht genügend entwickelt, um den Anforderungen, die an sie gestellt werden, vollumfänglich zu genügen, so daß sie in den ersten Jahren ihrer Berufstätigkeit an Uebermüdung leiden, besonders wird dies durch lange Arbeitszeit, unvollkommene Nahrung (Wässer, Kellner), dauerndes Stehen befördert.“

„Werden die Lehrlinge und jungen Gehilfen gleich zu schwerer Arbeit herangezogen, so zeigen sich die gewöhnlichen Folgen der Ueberanstrengung (Muskelerschmerzen, Herzklappen). Sehr gering ist die Widerstandskraft vieler jungen Arbeiter, so daß sie sehr zu Ermüdungen disponiert sind, Frostblenden werden bei jungen Leuten viel mehr beobachtet als bei älteren.“ Ferner: „Die Schlafstellen der Lehrlinge und jungen Gehilfen sind oft sehr ungesund, dies spricht sich z. B. in der Häufigkeit der Krämpfe aus, die in Frankfurt und in Wien bei ihnen häufiger als bei älteren Arbeitern beobachtet wurde.“ Sehr richtig ist es auch, was der Verfasser über die ungenügende Ernährung der jungen Leute sagt, die in der Entwicklungszeit doppelt darunter leiden müssen. „Tausende von Lehrlingen in den Städten haben keinen Verwandten und sind allein auf das, was sie in der Familie des Meisters erhalten, angewiesen, so daß nicht selten die Ernährung ungenügend ist.“ Gut! Einige Stellen später erklärt aber derselbe Verfasser: „Es wird immer weniger Brauch, daß der Lehrling bei seinem Meister Kost und Wohnung erhält. Wohnt der Lehrling nicht beim Meister und können ihn die Eltern nicht bei Verwandten oder Freunden unterbringen, so ist Kost und Wohnung oft mangelhaft, ganz abgesehen von den sittlichen Gefahren, die den Jungen in den Städten drohen.“ Wo erst ist die Kost und die Wohnung bei den Meistern mangelhaft, dann bedauert der Verfasser, daß die armen Lehrlinge diese Mängel nicht weiter genießen können. Und erst die „sittlichen Gefahren“, als ob auf dem Lande alles so „rein“ sei! Eigentümlich hört es sich an, wenn der Arzt sagt: „Andererseits treiben sich die Lehrlinge und jungen Gehilfen, wenn sie weder bei ihren Eltern noch Meistern wohnen, sehr oft abends in den Kneipen herum, wodurch sie teils wegen ungenügenden Schlafes, teils durch übermäßiges Biertrinken und Rauchen und selbst durch frühzeitigen Geschlechtsverkehr ihrer Gesundheit schweren Schaden zufügen.“ Bei der langen Arbeitszeit vieler Lehrlinge, den hohen Löhnen derselben wird wohl wenig Gelegenheit für die „Kneipe“ übrig sein! Sollte der brave Mediziner nicht an seine Jugend als Student gedacht haben? Sicher liegt eine „Verwechslung“ vor. Gerade die große Mehrzahl deutscher Studenten-Jünglinge könnten in die vom Verfasser vorgeschlagenen „Lehrlings- und Jünglingsheime“ eintreten. „Nur bei strengen und gewissenhaften Lehrmeistern können die Jungen ihren Beruf ordentlich erlernen“, meint der Verfasser, und wundert sich deshalb auch nicht, daß der Meister, bei dem viel gelernt wird, nicht so sehr gewissenhaft ist und die Kinder ausnutzt, doch reichen Nachschub an Lehrlingen erhält! Leider! Vorhüt in der Berufswahl sei geboten, der Staat habe die Pflicht, „der Ausnutzung der Lehrlinge und jungen Gehilfen durch den Meister bzw. Fabrikanten vorzubeugen; die Ausnutzung kann entweder in überlanger Arbeitszeit bestehen, oder darin, daß dem Lehrling ungesunde Arbeit zugemutet wird, welche zu übernehmen ältere Arbeiter sich weigern.“ Die älteren Arbeiter weigern sich aber doch nicht, damit der arme Lehrling zugrunde geht, und wertlos ist es in unserer Zeit besonders auf den „garantierten Lehrlingslohn“ in § 127 der Gewerbeordnung hinzuweisen, daß der Lehrherr dafür Sorge zu tragen habe, daß den Lehrlingen nicht Arbeitsverrichtungen zugewiesen werden, die seinen körperlichen Kräften nicht angemessen sind.“ Das steht alles auf dem Papier, ebenso die vom Verfasser geprüften Bundesratsverordnungen für das Väder- und Mieslergewerbe, Kellner und Konfektionsindustrie usw. Der Verfasser hat viel Vertrauen zur weisen Regierung und hofft, daß gar bald „die Materie endlich einmal durch ein einheitliches Gesetz geregelt werden wird, das alle Verufe umfaßt, und nicht nur diejenigen, deren Gefährlichkeit durch politische Parteien, Fachvereine usw. an Tageslicht gezogen wurde.“ Die „politische Partei“, nicht Parteien, hat doch da gut gearbeitet und die „Fachvereine“ haben ihre Schuldigkeit getan, sonst wäre auch dieses bißchen Arbeiterkassen sicher noch gar nicht vorhanden. Sie werden wohl noch kräftig in dieser Richtung weiter arbeiten müssen, denn mit dem Vertrauen auf unsere „starke Regierung“ ist es nicht getan.

Dagegen können wir den Wunsch des Verfassers: „Einführung einer Morbiditätsstatistik bei den Krankenkassen mit Unterscheidung von Altersklassen“ nur bekräftigen. Auch wir haben ein sehr großes Interesse daran, daß derartige Schäden mehr aufgedeckt, diskutiert werden. Klarheit ist dringend notwendig. Es handelt sich ja um die Arbeiterjugend, die Söhne der Arbeiter, die zur Sozialdemokratie gehören müssen.

Wider die guten Sitten.

Einen Lehrlingsvertrag mit geradezu ungeheuerlichen Vertragsbestimmungen hatte die Firma Sp. abgeschlossen. Nach diesem Vertrage hat die Firma das Recht, dem Lehrling als eine Art Kaution im ersten Jahre 50 Pfennig, im zweiten 75 Pfennig und im dritten 1 Mark pro Woche abzuziehen, und zwar mit der Maßgabe, daß sämtliche einbehaltenen Beträge in den Besitz der

Firma übergehen sollen, falls „sie sich veranlaßt sehe, den Lehrling vorzeitig zu entlassen“. In einem anderen Paragraphen hat sie sich ferner das Recht vorbehalten, „die Lohnsätze zu erhöhen oder zu verringern“. Dieses Muster eines Lehrlingsvertrages bildete den Gegenstand einer Verhandlung vor der fünften Kammer des Berliner Gewerbegerichts unter dem Vorsitz des Magistratsassessors Gordon, in der ein nach seiner Behauptung zu Unrecht entlassener Lehrling auf Zurückzahlung von rund 100 M. einbehaltenen Lohnes klagte. Die Firma machte geltend, der Lehrling habe sich als ein „höchst unmüher Bursche“ aufgeführt, er habe seinen Mitarbeitern allerhand Schabernack gespielt usw.; deshalb sei er zu Recht entlassen worden. Das Gericht unterstellte auf Grund der Beweisaufnahme als wahr, daß der Lehrling sich allerhand Zumutungen erlassen habe zusehen kommen lassen, wor aber der Meinung, daß sie schon aus dem Grunde einen Entlassungsgrund nicht bilden, weil sie sich nicht gegen den Arbeitgeber oder seine Angehörigen, sondern gegen die Kollegen und Mitarbeiter gerichtet hätten; im übrigen aber verstoße der Vertrag wider die guten Sitten und sei daher nichtig; der Beklagte sei daher in voller Höhe des Klagebetrags zu verurteilen.

Ähnlich lag die Sache in einer Klage des Maschinenschlossers B. gegen die Maschinenfabrik M. Hier war dem Arbeiter der Betrag von 9,50 M. vom Lohn abgezogen worden, weil ihm eine Reparatur miflungen war. Die Bestimmung der Fabrikordnung, wonach der Arbeiter für „verdorrene Ware“ mit seinem Lohn hafte, wurde gleichfalls als wider die guten Sitten verstoßend für nichtig erklärt; es könne einem Arbeiter nicht zugemutet werden, für eine Arbeit, die ihm einmal nicht gelinge, sich seinen Lohn fügen zu lassen. Der Beklagte wurde daher zur Zahlung von 9,50 M. kostenspfindlich verurteilt.

Verbalinjurien per Telephon.

Daß sich Chef und Angestellter vermittelst des Telephons die größten Grobheiten sagen und ein dritter, der das Gespräch belauscht, hernach als Ohrenzeuge des nicht weniger als friedlichen Zwiesgesprächs vor Gericht Zeugnis ablegt, dürfte nicht oft vorkommen. Vor der zweiten Kammer des Kaufmannsgerichts kam gestern ein derartiger Fall zur Verhandlung. Der Buchhalter Ernst L. klagte gegen seinen früheren Prinzipal, den Chemikalienhändler Friedrich H. auf Zahlung von 150 M. Schadenersatz. Er wäre während seiner Kontorarbeit von seinem ein Stockwerk höher arbeitenden Chef ans Haustelefon gerufen worden. Ein Mitarbeiter ergrieff den zweiten Hörer, und nach dessen Aussage spielte sich zwischen Prinzipal und Angestellten etwa folgende Unterhaltung ab: „Was haben Sie denn da schon wieder für einen Fehler gemacht Herr L.“ — „Fehler können schon mal vorkommen, Herr H.“ — „Ach was, Sie sind ein ganz zersetzter Mensch.“ — „Das sind Sie, Herr H.“ — „Galten Sie Ihren Mund, Sie frecher Mensch!“ — „Das habe ich nicht nötig, Schluß!“ Nach Beendigung dieses Dialogs verließ L. sofort das Geschäftslokal und fand am Vormittag an den Chef einen Einschreibebrief, in welchem er erklärte, daß er sich zur sofortigen Einstellung seiner Tätigkeit wegen der beleidigenden Äußerungen für berechtigt halte. Der Prinzipal verweigerte die Annahme dieses Briefes und erteilte seinerseits L. die sofortige Entlassung.

Das Kaufmannsgericht entschied, daß der Kläger das Dienstverhältnis aufgelöst habe. Denn er habe zuerst an den Chef geschrieben. Daß der Beklagte davon keine Kenntnis hatte, ändert nichts daran, denn er hätte die Nichtannahme verstanden. Nun gibt der § 72 des Handelsgesetzbuchs dem Angestellten allerdings das Recht, bei erheblicher Ehrverletzung das Arbeitsverhältnis sofort aufzulösen, das Gericht war aber der Ansicht, daß der Kläger Schadensersatzansprüche auf Grund des § 72 zu stellen nicht berechtigt ist. Wenn auch die Äußerungen des Chefs gefallen sein mögen, so war doch zu berücksichtigen, daß dieser durch das herausfordernde Verhalten des Klägers schwer gereizt worden war. Kläger war daher mit seiner Forderung abzuweisen.

Zur Kuburiteglosion.

Sind die bei dem Brande der Wittener Kuburitefabrik am 28. November 1906 entstandenen Explosionswirkungen an den umliegenden Gebäuden als Brandschäden im Sinne der Versicherungsbedingungen zu betrachten?

Mit dieser Frage hatte sich jüngst der VII. Zivilsenat des Reichsgerichts zu beschäftigen, und zwar hat er dieselbe in beiderseitigen Sinne entschieden. Es handelt sich um eine Klage der Meißnerischen Seifenindustrie in Witten gegen die Feuerversicherungsgesellschaft Rheinland. Klägerin war in der genannten Versicherungsgesellschaft gegen Feuer- und Diebstahlversicherungen versichert. In dem Fragebogen war neben der Kuburiteglosion (die an und für sich mit Brand verbunden ist) auch die Versicherung für Explosionen von Dampfseifen gewirkt worden. Dagegen waren Explosionen durch Petroleum, Benzin und andere Sprengstoffe abgelehnt worden. Die Klägerin hatte bei der Kuburiteglosion erhebliche Schäden an Fabrikgebäuden, Fenstern, Lagerbeständen usw. erlitten und forderte von der Versicherungsgesellschaft einen Betrag von 2600 M., wofür sie dann im Klagewege geltend machte. Die beklagte Versicherungsgesellschaft beruft sich auf die Ausfüllung des Fragebogens, durch welche die Versicherung für Explosionen durch Sprengstoffe abgelehnt wurde. Die Klägerin behauptet hingegen etmal, daß sie nur die nicht gewünschte Versicherung für Explosionsgefahr insbesondere abgelehnt habe, als diese Explosionen auf ihrem Grundstück selbst entstehen sollten, daß sie dagegen für Explosionsgefahr von außen mitversichert sein wollte. Sodann behauptet sie, daß überhaupt Brandschäden vorliegen, denn die schädigende Explosion sei nur durch den Brand der Kuburitefabrik entstanden und somit sei der Brandkausal für ihren Schaden geworden.

Das Landgericht Düsseldorf und Oberlandesgericht Köln erkannten jedoch auf Abweisung der Klägerin. Das Oberlandesgericht führt dazu aus, daß sich wohl der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Feuer und der Schädigung der Klägerin nicht leugnen lasse. Immerhin habe es aber dem Willen der Parteien beim Abschluß des Versicherungsvertrages unterlegen, wie weit sie die Versicherung auf gefährliche Ereignisse erstrecken wollten. Im Vertrage sei davon ausgegangen, daß die Haftung neben der Leuchtgasexplosion nur noch auf Explosionen von Dampfseifen ausgebeht werden sollte, während die Haftung im vorliegenden Falle mangels besonderer Vereinbarungen mit der Versicherung ausgeschlossen. Es sei auch nicht anzunehmen, daß bei Abschluß des Versicherungsvertrages die Klägerin an eine Schädigung durch die einen halben Kilometer entfernte liegende Kuburitefabrik gedacht habe.

Die gegen das oberlandesgerichtliche Urteil eingelegte Revision wurde vom Reichsgericht zurückgewiesen. Der erkrankte Senat des Reichsgerichts führt hierzu aus, daß der Berufungsrichter die Versicherungsbedingungen dann verstoße, daß durch dieselben die Gefahr der Explosionen geregelt sei, und zwar dahin, daß die Versicherung auf die Gefahr von Leuchtgas- und Dampferplosionen, nicht aber auch auf Explosionen anderer Art — Kuburite usw. — ausgebeht worden war. Diese Auslegung unterliege der Nachprüfung des Revisionsgerichts nicht. Auch könne dem Berufungsrichter nicht der Vorwurf gemacht werden, er habe den Umstand übersehen, daß es sich um eine Explosion auf einem fremden Grundstück handelte. Es könne in dieser Beziehung durchaus nicht angenommen werden, daß dieser Umstand günstiger für die Klägerin wäre. Im Gegenteil sei hier gerade die Explosion auf dem fremden Grundstück für den Versicherungsnehmer ungünstiger.

Gewerkschaftssekretäre als Prozeßbevollmächtigte vor dem Gewerbegericht.

Die Frage, ob Gewerkschaftssekretäre als Prozeßbevollmächtigte vor dem Gewerbegericht auftreten dürfen, beschäftigte kürzlich das Berliner Gewerbegericht. In der Klagesache eines Gasarbeiters gegen die Stadt Berlin war der Sekretär der Gewerkschaft der Gemeinde- und Staatsarbeiter als Bevollmächtigter des Klägers erschienen. Auf Befragen erklärte er, daß er ein besonderes Donator für die Vertretung nicht bezöge; er leite seine Legitimation, als Prozeßbevollmächtigter aufzutreten, aus der Bestimmung des Gewerkschaftsstatuts her, daß er verpflichtet sei, die

Gewerkschaft und ihre Mitglieder „noch außen hin“ zu vertreten. Nach kurzer Beratung erkannte der Gerichtshof seine Legitimation an. Die Sache selbst verfiel, da über die Höhe des Klagebetrags erst noch weitere Feststellungen getroffen werden sollen, der Betrag...

Bedauerlicherweise müssen wir aus Breslau wieder von un- berechtigtur Juridikation eines Arbeiters als Prozessvertreter melden. Am Dienstag klagte die dortige Buchdruckerei Graf, Barth u. Cie. gegen etwa 30 Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen wegen angeblichen Vertragsbruchs. Die Beklagten beauftragten nun den Vorstehenden der Ortsverwaltung, der nicht als Beamter angestellt ist und auch noch nie die Vertretung vor dem Gewerbe- gericht ausgeübt hat, mit ihrer Vertretung in der Verhandlung...

Man sieht an diesem Fall, wie dringend erforderlich eine ge- rechtliche Einigung der Arbeitervertretung ist, um nicht durch die Willkür einiger Gewerbegerichte dem Arbeiter auch die Rechts- suchung vor dem Gewerbegericht illusorisch zu machen.

Die verfrühte Frühstückspause — keine Ursachen, große Wirkungen.

Im Fabrikssaal der Glasblägerei „Thermos“ sollte eine neue Durchgangstür angebracht werden; zu dem Zwecke mußte eine Radspindel durchbrochen werden. Eines Morgens — die Glasbläser hatten eben ihre Arbeitsplätze eingenommen — kommt der Maurer und macht sich ans Werk. Natürlich geht seine Arbeit nicht ohne Staubentwicklung ab, und die Glasarbeiter sind nicht gerade sehr erbauet, daß sich zu der Hitze und Trockenheit, unter der sie schon reichlich zu leiden haben, als dritte Plage noch der Staub gesellt. Sie einigen sich schließlich mit der Betriebs- leitung dahin, solange die Maurerarbeit noch andauere, die Frühstückspause einzutreten zu lassen und dann ohne Pause bis Mittag durchzuarbeiten. In einer nahegelegenen Aneipe wird mit einem frischen Trunk der Staub hinuntergespült. Aber schließlich — die Maurerarbeit war in einer halben Stunde auch nicht getan — dehnte sich das Frühstück etwas aus. Als man wieder oben im Fabrikssaal anlangte, hatte bei einigen der Leute eine äußerst fidele Stimmung Platz gegriffen. Sieben der Haupt- arbeiter wurden Knall und Fall entlassen. Der Abschluß des fidelele Frühstückspause bildete keine Massenversammlung — sieben Klager nebst sieben Zeugen — vor dem Gewerbegericht. Die sieben Klagen auf insgesamt 600 Mark Lohn wegen unberechtigter Entlassung. Der Fabrikleiter begründete die sofortige Entlassung mit „totaler Betrunktheit“ der Entlassenen, ersichert durch Arbeitsverweigerung; die Arbeiter seien auf ergangene Aufforderung nicht sofort nach dem Fabrikssaal zurückgekehrt, sie hätten viel- mehr zunächst ihren Frühstückspause fortgesetzt, und als sie endlich gekommen seien, seien sie total arbeitsunfähig gewesen. Ueber den Grad der Wirkungen des Frühstückspause gingen die Meinungen weit auseinander, ebenso über das Maß der Staubentwicklung. Die Klager behaupten, der Staub habe „fingerdick“ auf den Ar- beitsplätzen gelegen. Durch die Beweisaufnahme wird festgestellt, daß die Arbeiter nach der an sie ergangenen Aufforderung, die Arbeit wieder aufzunehmen, höchstens noch eine kleine Viertel- stunde im Lokal geblieben sind, um ihr Bier auszutrinken. Eine zweite Aufforderung ist nicht erfolgt. Nach eingehender Beweis- aufnahme kommt das Gericht zu dem Ergebnis, daß dem Klage- antrage in vollem Umfange stattzugeben sei, und zwar im wesent- lichen aus folgenden Gründen: Die Glasblägerei besitzt keinen eigenen Speiseraum für ihre Arbeiter, diese waren also genötigt, zu so früher Morgenstunde — kurz nach 8 Uhr — die Aneipe aufzusuchen; hätten sie sich dabei übernommen und seien sie viel- leicht wirklich nicht mehr arbeitsfähig gewesen, so hätte die Fabrik- leitung das Recht gehabt, sie nach Hause zu schicken und ihnen den Lohn für den Tag zu kürzen; die sofortige Entlassung aber sei unter den angegebenen Verhältnissen eine gefehlt nicht zu rech- fertigende Maßregel, zumal auch mangels wiederholter Auf- forderung von einer „beherrenlichen Weigerung“ im Sinne der Ge- werbeordnung nicht die Rede sein könne.

Aus der Frauenbewegung.

Rüstige Arbeit bringt vorwärts! Die Wozli zu einem selbständigen Organ erhobene Partei- zeitung in Essen, die bisher als Kopfbild der „Arbeiterzeitung“ in Dortmund erschien, brachte in seiner ersten Nummer einen inter- essanten Bericht über die Anfänge und die Weiterentwicklung der Frauenbewegung im dortigen Kreise. Es heißt da: Als im Jahre 1904 gelegentlich der Gewerbegerichtswahl die Genossinnen Pley und Köhler hier anwesend waren, kamen auf Zu- reden der beiden Genossinnen die Parteigenossen zu dem Entschluß, eine Frauenversammlung einzuberufen, begien aber große Bedenken, ob die Versammlung von Frauen wohl besucht sein würde. Aber, Welch eine angenehme Täuschung! Eine halbe Stunde vor Beginn der Versammlung erwiesen sich die beiden Säle der „Wozli“ als zu klein. Es wurden in dieser Versamm- lung zwei Vertrauenspersonen gewählt, 160 Abonnenten für „Die Gleichheit“, wie auch viele neue Leser der „Arbeiterzeitung“ gewonnen und die Einnahmen, welche 72 M. betragen, den streitenden Crim- miltäuer Weibern überwiesen. Von da an entwickelte sich um eine lebhaftere Agitation unter den proletarischen Frauen, eine Anzahl Frauenversammlungen wurden in dem Jahre einberufen, um immer mehr die Ideen des Sozialismus in die Köpfe der Frauen hinein- zutragen. Auch wurde ein Flugblatt, welches vom Niederschneidener Agitationskomitee herausgegeben wurde mit dem Titel „Wo hin ge- hört die Frau?“ von den Genossinnen in der Hausagitation ver- breitet. Durch dieses alles begann die Frauenbewegung immer mehr festen Fuß zu fassen, so daß wir nach der Reichstagswahlwahl 1905 schon annähernd 600 Teilnehmerinnen für „Die Gleichheit“ hatten. Durch dieses starke Anwachsen gingen die Frauen dazu über, im Interesse einer geordneten Arbeitsteilung in Essen-West eine zweite Vertrauensperson zu wählen. Am geschah im Jahre 1906 etwas Unerwartetes; Die politische Polizei trat in Aktion. Es wurde eine Hausdurchsuchung bei der Vertrauensperson in Essen und anderenorts vorgenommen und sämtliche Bücher und sonstige Sachen beschlagnahmt. Die Essener Leiterin der Bewegung hatte sich vor dem Untersuchungsrichter zu verantworten, denn sie sollte sich gegen eine ganze Anzahl von Paragrafen des Vereinsgesetzes ver- gangen haben. Das Ende vom Liede war, daß die ganze Polizei- aktion zu Wasser wurde, denn die Vertrauensperson erhielt nach etwa drei Monaten eine gerichtliche Zustimmung, worin mitgeteilt wurde, daß sie außer Verfolgung gesetzt sei. Wir Frauen können nun auch sagen, daß überall, wo irgend eine Aktion gegen uns geplant wird, dieses uns nicht hindert, sondern ein Fortschritt der Bewegung ist. Anfang 1907 zählten wir 800, und jetzt, Ende 1907, zählen wir schon 1000 „Gleich- heit“-Leserinnen im Kreise Essen. Es hat sich gezeigt, daß im ganzen Wahlkreise Essen die Frauen anfangen zu er- wachen, daß sie sich aus ihrer Anrechtlosigkeit zu befreien suchen und für unsere Ziele und Ideen mitarbeiten. In allen Orten hat sich die Bewegung gut entwickelt, z. B. in Caternberg, Nottshausen, Aray, Alteneffen, Werden, und jetzt beginnt es auch in dem schwarzen Vorfeld, welches bis jetzt immer noch ein Schmerzenskind war, zu tagen, denn es sind angeblich 80 Abonnentinnen für „Die Gleichheit“ gewonnen. Nun heißt es für uns Genossinnen, mit un- ermüdlichem Eifer weiterzuarbeiten und keine Mühe zu scheuen, für unsere Ideen Propaganda zu machen.

Moderne Ehe. Nichtsmutige Heuchelei ist es, wenn von den Stützen der heutigen Gesellschaft die moderne Ehe als die heilige, unantastbare, erhabene,

sittlich- und moralstrebende Einsegnung in den höchsten Tönen gepriesen wird und sie die Sozialdemokratie anklagen, sie wolle diese göttliche Institution aufheben und an deren Stelle die wilde, freie Ehe einführen. Oberbischöflicher a. D. Stöcker, der die Ehe als den starken Hort aller geschlechtlichen-Rasse preist, der geistliche Streiter, der die „idealen Güter der Nation“ mit rührender Sorge bewacht und als Generalpäpster aller Tugend und Moral sich aufstellt, hat der roten Umformpartei die zunehmende Sittenverderbnis auf Konto geschrieben. Ihn kümmert nicht, daß auf den höchsten Klippen der auferwehnten und edelsten Gesell- schaft durchaus nicht alles eitel Glanz und Tugend ist und unter der schimmernden, glimmernden Hülle gewaltige Mengen sinkenden und faulenden Morast liegen. Die Sozialdemokratie hat in diesen höchsten Regionen weder Einfluß, noch irgend welche Verbindungen oder Berührungspunkte, welche entsetzliche Sitten- losigkeit und abgrundtiefe Verworfenheit in diesen Kreisen befeht, hat erst jetzt wieder der Schlammsproß Gabels-Politik zur Genüge gezeigt, der die Genüter des In- und Auslands in atemloser Spannung hielt und der kaum waidürftig erstickt, in allernächster Zeit auf neue die Schleusen öffnen wird. Sind doch nach Angabe einzelner Beteiligten nur erst Schlammspritzer ausgewirpt worden; welche Linnengen ekelhaften Schmutzes mit wohl die Tiefe noch bergen! Wo steht da die heilige, sittliche und moralische Grundfrage der Ehe? Wer hat sie von ihrem erhabenen Sockel herab in den Kot der Gasse gestürzt? Wieviel Sozial? Fragt die Edelsten und Besten der Nation! Das sind die Helden — an die Stöcker sich nicht heranwagt. Liebigens bietet dieses Ehe- drama eine niedliche Illustration, wie Ehen im Himmel geschlossen werden. Die Währende lebensfrische Witwe läßt sich an einen 61 Jahre alten Mann mit dem Bande der heiligen Ehe fesseln — um vorzeitig zu sein und bei Hofe glänzen und in den Strahlen der kaiserlichen Gnadenkrone sich spreizen zu können. Was ihn bewog zu diesem Schritt, wurde aus den Verhandlungen nicht ersichtlich. Der treue Pflichterfüllung Lobende hat nach dem bewegten Ge- ständnis seiner früheren Gattin schon nach 48 Stunden der ehelichen Freuden entragt. Und trotz der beständigen Verwünschungen und ekelhaftesten Szenen, trotz der gemeinsten, zynischsten Beschimpfungen und der gegenseitigen Mißhandlungen bleibt das Pärchen zum Schein ehelich verbunden. Heilige Ehe! Geradezu köstlich war das Gebaren der bürgerlichen und staatsbehaltenden Blätter. Die einen riefen: „Gott sei Dank, es sind nur die obersten Kreise, die solche Dinge zeitigen, das Volk in seinem Stern ist gesund und rein!“ Die frommen und jückerlichen Blätter trösteten sich damit, daß es nur besagene Ausnahmen wären. Ach nein, Ausnahmen sind es nicht, und beschränken sich derartige Vorkommnisse nicht auf die obersten Kreise. Das wohl- situierte Bürgerium hätte allen Grund, zu schweigen. Die Heirats- büreaus und Heiratsannoncen bieten jedem Beobachter eine Fülle von Material. Auch stehen die schamlosen Äußerungen des Generals über Ehe und Frauen nicht einzig da. Man gehe einmal in bessere Klubs oder setze sich in den Cafés in die Nähe einer Herrengesellschaft und die Augen geben einem über bei dem Zynismus, mit dem die „heiligsten“ Dinge der menschlichen Gesell- schaft behandelt werden. Das weite Kreise des Bürgeriums und gerade die vom Glück begünstigsten unaufrichtigsten dem moralischen und sittlichen Verfall entgegengehen, beweist, daß sie zum Unter- gange reif sind. Der Gesundungsprozeß von unten herauf wird sich langsam aber stetig vollziehen und unter den Wehen einer kamp- fbelegten Zeit wird die sozialistische Zukunft geboren.

Versammlungen — Veranstaltungen.

Spandau, Freitag, den 15. November, 8 1/2 Uhr bei Wöhle, Linden- Ufer 17. Stetig, Sonnabend, den 16. November, im Lokal „Vizevölkchen“: - Viertes Stiftungsfest. Villetis a 30 Pfennig bei allen bekannten Genossinnen. - Die Vereinsversammlung am Donnerstag fällt aus. Charlottenburg, Donnerstag, den 21. November, 8 1/2 Uhr, im Volks- haus, Köpenickerstraße 3: Vortrag des Genossen Harder über „Sexuelle Erziehung“.

Gerichts-Zeitung.

Die „Schuld“ des Angeklagten. Frau Justitia ist manchmal wirklich blind. So blind, daß in der geschäftigen Eile, mit der täglich eine große Anzahl von „Keinen Sachen“ vor ihrem Forum erledigt werden, sehr erheb- liche Tatsachen, die zugunsten des Angeklagten sprechen, gar nicht sieht, und falls sie auf solche Tatsachen aufmerksam gemacht wird, gar nicht darauf achtet. Häufig kann man die Beobachtung machen, daß vor den Schöffengerichten, die jeden Tag eine lange Reihe kleiner Nebenurteilungen abzurteilen haben, das Zeugnis des Schuttmanns, der die Anzeige erstattete, dem Gericht genügt. Der Totbestand gilt als festgestellt, Entlassungsbeweiße des Angeklagten werden deshalb abgelehnt, und eher er weiß, wie ihm geschah, ist er verurteilt. Wenn nun ein Angeklagter in der Berufungsinstanz das Glück hat, seine Anträge durchzusetzen, dann kommt er günstigstenfalls zu seinem Recht. Aber niemand entschädigt ihn für den Schaden, den ihm die allzublind Justitia in Gestalt von Zeitverwärtung und Aufwendungen an barem Gelde zugefügt hat. Einen Fall dieser Art hat der Schankwirt Rosinski erlebt. Ein Schuttmann hatte ihn angezeigt, weil Rosinski in seinem Lokal nach Eintritt der Polizeistunde noch Gäste gehabt haben soll. Das Schöffengericht hat Rosinski, einzig und allein auf Grund der Aussage des Schuttmanns, verurteilt. Der Antrag Rosinskis, er wolle beweisen, daß die Personen, welche der Schuttmann für Gäste hielt, gar keine Gäste waren, wurde vom Schöffen- gericht gar nicht beachtet. Für die Berufungsinstanz, die am Donnerstag über diese Sache verhandelte, hatte sich Rosinski einen Verteidiger angenommen und durch diesen seine Beweisangebote dem Gericht eingereicht. Durch die Vernehmung eines der geladenen Entlassungszeugen wurde festgestellt, daß beim Erscheinen des Schuttmanns zwar zwei Personen im Lokale Rosinskis anwesend waren, die aber kein Bier vor sich hatten, sondern mit Rosinski in seiner Eigenschaft als Mitglied der Armenkommission über ein Unterhaltungsgefes, welches ihm zur Recherche übertragen war, sprachen. Da Rosinski bis 11 Uhr mit der Bedienung von Gästen beschäftigt war, so konnte diese Besprechung erst beginnen, als alle Gäste nach Eintritt der Polizeistunde das Lokal verlassen hatten. Nach dieser Feststellung war die Freisprechung selbstverständlich. Der Verteidiger, Rechtsanwalt Theodor Diekmann, beantragte nicht nur die Freisprechung, sondern auch die Erstattung der baren Auslagen des Angeklagten einschließlich der Verteidigungskosten durch die Staatskasse. Der Verteidiger begründete diesen Antrag damit, daß der Angeklagte zweifellos schon in der ersten Instanz freigesprochen worden wäre, wenn man seine Entlassungszeugen gehört hätte. Nach den Erfahrungen, die der Angeklagte in erster Instanz gemacht habe, sei es für ihn eine Notwendigkeit gewesen, einen Verteidiger zu bestellen. Das Gericht sprach den Angeklagten zwar frei, lehnte aber den Antrag auf Erstattung der Auslagen und Verteidigungskosten ab mit der Begründung, der Angeklagte habe sowohl in der ersten wie in der zweiten Instanz keine präzissten Beweisangebote gestellt, er sei daher selber schuld, daß er in der ersten Instanz nicht frei- gesprochen wurde! Was die Behauptung betrifft, der Angeklagte habe keine präzissten Beweisangebote gestellt, so trifft das für die Berufungs- instanz nicht zu, denn hier hat er lange vor der Verhandlung den ganz präzissten Antrag gestellt, bestimmte Zeugen darüber zu ver- nehmen, daß die nach 11 Uhr im Lokal anwesenden Personen keine Gäste waren, sondern Leute, die in einer Unterhaltungsfrage mit

dem Mitgliede der Armenkommission zu sprechen hatten. Ob sich der Angeklagte in der ersten Instanz, wo er keinen Verteidiger hatte, ebenso präzis ausdrückte, wissen wir nicht. Das kann aber auch die Berufungskammer nicht wissen. Jedenfalls hat der An- geklagte sich auch in der ersten Instanz auf seine Entlassungszeugen bezogen und es ist nicht seine Schuld, wenn das Gericht diese Zeugen nicht hörte und ihn verurteilte, nachdem nur der Schuttmann vernommen war, der übrigens, wie der in der Berufungs- instanz vernommene Entlassungszeuge angab, ausdrücklich er- sucht worden ist, in das Lokal hereinzukommen und sich zu über- zeugen, daß keiner der Anwesenden Bier vor sich habe. Ueberdies: es ist eine vollkommene Verkennung der Aufgabe der Strafsjustiz, wenn sie annimmt, der Angeklagte habe seine Unschuld zu beweisen. Ihm ist die Schuld nachzuweisen. Hat er aber, wie im vorliegen- den Falle, gar keine Unschuld nachgewiesen, so erfordert es die Billigkeit, daß ihm wenigstens seine Auslagen ersetzt werden. Wird die Begründung der Ablehnung des Antrags im schriftlichen Urteil ebenso wiedergegeben wie in der mündlichen Verhandlung, so liegt ein Revisionsgrund vor.

Sittlichkeitsverbrechen.

Unter der Anklage des Sittlichkeitsverbrechens, begangen an einem achtjährigen Kind, stand gestern der Gastwirt Ferdinand Müller in Treptow vor Gericht. Der 63jährige, völlig unbescholtene Angeklagte ist der Pächter des Neuen Bier- häuschens bei Treptow. Am 31. Mai abends erhielt er den Besuch des ihm befreundeten erpedierenden Sekretärs Schierly, der mit seiner Frau und seiner achtjährigen Tochter den Abend in dem Gastgarten des Angeklagten verlebte. Der Angeklagte hatte sich wiederholt an den Tisch der ihm befreundeten Familie gesetzt und nahm gelegentlich das kleine, hübsche Mädchen mit sich, angeblich, um ihm einmal den Saal und das Orchester zu zeigen. Als das Kind über eine halbe Stunde wegsah, suchten es die Eltern, fanden es aber nicht. Dann stiegen sie auf den Angeklagten, der aus seiner im Oberstock belegenen Wohnung herabkam und nach ihrer Meinung etwas erregt aussah. Dann kam auch das Mädchen zum Vorschein und machte einen verlegenen Eindruck. Der Vater fragte das Kind wiederholt, ob der Angeklagte mit ihm etwas vorgehabt habe, das Mädchen verneinte die Frage wiederholt, und erst als die Mutter es beim Auskleiden zu Hause gleichfalls mehrmals befragte, hat das Mädchen im Privat- unter Tränen erzählt, daß der Angeklagte sie mit in seine Privat- wohnung genommen und unzüchtlich verführt habe. - Der An- geklagte bestritt im gestrigen Termin, der unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfand, nicht nur jede unzüchtige Annäherung an das Kind, sondern auch die Behauptung, daß er mit dem Mädchen in seiner Privatwohnung gewesen sei. Die keine Belastungszeugin verblieb bei ihrer der Mutter gemachten Mitteilung, welche eine so schwere Beschuldigung gegen den Angeklagten enthält. Das Gericht kam zu einer Verurteilung des An- geklagten. Der Vorsitzende gab dem Verteidiger zu, daß die Aus- lage eines so jungen Kindes der sorgfältigsten Prüfung bedürfe. Der Gerichtshof habe diese Prüfung an der Hand der Beweis- aufnahme eintreten lassen und sei zu dem Ergebnis gekommen, daß die Anklage des Mädchens durchaus glaubwürdig erscheine. Der Gerichtshof billigte dem Angeklagten mildernde Umstände zu und verurteilte ihn zu der zulässig niedrigsten Strafe von sechs Mo- naten Gefängnis.

Schuldigtes Todesurteil.

Das Reichsgericht hat gestern die Revision des Bezirksdirektors Niederhofer verworfen, der am 24. Oktober vom Schwurgericht am Landgericht I in München wegen Raubmordes, begangen an dem Kaufmann Gendtschel, zum Tode verurteilt worden war.

Versammlungen.

Der Berliner Arbeiter-Radfahrer-Verein (Arbeiter-Radfahrer- bund „Solidarität“) hielt seine ordentliche Generalversammlung in Voelkers Festsaal ab. Vor Eintritt in die Tagesordnung ehrte die Versammlung das Andenken des verstorbenen Genossen Buggert in üblicher Weise. Aus dem Geschäftsbericht des Vor- standes für das 3. Quartal ist zu entnehmen, daß derselbe mit der Schmelzereigenossenschaft „Hoffnung“, Brunnenstraße 188, eine Ver- einbarung getroffen hat, wonach den Mitgliedern des Berliner Arbeiter-Radfahrer-Vereins im Bedarfsfalle gegen Legitimation außer einer Preisermäßigung für Radfahreranzüge noch eine Rück- vergütung von 5 Proz. in bar gewährt wird. Die Mitteilung von der nunmehr vollzogenen Umgestaltung der Produktiv- und Ein- laufsgegenossenschaft „Voran 11“ in eine freie Handelsgesellschaft wurde mit Beifall aufgenommen. Die Geschäftsräume nebst Reparaturwerkstatt werden Ende Dezember von der Oberberger- straße 30 nach Brunnenstraße 88 unter der Firma „Solidarität- Radfahrer-Industrie“, Einkaufsstelle für die Mitglieder des Arbeiter- Radfahrer-Bundes „Solidarität“, Walter Wittig u. Co., verlegt. Ein Zweiggeschäft wird noch im Laufe dieses Monats in der Kott- buscherstraße errichtet. Nach Bedarf sollen weitere Filialen in allen größeren Städten Deutschlands eingerichtet werden. Nach ein- gehender Diskussion über den Aufbau des ganzen Unternehmens war es den Versammelten klar, daß dasselbe nicht mehr allein Sache des Berliner Vereins, sondern des ganzen Bundes sei, zumal auch der Bundesvorstand zu diesem Zwecke ein Darlehen von 15 000 M. gewährt hat. Auch bestand kein Zweifel darüber, daß, wenn nicht mehr wie bisher nur die radfahrenden Arbeiter von Groß-Berlin, sondern die 95 000 Mitglieder des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ von ganz Deutschland ihren Bedarf an Fahrrädern, Zubehörteilen, Wollwaren usw. von obiger Firma beziehen, denselben auch andererseits ganz nennenswerte Vorteile nicht nur beim Einkauf, sondern auch aus den erzielten Ueberschüssen geboten werden können. Zumal dieselben der Bundeskasse zur Verwendung für die Mitglieder zugeführt werden. - Unfälle waren im dritten Quartal 14 zu verzeichnen, von denen für 10 eine Unterstüfung von 210,75 M. ausbezahlt wurde. Bei vier Unfällen harrt die Unterstüfungsfrage nach ihrer Erledigung. Mißbilligung fand das Verhalten einiger Führerwerksbesitzer, deren rüchichtsloses Fahren nicht nur einige Unfälle ohne absehbare Folgen herbeigeführt, sondern geradezu Leben und Gesundheit gefährdet. - Der Kasfen- bericht weist eine Einnahme und Ausgabe von 2881,30 M. auf, wo- von an die Bundeskasse 1863,95 M. und Unterstüfung an arbeits- lose Mitglieder 182,50 M. gezahlt wurden. Die Mitgliederzahl betrug am Schluß des 3. Quartals 2068. Abdann nahmen die Versammelten noch Kenntnis von dem Vorgehen der sächsischen Be- hörden gegen den Bund.

Wetter-Prognose für Freitag, den 15. November 1907.

Stetlich warm, teilweise aufkarend, vorwiegend trübe mit Regenschüen und lebhaften südwestlichen Winden.

Wasserstands-Nachrichten

Der Landesanstalt für Gewässerfunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am		am	
	13.11.	12.11.	13.11.	12.11.
Remel, Tübb	106	- 1	Saale, Großh	68 - 2
Bregel, Ansbach	6	- 2	Saale, Spandau	83 + 4
Wesjel, Thorn	56	- 2	Kahleberg	112 + 1
Dber, Ansbach	84	+ 3	Spree, Ebersberg	106 0
Strossen	71	+ 3	Breslau	130 0
Frankfurt	75	- 2	Dejer, Rinden	-106 - 3
Wartbe, Schimm	16	+ 3	Rinden	-38 - 5
Ramsberg	14	+ 2	Rein, Marzillandau	286 + 4
Rege, Nordam	11	- 1	Staub	84 - 3
Eibe, Zeitzmer	-86	- 3	Rdin	60 - 1
Dresden	-181	- 3	Redar, Zellbrom	17 + 2
Burg	43	- 4	Main, Weicheln	92 + 1
Magdeburg	64	- 4	Wojel, Zeitz	15 + 5

+) - bedeutet Zufluß, -) -) Abfluß.

Dritter Wahlkreis!

Sonntag, den 17. November, abends 6 Uhr:

Öffentliche Versammlung für Männer und Frauen

in den „Arminhallen“, Kommandantenstr. 58/59.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Max Schütte über: Religion und Schule.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein.
Entree inkl. Garderobe 20 Pf. Tanz frei!
Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein
Der Einberufer.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Heute Freitag, abends 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, Engel-Ufer 15:
Sitzung der Ortsverwaltung.

Einsetzer!

Die Arbeitslosenunterstützung des Reservefonds erfolgt Sonnabend, den 16. November, mittags 1 Uhr, bei Bräuner, Engel-Ufer 13.

Achtung, Küchenmöbel-Branche!

Montag, den 18. November, abends 8 Uhr, bei Cibrowius, Alexanderstraße 8:

Vertrauensmänner - Versammlung

für die in der

Küchenmöbel-Branche beschäftigten Tischler und Maler.
Wegen der wichtigen Tagesordnung ist es Pflicht jedes im Betrieb beschäftigten Kollegen dafür zu sorgen, daß der Betrieb vertreten ist.

Sonntag, den 17. November, u. Mittwoch, den 20. November:

Urania - Vorstellungen.

Zum Vortrag gelangt: Ueber den Brenner nach Venedig.
Billetts sind auf dem Verbandsbureau, Engel-Ufer 15 I, Zimmer 11, zu haben. Die Ortsverwaltung.

Deutscher Metallarbeiter-Verband

Arbeitsnachweis: Verwaltungsstelle Berlin, Hauptbureau: Hof I. Amt 3, 1229. Charitéstraße 3. Hof III. Amt 3, 1957

Sonntag, 17. November, vorm. 10 Uhr

Versammlung

aller in der Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter
in den „Müller-Festhallen“, Kaiser Wilhelmstr. 18 m.

Tages-Ordnung:

1. Die gegenwärtige wirtschaftliche Krise. Referent: Genosse Bräuner.
2. Diskussion.
Kollegen! Mit Rücksicht auf das wichtige Thema, das gerade für die in der Automobilindustrie beschäftigten Arbeiter von Bedeutung ist, erwarten wir einen zahlreichen Besuch dieser Versammlung. 150/20

Sonntag, 17. November, vorm. 10 Uhr

Bezirks-Versammlung

für Rummelsburg, Boxhagen, Stralau u. Stralauer Allee
im Lokal von Gustav Tempel, Alt-Boxhagen, Ecke Bahnhofstraße.

Tages-Ordnung:

1. Jahresbericht der Bezirksleitung, der Bezirks- und Gewerbegerichtsbehörden. 2. Diskussion. 3. Renouveau der Bezirksleitung und der Organisationskommission. 4. Verhandlungsangelegenheiten und Verschiedenes.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß jetzt der Metallarbeiter-Kalender 1908

im Bureau Charitéstr. 3 zu haben ist. Bestellungen können auch bei jedem Bezirksleiter und Vertrauensmann gemacht werden. Das Stück kostet 60 Pf.
Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse

für das

Buchdruckgewerbe zu Berlin.

Sonntag, den 17. November 1907, vorm. präz. 10 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshause, (Saal I), Engel-Ufer 15:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von drei Vorstandsmitgliedern für die Jahre 1908-1910 (1 Arbeitgeber, 2 Arbeitnehmer).
2. Wahl des Rechnungsausschusses für das Jahr 1908.
3. Vortrag über die Vereinheitlichung der Arbeiterversicherungs-gesetze.
4. Mitteilung der Kommission über die Vertragsverhältnisse der Kassengestellten.
5. Verschiedenes.
Die Mitglieder werden ersucht über die Angelegenheiten, welche sie eventuell zur Sprache bringen wollen, der Kassenverwaltung vorher Mitteilung zu machen, damit das einschlägige Material zur Stelle geschafft werden kann.
Berlin, den 21. Oktober 1907. 276/14

Der Vorstand.

J. Blenz, Vorsitzender. Otto Wontzki, Schriftführer.

Freie Vereinigung der Bau-, Erd- u. gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands.

Ortsverein der Staaker Berlins u. Umgegend.

Sonntag, den 17. November, vormittags 10 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

in Englischen Garten, Alexanderstr. 27c.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Genossen Pätzelt über: „Die verschiedenen Strömungen des modernen sozialen Lebens.“ 2. Diskussion. 3. Stellungnahme zu den vom Parteivorstand angeregten Einigungs-verträgen. 4. Diskussion. 5. Vereinsangelegenheiten. 37/14

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Mitgliedsbuch legitimiert; ohne dasselbe kein Zutritt.

Der Vorstand. J. A.: Hans Dupke.

Verantwortlicher Redakteur: Hans Weber, Berlin. Für den

6. Wahlkreis!

Sonntag, den 17. November, abends 6 Uhr, im Kolberger Salon, Kolbergerstr. 23:

Öffentl. Versammlung für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen Adolf Störmer über: „Kirche, Schule und Arbeiterschaft.“
Zu zahlreichem Besuch laden ein
Die Abteilungsleiter.
Nach der Versammlung: Gemütliches Beisammensein mit Tanz.

Vereinigung der Zimmerer Deutschlands.

Sonntag, den 17. November, vorm. 10 Uhr:

Außerordentliche Generalversammlung

des Vereins der Zimmerer Berlins und Umgegend.

in den Industriefällen, Benthstr. 20.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Die Frage der Einheitsorganisation im Zimmerergewerbe und unsere Stellung zu derselben. 3. Wahl der Delegierten zur 7. Konferenz.
Der Vorstand. J. A.: H. Juppeloh.

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Rücksichten, die wir als sich haltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu Hilfe zu rufen.
Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.
Danke der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitslöhne an die Arbeiterschaft zu zahlen.
Wir ersuchen daher mit Gegengewärtigem die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Die Frage der Einheitsorganisation im Zimmerergewerbe und unsere Stellung zu derselben. 3. Wahl der Delegierten zur 7. Konferenz.
Der Vorstand. J. A.: H. Juppeloh.

Achtung!

Arbeiter, Parteigenossen Berlins und Umgebung!

Die Bestrebungen unserer Organisation, auch in den Detailgeschäften der Herrenkonfektion Betriebswerkstätten und feste tarifmäßige Löhne zu erringen, haben bei den Firmeneinhabern, welche um Bewilligung dieser Forderungen angegangen wurden, unter Rücksichten, die wir als sich haltig nicht anerkennen können, Widerstand gefunden. Wir sehen uns deshalb genötigt, die Solidarität der Arbeiterschaft zu Hilfe zu rufen.
Die Delegierten zur Berliner Gewerkschaftskommission haben einem dementsprechenden Antrage einstimmig ihre Zustimmung erteilt und die Parteigenossen von Groß-Berlin sind diesem Beschlusse beigetreten.
Danke der Solidarität der Berliner Arbeiterschaft haben sich eine Anzahl Berliner Konfektionäre veranlaßt, Betriebswerkstätten einzurichten und tariflich festgesetzte Zeitslöhne an die Arbeiterschaft zu zahlen.
Wir ersuchen daher mit Gegengewärtigem die Parteigenossen und Gewerkschaftsmitglieder Berlins und Umgebung, bei ihren Einkäufen und Bestellungen von Herren- und Knabengarderobe in Zukunft nur die nachstehenden Geschäfte berücksichtigen zu wollen.

Tages-Ordnung:

1. Vereinsangelegenheiten. 2. Die Frage der Einheitsorganisation im Zimmerergewerbe und unsere Stellung zu derselben. 3. Wahl der Delegierten zur 7. Konferenz.
Der Vorstand. J. A.: H. Juppeloh.

„Hoffnung“, Produktiv-Genossenschaft der Schneider, Brunnenstr. 185.

Alle von dieser Firma in den Handel gebrachten Waren werden zu den von der Organisation festgesetzten Bedingungen hergestellt. Wir empfehlen dieselbe daher ganz besonders.

Amerikanische Verkaufshallen, Rosenthalerstraße 58.

„Blitz“, Gr. Frankfurterstr. 137.

„Blitz“, Frankfurter Chaussee 19, Lichtenberg.

Haack, Landsbergerstr. 91.

Baer Sohn, Gr. Frankfurterstr. 20.

„Blitz“, Kottbusser Damm 29/30.

Seitinger, Deutsche Comp., Dranienstr. 40/41.

Stellen einen großen Teil ihres Umsatzes zu den geforderten Bedingungen her.

„Blitz“, Schöneberg, Hauptstr. 10.

Nachstehende Firmen haben die Errichtung von Betriebswerkstätten zugesagt:

S. Adam, Leipzigerstr. 27/28.

Fabisch u. Co., Rosenthalerstr. 3.

Philipp Fabisch, Rosenthalerstr. 1.

Bernhard Baer, Rosenthalerstr. 5.

Zachs, Gr. Frankfurterstr. 132.

Max Schendel, Rosenthalerstr. 8.

D. Perleberg, Chaussee 57.

hatte eine Werkstätte eröffnet, dieselbe aber wieder geschlossen, nachdem das Kammergericht ein für uns ungünstiges Urteil gefällt hatte.

Alex Böhne, Landsbergerstr. 79.

Kommandithans Schendel, Dranienstr. 38.

Da dieser Firmen — anscheinend unter dem Eindruck des Kammergerichtsurteils — die Beschaffung von Betriebsräumen sehr schwer fällt, ersuchen wir, dieselben nicht allzusehr mit dem Einkauf von Waren zu belästigen, damit ihnen mehr Zeit zur Verfügung steht, um ihr gegebenes Wort einzulösen. 166/15

Verband der Schneider u. Schneiderinnen.

Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Dachdecker.

Verwaltungsstelle Berlin.

Sonntag, 17. November, vorm. 10 Uhr, bei Feind, Weinstr. 11:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Abrechnung vom Stiftungsfest. 2. Verbandsangelegenheiten.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand.

Verband der Hafnarbeiter u. verw. Berufsg.

Deutschlands. Mitgliedschaft Berlin.

Sonntag, den 17. November, vormittags 10 1/2 Uhr:

Mitglieder-Versammlung

im Königstadt-Kasino, Holzmartstr. 72.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Kollegen G. Scharkowski aus Hamburg über: „Der Zusammenbruch im Transportarbeitergewerbe.“ 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes und Aufnahme neuer Mitglieder.
Um recht zahlreichen und pünktlichen Besuch ersucht

Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse der Schmiede.

Sonnabend, den 23. Novbr. cr., abends 8 1/2 Uhr,

bei Tabert, Warthastraße 14, Eingang Grüner Weg:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Neu- resp. Wiederwahl der ausstehenden Vorstandsmitglieder.

a) eines Arbeitgebers auf 3 Jahre, b) zweier Arbeitnehmer auf 3 Jahre, c) eines Arbeitnehmers auf 1 Jahr (Erstwahl).

2. Wahl der Revisoren zur Prüfung der Jahresrechnung 1907.

3. Verschiedenes. 278/16

Der Vorstand. J. A.: H. Pilgrim, Vorsitzender, Admiralsstr. 24.

Fette Gänse, fette Enten, junge Hühner, Tauben empfiehlt rechtst F. Wegner, Berlin, Mariannenstr. 34.

Orts-Krankenkasse der Uhrmacher, Berlin.

Die

Ordentliche General-Versammlung

findet Montag, den 25. Novbr., abends 9 Uhr im Schulhoff-Restaurant, Neue Jakobstr. 24-25 statt. 278/15

Tages-Ordnung:

1. Wahl der Vertreter: 33 Arbeitnehmer, 10 Arbeitgeber. 2. Wahl des Vorstandes. 3. Wahl von drei Mitgliedern zur Prüfung der Rechnung des laufenden Jahres. 4. Verschiedenes.

Hierzu ladet ein Der Vorstand.

G. Lätig, Vorsitzender.

Allg. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter.

(V. S. 23.) Filiale Friedrichsberg. Sonnabend, 16. November:

Mitglieder-Versammlung

bei Plum, Frankfurter Chaussee, 19075 Der Vorstand.

Orts-Krankenkasse Reinickendorf.

Die statutenmäßige

General-Versammlung

der Ortskrankenkasse hier selbst findet am 278/17

Dienstag, 26. November 1907, abends 8 Uhr, im Kirschen Restaurant, Marktstraße 2/3, hier selbst, statt.

Tages-Ordnung:

1. Wahl von 3 Kassendelegierten. 2. Beschlußfassung über a) Jahresbericht, b) Anstellungsvorträge der Kassendelegierten.

3. Verschiedenes.

In der Generalversammlung sind nur die gewählten bzw. ernannten Vertreter stimmberechtigt und werden mit dem Erlaube um recht zahlreiches und pünktliches Erscheinen hierdurch eingeladen.

Die Kassendelegierten haben zu ihrer Legitimation die Kassendelegierten sowie die besonders erscheinenden Einladungen vorzulegen.

Mitgliedern, die nicht zur Kassendelegierten gehören, kann der Zutritt nicht gestattet werden.

Reinickendorf, den 9. Novbr. 1907. Der Vorstand der Ortskrankenkasse. Sch em e l, Vorsitzender.

Allgem. Orts-Krankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs.

Wir laden die Kassendelegierten hiermit zur Teilnahme an einer ordentlichen Generalversammlung auf

Wittwoch, 27. November d. J., abends 9 Uhr.

nach dem Keinen Saale des „Volkshauses“ in Charlottenburg, Köpenickerstraße 3, ergeht ein mit dem Bemerkten, daß vorher von 8-9 Uhr je eine Wahlversammlung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Delegierten getrennt stattfindet, in welcher die Arbeitgeber-Delegierten 2 und die Arbeitnehmer-Delegierten 4 Vorstandsmitglieder an Stelle der turnusmäßig ausstehenden Vorstandsmitglieder wählen

Schulz } Arbeitgeber
Günard }
Ahrens }
Grabe } Arbeitnehmer
Büchsen }
Red }

Das Mandat der zu wählenden Vorstandsmitglieder läuft vom 1. Januar 1908 bis zum 31. Dezember 1909.

Von 9 Uhr ab beginnt die gemeinsame Versammlung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Delegierten mit der

Tages-Ordnung:

1. Wahl einer Revisionskommission zur Überprüfung der Jahresrechnung pro 1907.

2. Bericht über die Finanzlage.

3. Beschlußfassung über die Errichtung eines Nebenwohngenehmens.

4. Verschiedenes.

Kassendelegierte, welche Beschwerden vorzubringen haben, wollen hieron dem Kassenvorstande bis drei Tage vor der Generalversammlung schriftlich Kenntnis geben. Die Kassendelegierten erhalten außerdem noch eine besondere schriftliche Einladung als Legitimation, welche im Versammlungsalon vorzulegen ist.

Delegierte, deren Mandat nach statutarischer Vorfrist als erloschen zu betrachten ist, haben keinen Zutritt zu der Versammlung.

Charlottenburg, 10. November 1907. Der Kassenvorstand. 278/13

geg. Büch. Ahrens.

Greift zu!

den besten

Monatsanzüge 9,50 B.

Abonnementanzüge 13,00

Wahlkleidungsstücke 11,00

Partieanzüge 12,00

Gesundungsstücke 14,50

Anzüge, Ersatz f. Maß 20,50

Paletots 9,50

Hosen 2,00

Joppen 5,00

Moldauer

Prinzenstraße 64, im Laden.

— Straßenbahn-Berggattung. —

Wohl Singer & Co., Berlin SW.

Partei-Angelegenheiten.

Zur Lokalliste. Am Sonnabend, den 16. d. M., veranstaltet die Turnerische Vereinigung von Landwin in dem der Arbeiterschaft nicht zur Verfügung stehenden Lokal von Aug. Stefani...

Ebenfalls am 16. d. M. veranstaltet das sogen. Komitee der Firma J. Rintsch eine Jubiläumsfeier für fünf bei genannter Firma beschäftigte Personen in den „Konordia-Festsälen“...

Dritter Wahlkreis. Sonntag, den 17. November, abends 8 Uhr, findet in den „Arminenhallen“, Kommandantenstr. 58/59, eine Versammlung mit Frauen statt. Genosse Max Schütte spricht über: „Religion und Schule“...

4. Wahlkreis. Am Sonntag, den 17. November, findet in den Lokalen „Gewerkschaftshaus“, Keller, Koppenstr. 20, „Eisium“, Landsberger Allee, und bei Boeker, Weberstr. 17, das Stiftungsfest statt.

Der letzte wissenschaftliche Vortrag des Genossen Julian Borchardt findet am Dienstag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei E. Litzin, Remelerstr. 67, statt. Die nächsterfolgenden Aronias-Billetts müssen bis spätestens Sonnabend, den 16. d. M., zurückgebracht werden.

Preis-Buchw. Am Sonnabend, den 16. November 1907, veranstaltet der hiesige Wahlverein im Lokal von A. Koster, Chausseestraße 39 (Reißgas Festhalle), einen Lichtbildervortrag: „Im Reich der schwarzen Diamanten“ von Otto Kott. Eintritt 25 Pfennig. Zahlreiche Erscheinen erwünscht. Die Bücherausgabe der Vereinsbibliothek findet am Sonnabend nicht statt. Am Dienstag, den 19. November, abends 7 1/2 Uhr, findet im Lokal des Herrn Wofinski, Landhaus, die Vereinsversammlung statt. Vortrag über: „Die politische Lage in Preußen“, Referent Genosse G. H. r. s. c. Das Erscheinen sämtlicher Mitglieder ist Pflicht. Gäste willkommen.

Schmargendorf. Am Sonnabend, den 16. November, abends 8 1/2 Uhr, findet im „Wirtshaus Schmargendorf“ ein Vortrag statt. Nach dem Vortrag gemütliches Beisammensein und Tanz. Wir eruchen die Parteigenossen mit Familienangehörigen recht zahlreich zu erscheinen.

Nieder-Schöneweide. Am Sonnabend, den 16. November, bezieht der Wahlverein im Lokal „Hoffelwerder“ mit einem reichhaltigen Programm sein diesjähriges Stiftungsfest. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich daran zu beteiligen. Billetts sind noch zu haben bei dem Komitee, den Bezirksführern und den Vorstandsmitgliedern.

Mt.-Ostende. Die Mitgliederversammlung des Wahlvereins findet am Sonnabend, den 16. d. M., abends 8 Uhr, im Lokale des Herrn S. Sah, Grünauerstr. 29, statt.

Trebbin. Am morgigen Sonnabend, abends 8 1/2 Uhr, findet im Lokal von O. Wolf unsere Wahlvereinsversammlung statt. Tagesordnung: Vortrag des Genossen Zietisch „Charlottenburg: Bericht von der Verbandversammlung von Groß-Berlin; Bescheidenes. Der wichtigen Tagesordnung und der bevorstehenden Stadtverordnetenwahl wegen ist das Erscheinen aller Genossen notwendig.

Mittenwalde. Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr, findet im Aronischen Lokal eine Versammlung des Wahlvereins statt. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Woller mann-Schöneberg über: „Sozialdemokratische Gemeindepolitik“, außerdem wichtige Vereinsangelegenheiten. Gäste haben Zutritt.

Kranenburg. Am Sonntag, den 17. November, nachmittags 4 1/2 Uhr, am Vorabend der Stadtverordnetenwahl, findet im Lokal „Waldbaus Sandhausen“ nochmals eine Volksversammlung statt, in welcher der Stadtv. Genosse Ferdinand Ewald spricht. Zu diesem Zweck wird am Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, von den bekannten Lokalen aus noch ein Flugblatt verbreitet. Ehrenpflicht der organisierten Arbeiterschaft ist es, sich vollzählig an dieser Arbeit zu beteiligen.

Spanbau. Am Sonntag, früh 7 1/2 Uhr, findet eine Flugblattverbreitung statt. Dieselbe erstreckt sich über die ganze Stadt. Die Genossen werden ersucht, sich zahlreich in ihren Bezirkslokale einzufinden.

Berliner Nachrichten.

Die Stadtverordneten

Hatten gestern eine kurze Sitzung. Eröffnet wurde sie mit der Verlesung eines Kronprinzentelegrammes, einer Antwort auf den Gratulationsbrief, den die freijünglichen Stadtverordneten dem Kronprinzen aus Anlaß des ihm zuteil gewordenen Familienzuwachses übersandt hatten. Die Freijünglingsmänner standen respektvoll auf, sie drückten sich aber sofort wieder setzen, da das Telegramm nur wenige Worte enthielt. „Bravo!“ riefen sie diesmal nicht.

Die Tagesordnung enthielt eine ganze Reihe Vauvorlagen, darunter mehrere Entwürfe zu Schulbauten, die ohne langes Debattieren abgelehnt werden konnten. Beschlossen wurde auch der Ankauf noch eines Schulgrundstückes für den Stadtteil Moabit, der ja in neuerer Zeit wieder sehr unter dem Schulhausmangel zu leiden hat. Genosse Bor gmann äußerte Zweifel daran, ob das in Aussicht genommene Grundstück nicht zu klein sei. Aber die Mehrheit ließ sich auf keine nähere Prüfung ein — wer wird denn auch so anspruchsvoll sein, wenn es sich nur um eine Gemeindegasse handelt! — und die Vorlage wurde ohne Ausschußberatung angenommen. Zur Schule stand in Beziehung auch eine Vorlage, über die im ersten Teil der Sitzung verhandelt wurde. Die Einführung neuer Lehrbücher für die Gemeindegassen ist notwendig zu einer Mehrausgabe für die den ärmeren Kindern zu gewährenden Bücher; sie mußte nachbewilligt werden. Genosse Hoffmann bemerkte, daß die oft geforderte Einheitlichkeit der Lehrbücher für ganz Berlin immer noch ein frommer Wunsch geblieben ist, und empfahl, bei Umschlungen den etwa notwendig werdenden Umtausch von Büchern allen Kindern bereitwillig zu gewähren. Die Antworten, die von den Vertretern des Magistrats gegeben wurden, klangen nicht sehr ermutigend. Hoffmann kündigte an, die sozialdemokratische Fraktion werde bei der nächsten Staatsberatung auf die Schulbuchfrage zurückkommen. Im übrigen betonte unser Redner, daß die Fraktion noch wie vor auf dem grundsätzlichen Standpunkt steht, die

Stadt habe allen Kindern alle Bücher ohne weiteres unentgeltlich zu geben. Gerade die Einführung der neuen Bücher wird jetzt wieder vielen die Augen darüber geöffnet haben, wie sehr es nützt, daß diese Forderung endlich einmal erfüllt würde. So manchem Vater und so mancher Mutter, die es verdammen, den Herrn Rektor bezw. den Herrn Schulkommissionsvorsteher um gütigste Bewilligung der Bücher usw. zu bitten, wird die Beschaffung aus eigenen Mitteln wirklich nicht so leicht, wie die Vertreter des Freijüngs im Rathause sich das denken.

Die Ergebnisse der diesjährigen Stadtverordnetenwahlen sind bereits in der letzten Nummer des vom Magistrat herausgegebenen „Gemeindeblattes“ veröffentlicht worden. Man bilde sich aber nicht ein, daß das schon die Stimmzahlen mitgeteilt werden, die auf die einzelnen Kandidaten entfallen sind. Einstweilen wird nur die Liste der Gewählten mit Name und Wohnung gegeben. Daß man auch die amtlich festgestellten Stimmzahlen, die ja von den vorläufig ermittelten immer etwas abweichen, bekanntgibt, darauf werden wir noch eine ganze Weile warten müssen, falls überhaupt bekannt sein sollte, sie zu veröffentlichen. In diesem Punkte herrscht nämlich bei unserem Magistrat eine merkwürdige Inkonsistenz. Manchmal hat man die Zahlen durch das „Gemeindeblatt“ mitgeteilt, manchmal wieder hat man sich diese Mühe erspart. Wir wissen nicht, ob da eine bestimmte Absicht vorliegt oder ob es sich nur um eine jener Nachlässigkeiten handelt, wie man sie nicht nur im „Gemeindeblatt“, sondern überhaupt in den Veröffentlichungen der Gemeindebehörden Berlins nur zu oft findet. Eine Ausnahme bilden nur diejenigen Wahlbezirke, in denen eine Stichwahl stattfinden mußte: aus diesen sind die Stimmzahlen wenigstens für die Hauptwahl regelmäßig mitgeteilt worden. Für das Jahr 1905 z. B. wurden die Zahlen aus den Stichwahlbezirken durch das „Gemeindeblatt“ veröffentlicht, aber über alle übrigen Bezirke erfährt man nichts. Das Sonderbarste ist, daß sogar das Berliner „Städtische Jahrbuch“ in seinem Band für 1905 noch nichts über die damaligen Stadtverordnetenwahlen enthält, obwohl dieser Band erst im Frühjahr 1907 erschienen ist. Es ist also für einen gewöhnlichen Sterblichen bis heute ein Ding der Unmöglichkeit, sich über die amtlichen Wahlergebnisse der Stadtverordnetenwahlen von 1905 zu informieren; denn auch in dem Jahresbericht über die „Allgemeine Verwaltung des Magistrats“ findet man weiter nichts als die Namen der Gewählten. Wir stellen das hier öffentlich fest und fügen den Wunsch hinzu, daß es uns für 1907 nicht eben so ergehen möge. Gleichzeitig empfehlen wir, daß das „Gemeindeblatt“ samt dem „Jahrbuch“, wenn sie die Stimmzahlen wieder mal bringen wollen, sich nicht nach altem schlechtem Brauch auf Angabe der dem Sieger zugefallenen Stimmzahl beschränken, sondern auch die Stimmzahl der unterlegenen Kandidaten angeben.

Der Kampf um den Omnibusstarif.

Die Omnibusgesellschaft hatte zu gestern eine Generalversammlung einberufen, in der zu der Tariffrage Stellung genommen werden sollte. Bekanntlich ist die Gesellschaft an die städtische Verkehrsdeputation herangetreten und verlangte unter Hinweis auf die Unrentabilität der fünfpfennigstreuen den Preis in Zukunft auf 7 1/2 Pf. festsetzen zu dürfen. Die Verkehrsdeputation hat diesen Antrag abgelehnt, aber unter Befestigung der Verfürgung von Zeitstreuen zugestanden, 6 Pf. anstatt 5 Pf. erheben zu dürfen. Mit diesem Zugeständnis, das der Gesellschaft immerhin noch eine Dividende von 8 Proz. ihres Aktienkapitals gewährleistet, ist die Gesellschaft nicht zufrieden; sie besteht auf dem 7 1/2 Pfennigstarif. Gestern legte der Verwaltungsdirektor die Sachlage im Sinne der Gesellschaft dar. In der Diskussion riet Justizrat Dr. Friedemann, den Versuch mit den von der Verkehrsdeputation vorgeschlagenen Sechspfennigstreuen zu wagen. Sollte es sich zeigen, daß es der Gesellschaft nicht möglich sei, damit auszukommen, so werde die städtische Verkehrsdeputation zweifellos auch andere Vorschläge genehmigen. Besonders dringend empfehle sich die Einführung von Abonnements. Schon eine Verfürgung der Zeitstreuen werde ein Plus für die Gesellschaft ergeben.

Auch das bisherige Mitglied des Aufsichtsrats Bankier Karl Neuburger vertrat die Ansicht, daß nur eine Verfürgung der Zeitstreuen in Betracht kommen könne. Der frühere Generaldirektor der Gesellschaft Schmolz unterwarf den Bericht des jetzigen Vorstandes über die Tariffrage einer scharfen Kritik. Er wies darauf hin, daß das Publikum selbst schon die Tariffrage durch die Bevorzugung der fünfpfennigstreuen und Vernachlässigung des Sechspfennigstarifs entschieden habe. Auf diesem von den Jahrgästen vorgeschriebenen Wege müsse die Verwaltung fortschreiten. Im weiteren Verlauf der Diskussion kam es zu erheblichen Lärmszenen. Die Anträge der Verwaltung gehen dahin: 1. daß die Versammlung sich damit einverstanden erklärt, daß der jetzt bestehende 5 Pf.-Tarif auf den Zeitstreuen nicht anzureicht; die Versammlung lehnt den von der Verkehrsdeputation vorgeschlagenen 6 Pf.-Tarif ab; die Versammlung billigt die Tarifpolitik der Verwaltung und ermächtigt sie, weitere Linien einzustellen, soweit es nach dem Ermeßen der Verwaltung im Interesse der Gesellschaft liegt. Es war dann ein Antrag auf Schluß der Debatte gestellt — die noch auf der Liste stehenden Redner sollten noch zu Worte kommen —, der zu erregten Auseinandersetzungen führte. An der Zettelabstimmung über diesen Antrag beteiligten sich nur wenige Aktionäre, nachdem Herr Springer, Vertreter des Hauses Bleichröder, abgesehen hatte, die Stimmzahl des Hauses Bleichröder anzugeben, um die Abstimmung abzuhängen. Nach großer Unruhe wurde der Antrag mit 10 115 Stimmen angenommen. Dagegen hat niemand gestimmt, weil eben das Gros der Aktionäre sich der Abstimmung enthielt.

Zerföhrte Hoffnungen.

Die mangelhafte Aufbesserung der Gehälter der städtischen Beamten und Arbeiter, welche im vergangenen Jahre durchgeführt wurde, hat den berechtigten Wünschen und Forderungen der Beteiligten in keiner Weise genügt. Soweit es sich um die Arbeiter handelt, hatte der kluge, neue Herr Kammerer bekanntlich die Methode angewendet, die unterste Stufe der Lohnskala zu streichen, aber keine höhere Stufe aufzuheben. Dadurch wurde zwar der Ausfanglohn erhöht, eine Aufbesserung der Löhne der länger im Dienst befindlichen Arbeiter trat aber infolgedessen nicht ein. „Das sei auch nicht nötig“, meinte der betreffende Herr; „da man ja schon genug bezahlt, bedürfte es für die älteren Arbeiter einer Erhöhung nicht.“ Daß sich die Arbeiter mit dieser Redensart nicht abspeisen lassen, sondern von neuem ihre Forderungen stellen würden, ist ganz selbstverständlich und zwar umso mehr, als inzwischen eine weitere erhebliche Steigerung aller Lebensmittelpreise eingetreten ist. Soweit es sich um die Beamten handelt, mangelt hier vor allem die Einheitlichkeit, als auch die den veränderten Verhältnissen entsprechende gerechte Regelung. In den Kreisen der Beamten ruhmort es deshalb ganz gehörig. Dazu kommt, daß in den Vororten die Regelung der Gehälter zum Teil über die Berliner Säge vorgenommen worden ist. Charlottenburg z. B. gewährt nach dem neuen Entwurf den

Magistratssekretären Anfangsgehalt 2700 M., Berlin 2400 M., Höchstgehalt Charlottenburg 5700 M., Berlin 5300 M. und bei anderen Beamtenklassen sind ähnliche Unterschiede zu konstatieren.

Nun hat seinerzeit der Magistrat den Grundsat aufgestellt: find für eine Gruppe neue Lohn- und Gehaltsbefreyungen erfolgt, darf für die nächsten drei Jahre eine Abänderung nicht vorgenommen werden. Die Personalkommission des Magistrats hat nun kürzlich beschloffen, daß dieser Grundsat so zu verstehen ist, daß die drei Jahre darüber sein müssen, ehe ein Antrag auf Erhöhung eingereicht werden darf, sie hat also auf diese Weise aus drei Jahre vier Jahre Wartezeit gemacht. Sie hat aber auch zu gleicher Zeit beschlossen, sämtliche Gesuche auf Aufbesserung der Bezüge abzulehnen und den einzelnen Verwaltungsdputationen dementsprechende Weisungen zugehen zu lassen.

Damit aber, falls der Staat für seine Beamten die geplante Gehaltserhöhung zur Durchführung bringt, auch die Gehälter der städtischen Beamten dementsprechend erhöht werden können, soll im kommenden Etat eine Pauschalsumme eingesetzt werden, woraus diese eventuelle Gehaltserhöhung bestritten werden kann. Das ist nun wieder einmal „sehr weise“. Kommt die Erhöhung der Gehälter seitens des Staates im kommenden Jahre nicht zu Stande, so wird die Pauschalsumme „erpart“, während ein sehr geeignetes Verfahren, die Zufriedenheit der Angestellten noch mehr zu zerstören als es jetzt schon der Fall ist.

Warum kann denn Berlin nicht ebensogut wie Charlottenburg eine Regelung vornehmen ohne auf den Staat zu warten? Die Verhältnisse liegen doch nicht so kompliziert wie beim Staat, als daß man auf den Staat zu warten braucht. Man wartet aber wieder einmal so lange, bis man durch den Staat gezwungen ist, die Mittel auszugeben, wie z. B. bei der Regelung der Lehrergehälter und verhärtet sich durch solch kleinlichen Sparsinn die Sympathie der Angestellten und Beamten.

Zum Zwecke wissenschaftlicher Erforschung der höheren Luftschichten läßt man kleinere oder größere, mit Gas gefüllte Luftballons steigen oder auch Drachen vom Winde emporheben, welche Instrumente tragen, die selbsttätige Aufzeichnungen über die Temperatur, die Feuchtigkeit, die Windstärke usw. ausführen. Da diese Ballons usw. zu klein sind, um Menschen tragen zu können, so wird vorausgesetzt, daß sie — von verständigen Leuten gefunden — in zweckmäßiger Weise behandelt und aufbewahrt und schließlich an den Eigentümer zurückgeschickt werden. Zu diesem Zwecke seien folgende Vorschriften gegeben, von deren strenger Befolgung nicht nur der Wert der Aufzeichnungen, sondern auch die Höhe der an den Finder zu zahlenden Belohnung abhängt. Die Ballons sind mit entzündlichem Gas, Wasserstoff oder Leuchtgas, gefüllt und müssen deshalb fern vom Feuer gehalten werden. Weicht die Hülle derselben aus Papier, so zerreiße man sie, um das Gas entweichen zu lassen. Bei Stoff- oder Gummihüllen binde man den Ballon auf, richte die Öffnung nach oben und entleere das Gas durch Drücken, ohne den Stoff viel zu zerren oder zu reiben; danach wickle man ihn glatt zusammen. Wird ein Ballon bemerkt, der noch in der Luft fliegt, so gehe man ihm nach und suche zunächst den an ihm hängenden Apparat aufzufinden, der in einem Kästchen oder Körbchen steckt, und ihn vor Beschädigungen zu sichern. Besonders vermeide man, den Apparat hart anzufassen oder mit den Fingern in ihn hineinzugreifen. Ehe man ihn abschneidet, sichere man den Ballon gegen das Davonfliegen, indem man ihn irgendwo festbindet, bis sein Gas entleert ist. Gummiballons, welche meist einen Durchmesser von 1 bis 2 Meter haben, pflügen in der Höhe zu plagen und lassen dann den Apparat mittels eines Fallschirmes zur Erde niedersinken; gewöhnlich bedeckt dieser den Apparat oder er hängt in einem Baume fest, während der Apparat unter ihm hängt oder am Erdboden liegt. Bei dem Herunterholen ist vor allen Dingen ein Herabstürzen des Apparates zu vermeiden. Der Apparat ist nunmehr unter Vermeidung aller unnötigen Erschütterungen in einem trockenen, nicht zu warmen Raum aufzubewahren, bis er entweder abgeholt wird oder bis eine für seinen Rücktransport mit der Post bestimmte Kiste eintrifft, in welcher sich nähere Anweisungen sowie ein Fragebogen befinden, der tunlichst genau auszufüllen ist.

Aus der Krankenhausverwaltung.

In der jüngsten Sitzung der Deputation für die städtischen Krankenanstalten und die öffentliche Gesundheitspflege wurde nach eingehender Besprechung die Frage der Wabderholungsstätten einer befriedigenden Lösung entgegengeführt. Bekanntlich handelte es sich hier um eine Anregung, die von den sozialdemokratischen Mitgliedern der Verwaltung ausging. Die Wabderholungsstätten geben ein vortreffliches Mittel ab, um die Krankenhäuser zu entlasten. Leichtere erkrankte Patienten liegen in den Krankenhäusern oft wochenlang, ohne daß sie der Einrichtung eines modernen Krankenhauses noch bedürfen und nehmen den Schwerverkranken den Platz weg. Diese Erholungsstätten arbeiten natürlich viel billiger als die Krankenhäuser, da sie weniger Anspruch an das Pflege- und Arztpersonal und an Komfort stellen. Der Fehler in unseren Krankenhauseinrichtungen liegt weniger darin, daß wir zu wenig gute Krankenhäuser für Schwerverranke haben, als darin, daß Anstalten für leichte Kranke fehlen. Die Zahl der Krankenhäuser in Berlin würde vollkommen genügend sein, um alle Schwerverranke, die wirklich der großartigen Einrichtungen unserer Krankenhäuser bedürfen, unterzubringen.

Von den Direktoren der Krankenhäuser war inzwischen eine genaue Nachweisung der erforderlichen Stellen eingegangen; es handelt sich um mehr als ein Duzend unserer Krankenhäuser, die für die Erholungsstätten aufnahmefähig sind, etwa 100 Patienten. Unter der Voraussetzung, daß demnächst ein neues Siechenhaus und ein neues Heim für chronisch Tuberkulöse errichtet wird, sollen eigentliche Erholungsstätten für 500 leichte Kranke den ersten Anforderungen genügen. Zu diesem Zweck wird dem Magistrat nach dem einstimmigen Beschluß der Deputation vorgeschlagen, 1 Million Mark in die neue Anleihe aufzunehmen.

Sodann beschäftigte sich die Deputation mit dem Antrage der im Gemeindefreierverband organisierten Krankenhauseingestellten auf Wabderung des Reglements für die Arbeiter-Ausschüsse. Eine solche Revision war unumgänglich notwendig, weil die bisherigen Bestimmungen die Wählbarkeit der Mitglieder derzeit beschränken, daß die Kandidatenfrage bei den Wahlen auf mißbare Schwierigkeiten stieß. So ward das Zustandekommen und die Wirksamkeit dieser Institution völlig in Frage gestellt. Die auf Grund der Bestimmungen zweimal löstliche und schließlich unzulässig gewordene Wahl im Urban-Krankenhause ist ein sprechender Beweis dafür. Es wurde seitens der Deputation beschlossen, daß wählbar sein sollten alle verfürgungsfähigen Bediensteten deutscher Reichsangehörigkeit, welche mindestens einundzwanzig Jahre alt, seit mindestens zwei Jahren bei dem betreffenden Betriebe beschäftigt sind und sich im Besitz der bürgerlichen Ehrenrechte befinden. Wählbar war nun wählbar, wer mindestens fünfundzwanzig Jahre alt, seit drei Jahren beschäftigt war. Also ein kleiner, sehr kleiner Fortschritt, der die Zahl der wählbaren Angestellten immertin erheblich vermehrt.

Schmarzsteine.

Die Reichsclassensteine zu Bejn Mark sind 14 Zentimeter breit und 9 Zentimeter hoch. Sie sind in grünlichgrauem Kupferstich-

druck auf geschöpftem und wellig geriffeltem Hanfpapier hergestellt, das ein begrenztes Wasserzeichen und auf der Rückseite links einen mit gemischten (orangefarbenen und grünen) Pflanzenfasern durchsetzten Streifen enthält.

Die Vorderseite, die ein von kleinen runden und spitzbedigen Verzerrungen gebildetes Untergrundmuster zeigt, ist von einem Rosettenrand umrahmt, dessen einzelne Teile an jeder Seite von rechts und links nach der Mitte zu leicht aufeinander liegen. In den oberen Ecken befinden sich zwei etwa 10 Millimeter große Kreise, von denen der linke die schön nach innen in leichter Form angebrachte Ziffer 10 und dahinter den Buchstaben M umschließt, während im rechten Kreise die gleichen Zeichen in dunkler Form erscheinen. Auf der linken oberen Hälfte der Vorderseite ist das nur mit einem leicht schraffierten Ueberdruck verfehene natürliche Wasserzeichen, ein nach rechts blickender Merkurkopf, sichtbar.

Die rechte Hälfte der Vorderseite zeigt das Anknüpfen einer Frauengestalt, deren rechte Hand, auf einen Sockel gestützt, einen Palmenzweig und einen Astulapflanz hält, während die Linke ein Ruder umfaßt. Hinter dem Oberkörper der Frauengestalt ist ein Kreis in der Größe des nebenstehenden Wasserzeichens nur teilweise sichtbar. Der Sockel zeigt auf vertieftem Untergrunde die zarte Ziffer 10 und dahinter den linken Buchstaben M.

Die Rückseite ist mit einem quilibrierten Untergrundmuster versehen, welches in kleinen Feldern abwechselnd die Ziffer 10 und den Buchstaben M in Weißdruck zeigt. Die zwischen den einzelnen Feldern befindlichen helleren Streifen zeigen von unten links nach oben rechts das sich wiederholende und mit dem bloßen Auge kaum sichtbare Wort ZEHN, während auf den von oben links nach unten rechts laufenden Streifen das Wort MARK angebracht ist. Das angedruckte Wasserzeichen zeigt hier den Merkurkopf nach links blickend. Neben demselben befindet sich links in gleicher Größe ein mit abgerundeten Verzerrungen ausgefüllter Kreis, welcher wiederum die mit Verzerrungen ausgefüllte dunkle Ziffer 10 und dahinter den links umrandeten und leicht schraffierten Buchstaben M umschließt. Darunter befinden sich zwei von Linien umrahmte Schilder, deren oberes die Worte Zehn Mark enthält, während auf dem unteren, etwas kleineren, die Strafanordnung angebracht ist.

An der linken und rechten Seite der Schilder befinden sich je zwei weibliche Frauengestalten, die sich auf den oberen Schild leicht schälen. Neben der linken Seite ist der Kontrollstempel der Reichs-Schuldenverwaltung in stahlblauer Farbe angebracht. Litera und Nummer des Scheines sind zweimal, und zwar unten links und oben rechts in gleicher Farbe wie der Kontrollstempel aufgedruckt.

Arbeiter-Bildungsschule Berlin, Grenadierstr. 37. Der nächste Unterricht in **Gesetzkunde** findet am Mittwoch, den 20. November (Vuktag), vormittags 10 Uhr, statt. — Die bedeutend erweiterte **Bibliothek** ist wieder an allen Unterrichtsabenden von 8—9 Uhr geöffnet. Neuer Katalog 10 Pfennig.

Drei schwere Einbruchsdiebstähle sind in den beiden vorletzten Nächten verübt worden. Nahezu 10000 Zigarren und Zigaretten erbeutete eine Einbrecherbande, die der Zigarrenhandlung von Hentschel in der Eisenbahnstr. 5 eine nächtliche Visite abstattete. Unter Jubelstimmung eines Dietrichs gelangten die Täter durch die Apsidantur in den Verkaufsaum. Mit „Kamerad“ suchten sie sich die teuersten Marken heraus. Erst als der Geschäftsinhaber gestern morgen den Laden betrat, wurde der Diebstahl bemerkt. — Ein wahrhaft „schwerer“ Diebstahl wurde in der Maschinenfabrik von Drenstein u. Stoppel am Tempelhofer Ufer ausgeführt. Einbrecher drangen in die Metallageräume ein und schleppten fünfzehn Zentner Kupferplatten davon. Auf einem Fuhrwerk schafften sie die schwere Beute unbeschädigt fort. — Auf eigenartige Weise hatten es Einbrecher abgesehen, die den Perückenmacher Dreißig in der Brunnenstr. 88 schwer geschädigt haben. Durch Einbruch stahlen sie für mehrere hundert Mark lange Böpfe.

Einer der „Rheingold“-Defraudanten verhaftet. In Leipzig wurde der Handlungsgehülfe Walter Reiche verhaftet, der als Telephonist im Weinhaus „Rheingold“ angestellt war und mit dem Kassierer dieses Hauses Julius Michel unter Mitnahme von mehr als 85 000 M. verfuhr. Die hiesige Kriminalpolizei hatte sofort alle Behörden auf die flüchtigen aufmerksam gemacht, besonders auch die der Vororte und kleinen Ortschaften, nachdem bekannt geworden war, daß die Defraudanten die großen Städte mieden. Ueber das Aufsuchen der Verfolgten auf ihrer Flucht im Automobil wurde aus verschiedenen Gegenden berichtet. Jetzt wurde Reiche in Leipzig ergriffen. Bei ihm fand man noch 15 000 M. Er ist wahrscheinlich der Anstifter gewesen. Wo er sich nach Teilung der Beute von Michel getrennt hat, weiß man noch nicht.

Nach einer anderen Mitteilung hat Reiche sich selbst gestellt.

Zu dem Leichenfund auf dem Tempelhofer Felde wird noch mitgeteilt, daß die Leiche nach der Besichtigung durch einen Vertreter der Staatsanwaltschaft II und eine Kommission des Amtsgerichts Berlin-Tempelhof nach der Leichenhalle in der Stolbergstraße zu Tempelhof gebracht wurde. Nach der Behauptung anderer Obduzenten soll die Leiche verheiratet gewesen, aber von ihrem Manne geschieden sein. Man erzählt auch, daß sie aus dem Arbeiterhaus in Kummelsburg entwichen, vor einigen Wochen auf dem Tempelhofer Feld von einem Automobil überfahren und in einem Krankenhaus wieder geheilt worden sei. Vorgestern war sie mit Anna Anierien, genannt „Jindroschel“, der Gänther, die die Heine Anna genannt wird, und einer Verta Kochner, die die Weinmann „Silbertanne“ und „Offiziersdame“ führt, zusammen zu Gast bei dem gemeinsamen Beschäfer, einem gewissen Wölher, der schon seit 40 Jahren auf dem Tempelhofer Felde wohnt. Wölher hat in einem Graben eine Art Ofen zusammengebaut und pflegt dort seinen „Ramen“ für Geld und gute Worte kaffee zu kochen. An dem verhängnisvollen Abend sprach man nach einem Kaffeebesuch noch stärker als gewöhnlich dem Schnaps zu und geriet dann in Streit. Ein Junge sah, daß die „Jindroschel“, die ihren schlechtesten Tag hatte, und die „Silbertanne“ mit leeren Schnapsflaschen wütend auf die beiden anderen einschlugen. Dann vertragen sie sich aber wieder. Wahrscheinlich gingen sie nun zum Steuerhändler noch einmal zu Wölher, um zum Abend wieder Kaffee zu trinken. Als die Gesellschaft vernommen werden sollte, war sie nicht mehr zu finden. Wahrscheinlich hatte sie sich in Hecken und Sträuchern verstreut. Ob die Leiche an der Verletzung gestorben ist, muß die Obduktion zeigen.

Falsche Markstücke sind seit kurzem in größerer Menge im Umlauf. Die Falsifikate bestehen anscheinend aus einer Metalllegierung, haben jedoch einen vorzüglichen Klang, der nur wenig von demjenigen der echten Münzen abweicht. Dagegen ist die Prägung sowohl der Schrift als auch des Adlerwappens ziemlich breit und verschwommen und dadurch die Fälschung als eine solche leicht erkennbar. Die Münze zeigt eine bläuliche Färbung und fühlt sich fettig an. Die Nachahmungen tragen das Münzzeichen A.

Die **Versammlung der Freisudentenschaft**, die am Mittwoch nach dem Schloß-Hotel in der Burgstraße einberufen war und in der ein Vortrag über Alkoholismus und Studentenschaft gehalten werden sollte, konnte nicht stattfinden, weil ihre Abhaltung nicht rechtzeitig angemeldet worden war. Nach einer andern Meldung habe das Lokal den hauptpolizeilichen Anforderungen für öffentliche Versammlungen nicht entsprochen.

Huberert ertrunken ist allem Anschein nach der Schifferknecht Karl Seger aus Rieder-Flonow, der auf einer Dörzelle beschäftigt war. Als das Fahrzeug, auf der Fahrt nach Berlin begriffen, die Havel in der Nähe von Sachsenhausen passierte, bemerkte man, daß es, der noch wenige Minuten vorher am Steuer gestanden hatte, vermisst wurde. Eine sofort vorgenommene Abfischung des Wassers war erfolglos. Vermutlich war S. bei Bedienung des Steuers von einem Schlaganfall betroffen und, ohne daß er umstände war, einen Hälserauf auszufahren, über Bord gestürzt. Weder die Kollegen des S. noch der Schiffseigner hatten von dem Vorfall etwas gemerkt.

Der **Verein zur Förderung der Kunst** schiedt und im Anschluß an unsere Besprechung des Kunstabends der Stultateure eine Erklärung des Inhalts, daß das Programm in seiner ursprünglichen Fassung eine ganze Anzahl von Stücken aus den Werken proletarischer resp. in diesem Sinne empfindender Verfasser enthalten habe. Im letzten Augenblick hätten aber zwei Künstler abgesetzt und man hätte von den Tags zuvor gewonnenen Erlagkräften nehmen müssen, was sich gerade auf ihrem Repertoire befand.

Jubiläumsgesellschaften in gesperren Lokalen sind bei der Firma Binschgang und Gabe. Die „Concordia-Cale“ haben es der Firma wie dem sogenannten Jubiläumskomitee angetan. Wo die organisierte Arbeiterkraft nicht hingehört, weil ihr das Vereinnahmungs- und Versammlungsgeld illusorisch gemacht wird, ist dem Jubiläumskomitee gut genug zur Abhaltung von Festlichkeiten. Es scheint System in diesem arbeiterschädigenden Treiben zu liegen. Will sich das Komitee dadurch beliebt machen, daß es den Kampf der organisierten Arbeiterkraft um Versammlungsräume durchkreuzt und sich selbst dadurch entziehen läßt?

Diese Leute irren sich, wenn sie glauben, durch eine derartige Handlungsweise die Günst der Herren Chefs zu erlangen. Diese Günst ist immer sehr wandelbar; sie dauert nur bis zu einem gewissen Zeitpunkte. Sehr bald wandelt sie sich in Ungünst, und draußen auf der Straße liegt dann der „treue Diener seines Herrn“. In einem solchen Falle dünnt er ihm deutlicher als je das Bewußtsein auf, welch schmachvolle Rolle derjenige spielt, der sich auf das Wohlwollen seines Chefs verläßt und die Bestrebungen seiner Arbeitsbrüder erschwert.

Zeugen gesucht. Personen, welche den Vorfall am 5. Oktober, abends 9 Uhr, vor der Markthalle, Eisenbahnstraße, mit einem Angestellten derselben beobachtet haben, werden freundlichst gebeten, ihre Adresse Wrangelstr. 57, Hof linker Seitensflügel, 4 Treppen rechts, abzugeben.

Feuerwehrbericht. Gestern früh kam in der Wilstr. 101 in einem Weizenengeschäft aus unbekannter Ursache Feuer aus. Ladenaufgale mit Inhalt u. a. brannten dort. Der 12. Zug mußte kräftig Wasser geben, um die Flammen zu löschen. Nicht weit davon, in der Dörnbergstr. 1, standen Schauläden, Fußböden, ein Eingekobert u. a. in Flammen. Wegen eines Schornsteinbrandes erfolgte ein Alarm nach der Birkenstr. 45. Im vierten Stock des Hauses Neue Friedrichstr. 37 bei Nappoport mußte ein Brand gelöscht werden, der Balken, den Fußboden u. a. ergriffen hatte. Ferner liefen noch Alarmer aus der Windstraße, Chausseestraße und anderen Stellen ein.

Vorort-Nachrichten.

Ein „musterhaftes“ Armenhaus.

In Mariensfelde lenkte unser Vertreter im Gemeinderat, der Genosse F. Greulich, jüngst die Aufmerksamkeit der Gemeinde auf die Zustände im Armenhause. Jetzt, da vielleicht ein harter Winter droht, möchte denen, die auf die Hilfe der Gemeinde angewiesen sind, ihr dürftiges Heim etwas wohllicher gemacht werden, so sagte sich unser Genosse und stellte entsprechende Anträge im Gemeinderat. Da stieß er aber sofort auf Opposition, und nur mit Mühe gelang es ihm, seine Kollegen zu bewegen, daß sie einige kleine Verbesserungen bewilligten. Es ist sehr interessant, sich dieses „Armenhaus“ der — finanziell durchaus nicht schlecht gestellten — Gemeinde näher anzusehen. Schon der Name, so bescheiden er auch klingt, sagt in Mariensfelde noch zu viel. In einem alten, kleinen Häuschen, in dem sich früher einmal eine Bäckerei befand, wird den Ortsarmen nichts weiter als ein Obdach gewährt. Für ihren Unterhalt und auch für Heizung müssen die Armen selbst sorgen. Und es sind alte, kranke, gebrechliche Leute, sogar ein Blinder ist darunter! Gelingt es aber so einem armen unglücklichen Menschen wie dem Insassen M. sich einige Mark zu verdienen, so kommt die Gemeinde und legt ihre Hand auf den sauren Verdienst und verlangt Miete! Für einen Unternehmer, der für die Gemeinde Arbeiten am Königsgraben, einem Entwässerungskanal, zu leisten hatte, arbeitete dieser M. und verdiente sich 12,80 M. Zu seinem größten Schrecken wurde er aber abgewiesen, als er seinen Lohn verlangte, denn die Gemeinde hatte schon Anspruch darauf erhoben. M. muß 8 M. pro Monat zahlen, weil seine Ortsangehörigkeit zweifelhaft sein soll. Es gelingt ihm auch, etwas von der Miete zu zahlen, aber er bleibt immer etwas schuldig, denn er will sich manchmal sattessen und hat noch für eine kranke Frau und ein neunjähriges Kind zu sorgen. Der Raum, in dem die drei Menschen haufen, ist aber keine acht Mark Miete wert. Die Wände sind durch eindringende Nässe grau-schwarz geworden, der Ofen ist kaum zu gebrauchen und doch muß er noch als Kochherd dienen, denn der eine Raum ist Küche, Schlaf- und Wohnzimmer für die drei Personen.

Im ganzen hat dieses „Armenhaus“ zehn Insassen. Da ist ein blinder Leiermann, der durch Stuhlrollen sich noch etwas Geld verdient. Er lebt mit einer Frau zusammen, die er durch die „Fürsorge“ der Gemeinde bekommen hat. Man möchte ihm den Vorschlag, diese Frau zu heiraten, und er willigte ein. Nun konnten die beiden, ehelich und stützlich als Mann und Frau einen Raum bewohnen, denn es ist halt ein Raum mangel im Armenhause und praktisch muß man heutzutage sein. Freilich ist es nur ein jämmerlicher Raum, der recht unwohnlich aussieht, wo die beiden Leuten haufen. Mit philosophischer Ruhe sitzt der blinde Greis da und sticht seine Stühle. Auf einem Lager stützt und läßt die Frau, sie behauptet, daß sie krank sei und daß man ihr keine Hilfe gewähren wolle. Man sagt, die Frau „reint“, aber wer kann sie in solcher Lage deshalb verurteilen?

Steigt man behutsam eine Treppe hoch, so gelangt man in einige alte und überall reparaturbedürftige Räume, die so niedrig sind, daß man fast mit dem Kopfe an die Decke stößt. Da oben wohnen zwei alte Witwen, die durch „Aufwartstellen“ sich das Notdürftigste zum Leben verdienen; sie müssen froh sein, daß die Gemeinde ihnen überhaupt noch ein Obdach gewährt. Da wohnt ferner ein alter Invalide mit seiner Frau. Der Mann, der auch als Straßenkehrer gelegentlich tätig ist, erhält für einen Tag Arbeit 2 M., während andere Straßenkehrer 2,50 M. erhalten. Er nimmt an, daß ihm die 50 Pf. als Mietgeld im „Armenhause“ abgezogen werden. — Die Abfuhr aus dem Abort und dem Behälter für Mähe wird vernachlässigt, wie die Insassen klagen. Es soll eben gespart werden an Kosten für die Ortsarmen. Leider haben wir nur einen Genossen im Gemeinderat, der sich der Fernsten annimmt und dem es mit Mühe gelungen ist, daß jetzt die dringenden Reparaturen vorzunehmen. Eine Gemeinde in der Nähe Berlins möchte von selbst ein in offiziellem Verfassung sich befindliches Armenhaus wenn nicht gänzlich beseitigen, so doch einigermaßen wohllich herstellen lassen; dies um so mehr, als man ja die Fernsten der Armen noch verpflichtet, Miete zu bezahlen.

Charlottenburg.

Die **Charlottenburger Stadtverordneten** über den **Kolkwucher**. Die ungewöhnlich hohen Kolkpreise haben die sozialdemokratische Fraktion des Stadtparlamentes veranlaßt, an den Magistrat die Anfrage zu richten, was er zu tun gedenke, um den Kolkpreis im Interesse der minderbemittelten Bevölkerung herabzusetzen. Die Interpellation, die am Mittwoch auf der Tagesordnung stand, wurde von unserem Genossen Kitz begründet. Redner wies

darauf hin, daß von der kolossalen Preissteigerung namentlich die wirtschaftlich Schwachen betroffen werden, die so wie so schon unter der ungeheuren Teuerung der Lebensmittelpreise zu leiden haben. Ebenso wie für Gas sollte die Verwaltung auch für Kolk einen Einheitspreis festsetzen, die ständig steigenden Ueberläufe der Gasanstalten erlauben uns schon den Luxus, einen Teil des Kolk unter dem Tagespreis abzugeben.

Der Vertreter des Magistrats, Stadtrat Cassirer, erwiderte, daß es den vereinten Bemühungen des Magistrats und der Gasdeputation nicht gelungen sei, irgend welche greifbaren Vorschläge zu machen, durch die der Kolkpreis herabgesetzt werden könnte. Aber selbst wenn eine Herabsetzung der Preise möglich wäre, würde man doch den Minderbemittelten keine Vorzugpreise gewähren können. Wollte man das, so müßte eine Kontrolle einsetzen, und das wäre außerordentlich schwierig, die Kosten wären so groß, daß man den Kolk verheulen könnte. Auch bestände die Gefahr, daß sich dann ein Handel mit Kolk herausbilden würde. Der Magistrat habe den besten Willen, allen denen, die wirklich in Not und Sorge sind, zu helfen, es werde der Armenverwaltung Kolk zur Verfügung gestellt, um ihn denen, die in Not sind, umsonst zu geben; auch für verheiratete Arme werde gesorgt. Im übrigen betrage die Gesamtmengeabgabe für eine Familie nur 6 M. pro Jahr. Die Verwaltung könne niemals von dem Grundgedanken abgehen, daß die Gasanstalt nach kaufmännischen Gesichtspunkten geleitet werden müsse. Eine erhebliche Verringerung der Ueberläufe würde eine Erhöhung der Gemeindeeinkommensteuer zur Folge haben.

Stadtr. Dzialoszynski (lib.) schlug vor, Charlottenburg solle sich mit Berlin in Verbindung setzen, um dahin zu wirken, daß durch Festlegung eines Einheitspreises die Differenz zwischen den Großpreisen und den Kleinpreisen im Kolkverkauf der Gasanstalten zugunsten der Preise im Kleinhandel verringert werde. Weiter solle der Magistrat den Hausbesitzern den Kolk billig abgeben, denn dadurch würde in Wohnungen mit Zentralheizung eine Preissteigerung verhindert werden.

Stadtr. Wöllmer (lib.) wandte sich aus den gleichen Gründen wie der Vertreter des Magistrats gegen jede Herabsetzung der Kolkpreise.

Stadtr. Hirsch (Soz.) trat den Ausführungen des Magistratsvertreters und der liberalen Redner entgegen. Herr Dzialoszynski benutze die Gelegenheit, um für die Hausbesitzer etwas herauszuschlagen. (Widerspruch.) Das werde die Folge seines Vorschlages sein, denn abgesehen davon, daß die Minderbemittelten nicht in Häusern mit Zentralheizung wohnen, werde es doch keinem Hausbesitzer einfallen, nur deshalb, weil der Kolk billiger wird, die Mieten herabzusetzen. Der Stadtrat habe einen durchaus antisozialen Standpunkt vertreten, das A und O seiner Rede sei der Rat gewesen, man möge sich an die Armenverwaltung wenden. Die Interpellanten wollten aber doch nicht, daß den Minderbemittelten Wohlthaten erwiesen werden, sondern sie wollten sie nur davon schützen, daß sie BUCHERPREISE bezahlen. Wenn werde die Kontrolle schwer sein, aber was ichabe es denn, wenn wirklich auch mal ein Einwohner einer Nachbargemeinde billigeren Kolk von Charlottenburg bezöge. Es sei wieder gesagt, man müsse sich mit Berlin in Verbindung setzen. Dies sei das alte Lied, das bei jeder Gelegenheit angestimmt werde, ihm fälle dabei immer der Feinliche Besess von den beiden Polen ein: „Und da jeder wollte zahlen, zahlte keiner von den beiden“. (Heiterkeit.) Die eine Stadt berufe sich immer auf die andere, und schließlich gefsche gar nichts. Der Magistrat sagt, er könne auf den Ueberlaß der Gasanstalten nicht verzichten. Nun dann möge man eben die direkten Steuern erhöhen, selbst auf die Gefahr hin, daß die 100 Proz. überschritten werden, aber davor schreckt man im Interesse der Reichen zurück. Im übrigen werde man im nächsten Jahre ja förmlich in Geld schwimmen, denn die Liberalen, die jetzt die Mehrheit in der Versammlung hätten, hätten sich ja bei den Abgaben überall für die Wertminderungssteuer ausgesprochen, und es sei doch kaum zu erwarten, daß sie ihr Wort brechen.

Bürgermeister Matting bezeichnete ebenso wie Stadtrat Cassirer eine Herabsetzung der Kolkpreise als unmöglich.

Stadtr. Franz glaubte einen besonderen Triumph auszuspielen zu können, indem er das Gekosten der Wassergasbereitung an die Wand malte, durch das Hunderte von Arbeitern entlassen würden.

Stadtr. Hirsch erwiderte ihm, daß die Sozialdemokraten sich keinem technischen Fortschritt widersetzen würden; im Gegenteil, sie würden der Verwaltung einen Vorwurf daraus machen, wenn sie die Ertragsgewinne der Technik nicht ausnutzen würde.

In der weiteren Debatte, die sich mehrere Stunden hinzog, traten von sozialdemokratischer Seite die Genossen Vogel, Kitz und Vordard für eine Herabsetzung der Kolkpreise ein. Die bürgerliche Mehrheit wies alle Vorschläge als unannehmbar von der Hand und machte, nachdem sie den bekannten Sozialisten Dr. Träger noch hätte reden lassen, durch einen Schlußantrag der Debatte ein Ende.

Die Verhandlungen, die leider kein positives Resultat zeitigten, haben jedenfalls wieder deutlich bewiesen, daß einzig und allein die Sozialdemokraten sich der Interessen der minderbemittelten Klassen annehmen, daß dagegen die Liberalen, die im Reichstage über Jollunder, Getreide- und Fleischwucher jammern, im Stadtparlament, wo sie die Mehrheit haben, ganz denselben Wucher begünstigen wie im Reichstage die Agrarier.

Mögen unsere Genossen die richtige Lehre aus der Debatte ziehen und am 26. November bei den Stichwahlen die sozialdemokratische Fraktion stärken!

Der **Stadtverordnetenvorsteher Justizrat Rosenber** hat aus dem Ausfall der Wahlen die Konsequenz gezogen und sein Amt als Vorsteher niedergelegt. Die Neuwahl für den Rest des Jahres wird in der nächsten Sitzung erfolgen.

Achtung, Krankenkassenwahl!

Die Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenkasse für die vereinigten Gewerbebetriebe Charlottenburgs werden hiermit aufgefordert, sich an den am Sonntag, den 24. November cr., von vormittags 9—12 Uhr im großen Saale des „Volkshauses“, Rosinenstraße 9 stiftfindenden Delegiertenwahlen der Arbeitnehmer recht zahlreich zu beteiligen. Diejenigen, welche noch nicht im Besitze einer Legitimationskarte zur Wahl sind, bitten wir, sich solche im Bureau der Kasse, Rosinenstraße 9, vorn 1 Treppe, sei es auf schriftlichem oder mündlichem Wege, baldigst ausstellen zu lassen.

Der Ausschuss der Charlottenburger Gewerkschaftskommission.

J. A.: Otto Flemming, Rosinenstraße 13.

Grünau.

Von der **Locomotive abgestürzt** ist vorgestern der Heizer Anton Müller, der auf der Maschine eines Güterzuges Dienst tat. Als der Zug die Strecke zwischen den Stationen Adlerhof und Grünau passierte, beugte sich M. etwas zu weit aus der Öffnung heraus, um Aussehen zu halten. Er verlor das Gleichgewicht und stürzte ab. Der Verunglückte zog sich erhebliche Verletzungen im Gesicht und an der Brust zu.

Röpenitz.

Der **Gesangverein der Glasarbeiter** feiert am Sonnabend, den 16. Oktober, im „Kaiserhof“, Grünstraße, sein 13. Stiftungsfest. Da der Verein bei Parteilichkeiten stets seine Pflicht erfüllt, ist zu wünschen, daß die Genossen das Fest recht zahlreich besuchen.

Oranienburg.

Die **Stadtverordnetenwahlen** in der dritten Abteilung finden am Montag, den 18. November, von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 4 Uhr statt. Obwohl die Wahlzeit eine höchst ungünstige ist, so muß es doch jeder Wahlberechtigte als eine Ehrenpflicht betrachten, sein Wahlrecht auszuüben. Es werden die Genossen Berlins, soweit dieselben mit Oranienburger Arbeitern

zusammenarbeiten, erfuhr, legtere auf ihre Wahlpflicht aufmerksam zu machen. Kandidaten der Sozialdemokratie sind die Genossen Emil Schumann und Albert Carlipp. Tue jeder sein möglichstes, um unseren Genossen zum Siege zu verhelfen.

Bernau.

Bei der gestrigen Stadtverordnetenwahl siegten die Genossen Gustav Krüger und Ferdinand Träger mit 324 gegen 91 Stimmen, die die Gegner erhielten.

Spandau.

Denjenigen „Vorwärts“-Abonnenten, welche bis jetzt ihren „Vorwärts“ auf dem Streifenplatz früh in Empfang genommen haben, zur Kenntnis, daß vom Sonntag, den 17. d. M., ab die Ausgabe in den Wintermonaten eingestellt wird. Den Abonnenten wird der „Vorwärts“ durch die Austrägerin von früh 5 1/2 Uhr ab ins Haus gebracht. Es wird deshalb gebeten, die Abholerinnen an den Expedienten oder an die Austrägerin abzuliefern.

Vermischtes.

Eine Explosion erfolgte, einer Meldung aus Solingen zufolge, gestern vormittag in dem Geschäftshaus der Firma Saam u. Comp. in Gräfrath. Als wahrscheinlich wird angenommen, daß die Explosion von 78 000 im Laden der Firma lagernden einfachen Patronen infolge Ausbruchs von Feuer im Pordraum entstanden ist. Das Haus ist niedergebrannt, Personen sind nicht verletzt.

7000 Personen an der Pest gestorben! Der Gouverneur von Bombay (Asien) sandte an die Eingeborenenpresse ein Rundschreiben, worin er mitteilt, daß seit der letzten Epidemie 7000 Personen an der Pest gestorben sind und daß noch eine weitere Ausdehnung der Seuche zu erwarten sei. Der Gouverneur weist die Presse an, sich dieser Tatsache auf ihre Pflicht hin, die Eingeborenen mit den notwendigsten sanitären Maßnahmen bekannt zu machen.

Verpönte Nitroglycerinfabrik. Aus Columbus im State Ohio wird berichtet, daß die Nitroglycerinfabrik von Orabur durch eine Explosion zerstört worden ist. Zwei Personen wurden getötet, vier schwer verletzt.

Berliner Marktpreise. Aus dem amtlichen Bericht der Reichlichen Reichsbank-Direktion (Großhandel). Weizen la 65-70 pr. 100 Pfd., Ha 62-67, IIIa 56-59, Weizenla 65-70, Ha 53-62, Rüböl, feil 50-55, do. mager 40-48, Pfeffer 54-62, Nüssen, dänische 54-67, Gahmisch, Doppelpacker 110-125, Nusskaffee la 85-95, IIa 75-82, Kaffee ger. gen. 56-71, do. holl. 48-54, bant. 0,00, Dammeisch Nusskaffee 76-78, Hammel la 68-72, IIa 62-67, ungar. 0,00, Schaf 47-60, Schweinefleisch 53-61, Rehweid la per Hund 0,60-0,75, IIa 0,45-0,58, Rotweid la per Hund 0,40-0,50, do. IIa 0,00, do. Rüböl 0,50-0,55, Dammlöl 0,40-0,50, Rüböl 0,60-0,70, Weizenmehl pr. Pfd. 0,35-0,45, Weizenmehl 0,60-0,65, Anmüden, groß per Stück 0,70-1,00, do. klein 0,00, Gahm, groß per Stück 3,50-4,00, do. mittel u. klein Stück 1,50-3,20, Weizenmehl per Stück 1,50-1,75, Rebhühner, junge per Stück 0,90-1,35, do. alte 0,60-0,90, Hühnerbühne la, junge 2,50-3,00, do. IIa und alte 1,00-2,10, Hühnerbühnen 1,60-1,90, Schafschm. 0,00, Waddschm. per Stück 2,00-2,50, do. IIa 1,00-1,50, Schmeer, alte, per Stück 1,40-2,10, do. IIa 0,70-1,20, dito junge 0,60-1,25, Tauben 0,50-0,60, do. Ital. 0,85-0,90, Guten 1,40-2,50, dito Hamburger per Stück 2,60-3,10, Wanie per Hund 0,50-0,60, dito per Stück 2,50-4,00, do. Hamburger per Hund 0,65-0,75, do. Oberbrücker per Pfd. 0,55-0,62, Boulets per Stück 0,80-1,10, Deutsche Pöndchen per Pfd. 0,00, Döste per 100 Pfd. 74-80, do. maff 0,00, do. groß und mittel 70, do. klein 80-83, do. mittel 80, Zander 118, do. klein 0,00, maff 0,00, Schleie, unsortiert 95-101, do. groß 0,00, do. klein 0,00, Kalle, groß 0,00, do. klein und mittel 81-87, do. mittel 0,00, do. unfort. 0,00, do. groß-mittel 0,00, Weiz 0,00, Nüssen 0,00, Korbdom 0,00, Karpfen, 70-80 er 60-63, do. 50 er 64-68, do. Spiegel-Steer 0,00, do. 50 er 0,00, Runde Fische 0,00, do. klein 20-33, Barse 58-73, Karauskien 0,00, Meie, maff 30-34, do. klein 30, Haud 35-50, Raap 30-34, Cuappen 0,00, Weifische 0,00, Winter-Mehlmaß 0,00, Kestel, Lachs la neu, per 100 Pfd. 110-130, do. IIa neuer 50-100, Seelachs 10-20, Hühner, Reier, Steige la 2-6, mittel Rüte 1-2, Gahm, Steige 4-6, halbe Rüte 2-3, domm la Schod 0,00, IIa 0,00, Bäcklinge, Reier per Wall 2-3,00, Stralunder 0,00, engl. per Wall 2,00-2,50, Sprossen, Dausiger, Rüte 0,80, do. Rügenwalder, Rüte 0,80, Kalle, groß per Hund 1,10-1,40, mittelgroß 0,80-1,10, klein 0,60-0,80, Deringe per Schod 5,00-9,00, Schafschm., Rüte 3,00-4,00, 1/2 Rüte 1,75-2,50, Sardellen, 1902 er per Unter

98, 1901er 98, 1902er 98, 1903er 90-95, Schottische Wollebringe 1905 0,00, lango 40-44, fall. 38-40, mod. 36-42, deutsche 37-41, geringe, neue Wafse, per 1/2, To. 60-120, Cardinen, russ., Roh 1,50-1,80, Drahtbringe Roh 1,20-1,40, do. Bähle (4 Rier) 1,40-1,70, Reumagen, Schodfab 11, do. kleine 5-6, do. Riejen 14, Krebie per Schod 0,00, große 0,00, do. mittelgroße 0,00, do. kleine 10-11 cm 0,00, do. unsortiert 0,00, Gahmger, groß 0,00, do. unsortiert 0,00, Gier, Lande, unsortiert per Schod 5,20-5,80, do. große 6,00-6,50, Butter per 100 Pfd. la 125-130, IIa 118-122, IIIa 110-116, ablaufende 90-95, Soure Garten, neue, Schod 4,00, Pfefferkörner 4,00, Karioffeln per 100 Pfd. Daberische 2,75-3,25, weiche runde 2,50-2,75, mag. bon. 2,75-3,25, Porree, per Schod 0,75-1,50, Meerrettich, Schod 4-12, Spinat per 100 Pfd. 5-12, Sellerie, per Schod 5-6, do. pomm. 6-8, Zwiebeln per 100 Pfd. 2,00-2,50, do. Berl. 40,00-100,00, Chalotten 40,00-100,00, Petersilie, grün, Schodbund 1,00-1,25, Kohlrabi Schod 0,50-1,00, Rettich, bairischer, Schodbund 0,03-0,10, fleißiger Schod 2,50-3,50, Möbrüben, 100 Pfd. 2,00 bis 3,00, Karotten, hiesige, Schodbund 2,00-3,00, Birngföhl v. Schod 3-7, Rotföhl, Schod 4-8, Weiföhl v. 100 Pfd. 1,00-2,00, Blumentöhl, fleißiger 100 Stück 0,00, do. Erfurter 0,00, Kolenföhl, per 100 Pfd. 20-22, Grünföhl 4,00-6,00, Kohlrüben, Schod 3,00-4,00, Petersilienwurzel, per 100 Pfd. 5-7, Schodbund 3-4, Schmitflaus, Täpfe Duzend 4,00 bis 4,50, Pfefferlinge per 100 Pfd. 0,00, Radischen per Schodbund 1,00-1,25, Salat per Schod 2,50-3,00, Kohlen, grüne, 100 Pfd. 0,00, Tomaten, italienische, per 100 Pfd. 18-25, rote Rüben, per 100 Pfd. 2,50-3,00, Rübchen, per 100 Pfd. 2-3, do. Zeltener 16-18, Rübchen v. 100 Pfd. 4-8, Gahm per Schod 5-6, Erdbeeren per Schod 3-6, Birnen per 100 Pfd. hiesige 0,00, 0,00, Schobirnen 5-8, Tafelbirnen la 18-25, do. IIa 10-17, Seffel, per 100 Pfd., Zireler la 18-40, do. IIa 12-18, Röh, hiesige, 3-5, Rod, 5-10, Tafeläpfel la 18-25, do. IIa 10-12, Amerikaner, per 100 Pfd. 30-40, Italiener, Isle, 100 Pfd. 9-12, Salzfische, per Schod 0,00, do. klein 0,40-0,50, do. französische 0,00, rumänische 25-30, Paradies 52-60, Haselnüsse, lange, 100 Pfd. 43-50, do. runde 35, Preiselbeeren, schwedische, 100 Pfd. 32-33, Weintrauben, italienische, per 100 Pfd. 28-35, America per 100 Pfd. 13-17, türkische per 100 Pfd. 0,00, Ananas I, per Pfd. 0,70-1,00, do. II 0,40-0,50, Bananen, gelb, per 100 Pfd. 18-22, Kokosnüsse per 100 Stk. 17-25, Maronen, Ital. 100 Pfd. 16-20, Feigen, Kranz, per 100 Pfd. 22-25, do. Trummel per 100 Pfd. 40, do. in Rüten 28-60, Zitronen, Refina, 300 Stück 11,50-20,00, do. 300 Stück 7,50-16,00, do. 200 Stück 12,00-16,00, do. 150 Stück 7,00-10,00.

Für den Inhalt der Inzerate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Freitag, 15. Novbr. Anfang 7 1/2 Uhr. Kgl. Opernhaus. Figaros Hochzeit. Kgl. Schauspielhaus. Der letzte Junke. Deutsches. Das Wintermärchen. Kammerspiele. Frühlingserwachen. (Anfang 8 Uhr.) Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Kriemhilds Rache. Theater an der Spree. Am grünen Weg. Anfang 8 Uhr.

Leffing. Der Biberpelz. Neues Schauspielhaus. Die große Gemeinde. Schiller O. (Schiller-Theater.) Rosmersholm. Schiller Charlottenburg. Gebildete Menschen. Berliner. Die tanzenden Männchen. Neues. Das Ungeheuer. Kleines. Die Getreuen. Zentral. Die Geisha. Vorabend. Undine. Reibens. Ganz der Papa. Komische Oper. Die verkaufte Braut. Welken. Die lustige Witwe. Lustspielhaus. Onkel Bernicke. Trianon. Fräulein Joseite - meine Frau.

Thalia. Die gelbe Gefahr. Wäulen. Bartel Turafer. Bernhard Rose. Die Geisha. Metropol. Das muß man seh'n. Apollo. Solcher Schaffer. Spezialitäten. Walhalla. Spezialitäten. Nollé Cabrice. Geteilte Liebe. Casino. Dieberleute. Gebr. Herrnsfeld. Madame Wig-Wag. Es lebe das Nachleben. Passage. Paula Wirth. Spezialitäten. Prater. Zwischen zwei Herren. Variodie. Nonna Nonna. Zapfenreich. Der Troubadour. Anfang 8 1/2 Uhr. Wintergarten. Spezialitäten. Palast. Unsere Rüte. Spezialitäten. Carl Haverland. Spezialitäten. Reichshallen. Sittlicher Sänger. Hrauts. Tanzvorst. 14/14. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Hofsaal 8 Uhr: Dr. C. Thesing: Geschlechtliche Fortpflanzung und Befruchtung im Tier- und Pflanzenreich. Invalidenstr. 57-62: Sternwarte. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Abends 7 1/2 Uhr zum 1. Male: Kriemhilds Rache. (Die Nibelungen III. Abteilung.) Ein Teuerpiel in fünf Akten von Friedrich Hebbel. Sonnabend: Kriemhilds Rache. Lortzing-Theater. Undine. Abends 8 Uhr: Sonnabend: Figoletto. Sonntag nachmittag 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Figoletto. Montag 8 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor. Lustspielhaus. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Onkel Bernicke. 8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr Ganz der Papa. Direction: Richard Alexander. Schwan in 3 Akten von Karl und Devalillé. Deutsch v. R. Schönan. Baron des Wadens: R. Alexander. Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl. Zentral-Theater. Abends 8 Uhr: Die Geisha. Operette in 3 Aufzügen von Owen Hall. Musik von Edwin Jones. Luise-Theater. Reichsbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Bartel Turafer. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Eneuwitzen. Abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts. Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends zum erstenmal: Der Leiermann und sein Pfeifelind. Montag: Berlin wie es weint und lacht.

Ferdinand Bonn. Berliner Theater. Abends 8 Uhr: Die tanzenden Männchen. Sonnabend 7 1/2 Uhr: Faust. Sonntag: Ederlöf Holmes. Neues Theater. Anfang 8 Uhr. Das Ungeheuer. Morgen und folgende Tage: Das Ungeheuer. Kleines Theater. Zum erstenmal: Die Getreuen. (Agnes Sorma.) Drei Onatier von Georg Nischfeld. Sonnabend: Die Getreuen. Sonntag nachm. 3 Uhr: Nachspiel. Abends 8 Uhr: Die Getreuen. Theater des Westens. 8 Uhr: Die lustige Witwe. Sonntag nachm. 3 1/2 Uhr halbe Preise: Frühlingst.

Neues glänzendes Programm. Theater an der Spree. Köpenickerstraße 68. Täglich 8 Uhr: Am grünen Weg. Ein Stück betteres Berlin in 4 Akten von Heinrich Hee.

Urania. Wissenschaftliches Theater. Abends 8 Uhr: Ueber den Brenner nach Venedig. Hofsaal 8 Uhr: Dr. C. Thesing: Geschlechtliche Fortpflanzung und Befruchtung im Tier- und Pflanzenreich. Invalidenstr. 57-62: Sternwarte. Zur Beobachtung: Mars, Saturn, Doppelsterne, Nebelflecke.

Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Abends 7 1/2 Uhr zum 1. Male: Kriemhilds Rache. (Die Nibelungen III. Abteilung.) Ein Teuerpiel in fünf Akten von Friedrich Hebbel. Sonnabend: Kriemhilds Rache.

Lortzing-Theater. Abends 8 Uhr: Undine. Sonnabend: Figoletto. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Der Troubadour. Abends 8 Uhr: Figoletto. Montag 8 Uhr: Die lustigen Weiber von Windsor.

Lustspielhaus. Abends 8 Uhr zum erstenmal: Onkel Bernicke. 8 Uhr Residenz-Theater. 8 Uhr Ganz der Papa. Direction: Richard Alexander. Schwan in 3 Akten von Karl und Devalillé. Deutsch v. R. Schönan. Baron des Wadens: R. Alexander. Sonntag, den 17. November, nachmittags 3 Uhr: Der Prinzgemahl.

Zentral-Theater. Abends 8 Uhr: Die Geisha. Operette in 3 Aufzügen von Owen Hall. Musik von Edwin Jones. Luise-Theater. Reichsbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Bartel Turafer. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Eneuwitzen. Abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts. Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends zum erstenmal: Der Leiermann und sein Pfeifelind. Montag: Berlin wie es weint und lacht.

Luise-Theater. Reichsbergerstr. 34. Abends 8 Uhr: Bartel Turafer. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Eneuwitzen. Abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts. Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends zum erstenmal: Der Leiermann und sein Pfeifelind. Montag: Berlin wie es weint und lacht.

Bartel Turafer. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Eneuwitzen. Abends 8 Uhr: Am Tage des Gerichts. Sonntag nachm. 3 Uhr: Hoffmanns Erzählungen. Abends zum erstenmal: Der Leiermann und sein Pfeifelind. Montag: Berlin wie es weint und lacht.

WINTERGARTEN. Neues glänzendes Programm. Theater an der Spree. Köpenickerstraße 68. Täglich 8 Uhr: Am grünen Weg. Ein Stück betteres Berlin in 4 Akten von Heinrich Hee.

Schiller-Theater. Schiller-Theater O. (Schiller-Theater). Freitag, abends 8 Uhr: Rosmersholm. Schauspiel in 4 Akten v. Henrik Ibsen. Deutsch von Wilhelm Lange. Sonnabend, abends 8 Uhr: Reiterattache. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Helmat. Sonntag, abends 8 Uhr: Reiterattache. Schiller-Theater Charlottenburg. Freitag, abends 8 Uhr: Zum erstenmal: Gebildete Menschen. Volksstück in 3 Aufzügen von Viktor Léon. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Hermannsschlacht. Sonntag, nachm. 3 Uhr: Der Herr Senator. Sonntag, abends 8 Uhr: Gebildete Menschen.

Schiller-Saal (Schiller-Theater) Charlottenburg. Freitag abends 8 Uhr: Vortrag Dr. Paul Criel: Hugo Wolf. Erläutert durch Gesang (Edmar Hilberg). 7. Vortrag des Zyklus: Komponisten der Zukunft. Sonntag abends 8 Uhr: Adalbert v. Chamisso-Abend.

Zirkus Schumann. Heute Freitag, den 15. November, abends präzis 7 1/2 Uhr: Vorwiegend humoristisches Progr. Komische Clowns und Auguste mit ihren neuesten Witz sowie die großartigen neuen Spezialitäten. U. a.: Vertikal größte Sensation 6 liegende 2 Damen 6 Banvards 4 Herren Wirklich phänomenale Leistungen. Ferner: Chester H. Dieck, der bis jetzt unübertroffene Erdspalt. Um 9 1/2 Uhr: Die diesj. große Wasserpantomime Voss Witz und Humor. Eine Fortf. d. „Lustig. Heideberger“. Ein Auf dem Neckar Theater Folies Caprice Linienstr. 132, Ecke Friedrichstraße. * Rabbi Meseritsch. * Unter Zell. Geteilte Liebe. Anfang 8 Uhr. Theater des Zentrums. Sophien-Str. 17/18. Bis früh um fünf.

XIII. Saison. Zirkus Busch. Freitag, den 15. November, abends präzis 7 1/2 Uhr: Kom. Gala-Abend! Origin. japanisch. Fechtkünster Ono und Ota. Geschw. Amato. Vermette-Carpattil-Troppe. Herr Ernst Schumanns Neudressuren. Clowns Cavallini als Stierkämpfer, Managenkomik. Jim u. Jam. Clowns Francois u. Magriel. - Um 1/2 10 Uhr: Auf der Hallig. Die Wunder der Tiefsee. - Das Geheimnis d. tau chenden Sirenen.

Metropol-Theater. Anfang präzis 8 Uhr. Das muß man seh'n!! Gr. Revue in 4 Akten (12 Bildern) von J. Freund. Musik von Viktor Hollander. In Szene gesetzt von Direktor Richard Schultz. G. Thielscher a. D., F. Massary B. Darmand a. D. Bender, Giampietro, Josephi Rauchen überall gestattet. Sonntag, 17. November, nachmittags 3 Uhr: Die Herren von Maxim.

Haben Sie schon die Deutschen Konzerthallen, An der Spandauerbrücke 3, besucht??? Genau!! zentrierte Diencens faßt man am besten im größten Optischen Spezialgeschäft von Robert Arnoldi Berlin NO., Neue Königstraße 42, (eine Minute vom Alexanderplatz). Vorzeiger dieses Inzerates gewährt an der Kasse 5 Prozent. Arbeiter finden für den Winter gute und billige Unterkleider in großer Auswahl Brunnenstr. 158, jetzt nur Gelber Laden.

BERNHARD ROSE THEATER. Abends 8 Uhr: Othello. Anfang 8 Uhr. Sonntagabend 8 Uhr: Die Herrnsfelder. Sonntagabend 8 Uhr: Die Herrnsfelder.

Rixdorfer Theater. Bürgerstraße, Bergstraße Nr. 147. Sonntag, den 17. November: 4. Gastspiel des Opern-Ensembles (Theater des Westens) unter Leitung des Herrn Dir. Arthur Below: Der Freischütz. Anfang 7 1/2 Uhr. Montag, 18. Nov.: 2. Volksfest, halbe Kassenpreise: Zapfenstreich.

Passage-Theater. Paula Wirth! die Diva rideviva. u. d. großartige Novemberprogr.

Apollo Theater. Die hervorragenden Attraktionen. 9 1/2 Uhr: Der Glau der Saison: Sylvester Schaffer jr. der berühmte Universalakünstler.

Palast-Theater. Burgstraße 24. Heute 8 Uhr. Entree 20 Pf. Gisella und Max musikalischer Akt. Die 4 Theodors Omer Sait-Trio Novelty Cascadeure Unsere Räte Lustspiel u. 9 erstklassige Nummern.

Gebr. Herrnsfeld-Theater. 57 Kommandantenstraße Nr. 57. Anfang 8 Uhr. Vorverkauf 11-2. Sum 105. Male: Madame Wig-Wag Operetten-Bur. Musik v. L. Gal. Zum 130. Male: Es lebe das Nachleben! Separat-Ware in 2 Akten. Beide Stücke mit den Autoren Anton und Donat Herrnsfeld. Sonntag 8 Uhr, halbe Preise: Die Meyerhains mit Anton und Donat Herrnsfeld.

W. Noacks Theater. Direction: Rob. Dill. Blumenstr. 16. Zum letzten Male: Lenore, die Grabesrau. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf. Sonnabend Extra-Vorstellung: Griseldis. Dienstag, 19. Nov., auf Wunsch: Das Rätsel seiner Ehe. Brunnen-Theater. Badstraße 58. Direkt.: Barnh. Ross. Freitag, den 15. November 1907: Vom Thron zum Schafott. Historisches Drama in 5 Aufzügen von Fr. Tieck. Anf. 8 Uhr. Kassenöffnung 7 Uhr. Vorverkauf von 10-2 Uhr nachmittags. Walhalla-Variété-Theater. Weinbergsweg 19/20, Rosenth. Tor. Anfang 8 Uhr. Das grandiose Novemb.-Programm Die urkomische Mundepantomime „Aus einer kleinen Garnison“, dargestellt von 30 Kungen. 7 Japanische Hofkünstler 7 u. a.: Der Schwertersprung. Verzaubtes Aften. Papageno u. 12 großartige Spezialitäten 12 Lumen: 3 Kapellen-Konzert. Theaterdelikatessen freier Eintritt.

Folies Bergère. Variété Intime Jägerstraße No. 63 a Eröffnung. Sonnabend, den 16. Nov., abends 8 1/2 Uhr. Trianon-Theater. Fräulein Joseite - meine Frau. Anfang 8 Uhr. Prater-Theater. Bürgerliches Schauspielhaus. Kakanien-Räte 7-9. Zum 1. Male: Zwischen zwei Herzen. Schauspiel in 4 Akten v. Rich. Böf. Anfang 8 Uhr. Sonnabend: Diefelbe Vorstellung. Kasino-Theater. Lotzingerstr. 37. Täglich 8 Uhr: Biederleute. Komödie in 4 Akten v. Rob. Misch. Vorher das glänz. hiesige Programm. Sonntag 4 Uhr: Die wilde Jagd. J. Gossmanns Festsäle. Bel.: O. Ernst SW., Kreuzbergstr. 48. Jeden Freitag: Friek - Krause - Sänger (Orig. - Harburger Sänger) Kassepartout gültig. Jeden Montag: Freitanz. 9 Uhr.

Expedition des „Vorwärts“,
Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Laden).

Weihnachtsprämien für unsere Abonnenten.

Wir empfehlen unseren Lesern

Ferdinand Freiligraths sämtliche Werke

in vorzüglicher Ausstattung, gebunden in drei eleganten Leinenbänden, statt zu dem bisherigen Preise von 5.— Mark für nur 3.— Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.) Die politischen und sozialen Gedichte Freiligraths sollten die Arbeiter veranlassen, diesen Dichter des Kampfes mehr als bisher kennen zu lernen.

Ferner liefern wir in einer neuen illustrierten Ausgabe ebenfalls zum Vorzugspreise:

Friedrich Gerstäckers Werke

in zwei Bänden gebunden und über 1000 Seiten stark, zum Preise von 3.50 Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.) In seinen romantischen Reiseomanen verbindet er die Schilderung vorwiegend Naturbeschreibungen, namentlich des amerikanischen Westens, mit prächtigen Naturzeichnungen.

Von unseren früheren Prämien-Ausgaben haben wir noch einen kleinen Rest am Lager und empfehlen wir:

Franz Grillparzers sämtliche Werke.

Neue illustrierte Ausgabe in zwei Bänden, herausgegeben und mit Einleitung versehen von Rudolf v. Sotthall. Das Werk ist gut ausgestattet, umfasst über 1000 Seiten und kostet ebenfalls nur 3.— Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.)

Fritz Reuters sämtliche Werke

in einer neuen illustrierten Prachtausgabe, zwei Bände, elegant gebunden, circa 1200 Seiten umfassend, mit Illustrationen und ausführlichem hochdeutschem Wörterbuch. Preis nur 3.— Mark. (Porto nach außerhalb 50 Pf.)

Möbel! Möbel!

Wichtig für Brautleute, Hoteliers, Pensionate!

Im Aufbewahrungs-Speicher
und Lagerhaus Lothringerstraße 26

stehen in 5 Etagen aufgestellt:

Zirka 85 Zimmer bessere Möbel!

Speisezimmer, Herrenzimmer, Salons, Schlafzimmer, Fremdenzimmer, Damenzimmer!

Außerdem: Zirka 62 Zimmer Nußbaum-Möbel!

Komplette Einrichtungen von 300—5000 M.

225 Stück einzelne Möbel wie:

Büfette, Sofas, Ausziehtische, Lederstühle, Säulentrumeaus, Garnituren, Kleiderschränke, Vertikals, Schreibtische, Bücher-schränke, Umbaus, Ankleideschränke, Klubsessel, Pianos.

75 komplette Küchen

in allen Farben und Größen von 50—200 M.

Spezialität: Einrichten ganzer Hotels, Pensionate, Gasthöfe, Krankenhäuser, Vereinslokale etc.

Jeder Posten sofort lieferbar!

Hasemanns Zentral-Speicher.

Einzig und allein: Lothringer-Straße 26.

Blitz = Schnell

kommt man mit der Hochbahn zu Weingarten, Gitschinerstr. 72, Station im Hause. Haltestelle Weingartenstr. Umsteigt:

1 Posten Monats-Anzüge, 1 Posten Monats-Paletots,

1 Posten Monats-Beinkleider zu staunend billigen Preisen,

auch für torpulenten Herren passend.

Dieselben sind von seinen Cavalieren und Reisenden, die nur einen Monat ihre Garderobe tragen.

Fahrgeld wird vergütet. Bitte um Hausnummer zu achten.

Nur für Herren

welche Wert auf elegante Garderoben legen, bietet sich Gelegenheit, sich in dem Kaufhaus für Monatsgarderoben, Große Frankfurterstraße 93 (zwischen Markus- und Krautstraße), mit gebrauchter moderner Kleidung zu versehen.

Wir besitzen unsere Anzüge, Paletots usw. teils aus ersten Abonnementhäusern, teils von Herrschaften, Doktoren, Cavalieren usw., die nur bei ersten Schneidern arbeiten lassen.

Es bieten sich daher für jedermann ganz enorme Vorteile, da sich unsere Garderoben der weit sehr mangelhaft angefertigten Konfektionsware gegenüber durch besonders gute Verarbeitung (vielfach auf Seide) und tadellosen Sitz auszeichnen. Wir empfehlen gereinigte, reinwollene

3 Monat 2 Monat 1 Monat
getragene getragene getragene

Maß-Anzüge 8 M. 12 M. 16 M.

Maß-Paletots 6 M. 10 M. 14 M.

Kaufhaus für Monatsgarderoben

Große Frankfurterstraße 93
zwischen Markus- und Krautstraße.

Fracks und Gesellschaftsanzüge werden zu billigen Preisen
verkauft.

Einziges christliches Geschäft dieser Art am Platz.

Achten Sie auf die blauen Schilder.

Sozialdemokratischer Wahlverein

für den

4. Berliner Reichstagswahlkreis.

Sonntag, den 17. November 1907:

:: Stiftungsfest ::

in folgenden Lokalen:

Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15.

Kellers Festsäle, Koppenstr. 29. Turnerische Aufführungen.

Elysium, Landsberger Allee 40a.

Boekers Festsäle, Weberstr. 17. Mitwirkung der beliebten

Vortragskünstlerin Frau

Margarete Walkotte, Herr Emil Richard,

bedeutendster Dialektumorist der Gegenwart, Männerchor 1905 und

Gesangverein „Norddeutsche Schleiße“. Reigenfahren.

In sämtlichen Lokalen: **Konzert und Tanz.**

Eröffnung 4 Uhr. Anfang 5 Uhr. Billetts: Vorverkauf 25 Pf., an d. Kasse 30 Pf.

Zu zahlreichem Besuch ladet ein Das Komitee.

Bekanntmachung!

Der ganz außerordentliche Erfolg der vorigen Sondervorstellung veranlaßt das

Theater an der Spree, noch eine weitere Sondervorstellung

zu ermäßigten Preisen für die arbeitende Bevölkerung zu

veranstalten, die am nächsten Sonntag, nachmittags 3 Uhr,

stattfindet. In Szene geht:

„Der Aktienbudiker.“ Heitere Szenen aus dem Volksleben

Alt-Berlins.

Preis-Ermäßigungen nur für die Leser des „Vorwärts“.

Orchester - Fautoull } jeder Platz 95 Pfennige.
Parquet-Fautoull }
I. Rang-Balkon }

Billetts zu diesem ermäßigten Preise werden nur gegen Abgabe dieser Bekannt-

machung an der Theaterkasse ausgegeben. Auf jede vorgelegte Nummer des

„Vorwärts“ werden 1—4 Billetts verabfolgt.

Theater an der Spree: Köpenickerstraße 68.

Tagekasse 10—2 und 6—8 Uhr. 86/19*

Sanssouci

Kottbuser-Straße 6.

Direktion: Wilhelm Reimer.

Heute Freitag wegen

Privat-Festlichkeit

geschlossen.

Sonntag, Montag und

Donnerstag:

Hoffmanns Nordd. Sänger

u. Tanzkränzchen.

Sonnt. Beg. 5, wochent. 8 U.

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

Ha-Ha-Ha!

Weshalb sich noch plagen?

Waschen ein Fest!

wenn man

„Profitta“

waschen läßt

Größtes Wunderwaschmittel

— des 20. Jahrhunderts —

Große Ersparnis an Zeit, Geld

und Schonung der Wäsche.

In 1 Stunde wird die schmutzigste Wäsche schneerein,

blendend weiß, Kakao-, Obst-, Blutflecke usw., wenn noch

so alt und eingetrocknet, verschwinden, ohne daß man

eine Hand zu rühren braucht.

Zahlreiche glänzende Anerkennungen aus allen Kreisen.

— Prospekt gratis und franko. —

Falls „Profitta“ in Ihrer Nähe nicht zu haben

ist, liefern wir direkt portofrei eine Probe-

sendung, für mittlere Wäsche ausreichend,

gegen Voreinsendung von 60 Pf. in Briefmarken.

Allein. Fabr.: Wunderwaschmittel-Vertrieb,

Charlottenburg IV. (Bl. 30.) — Fernspr. Chbg. 8218.

Kolonialw., Drogen-, Seifengesch. als Wiedervork. ges.

727L*

Reichshallen-Theater.

Täglich:

Stettiner Sänger.

Britton

als

Kate im

Familien-

bad

Waussee.

anf. wochent. 8, Sonntags 7 Uhr.

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

336/19

Zum 25. Ehejubiläum
ein dreifach donnerndes Hoch!
unserem Genossen 7352

Albert Schulz

Senefelderstr. 42.

Der 532. Bezirk.

Todes-Anzeige.

Am 13. November starb nach
langem Leiden mein lieber Mann,
unser guter Bruder und Schwager,
der Tapfer

Karl Bender

im Alter von 54 Jahren.

Die Beerdigung findet morgen
Sonntag, den 16. November,
vom Trauerhause Bechstr. 35 in
Bellen, 14. November 1907.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Allen Verwandten, Freunden
und Genossen die traurige Nach-
richt, daß meine liebe Frau,
unsere gute Mutter

Marie Fischer

und unerwartet durch den Tod

entrißen wurde.

Die Beerdigung findet heute

Freitag, den 15. d. Mts., nach-

mittags 3 Uhr, von der Leichen-

halle des St. Streng Kirchhofes in

Waldenau aus statt.

Dies zeigt tiefbetrübt an

Der trauernde Gatte

Wilhelm Fischer und Kinder.

Gräbstr. 34. [13119]

Am 13. November starb unsere

liebe Mutter, Witwe

Anna Rieger

nach jahrelangen schweren Leiden.

Die trauernden Kinder

Anna und Paul Rieger.

Die Beerdigung findet am

Sonntag, den 17. November, nach-

mittags 3 1/2 Uhr, vom Trauer-

hause, Rummelbürg, Pring Alber-

straße 29, aus nach dem Rummel-

bürger Kirchhofe statt. 13085

Dankagung. 7319

Für die vielen Beweise herzlicher

Teilnahme und zahlreichen Kranz-

spenden bei der Beerdigung meiner

lieben Frau

Klara Makowiecki geb. Poltrak

sage ich allen Freunden und Be-

kannten sowie auch den Kollegen und

der Firma Meyer Heitgen u. Co.

meinen herzlichsten Dank. 13109

Julius Makowiecki.

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

7319

Unnter Verbandstag der Friseurgehülfen.

Bremen, 12. November.

Erster Verhandlungstag.

Außer 15 Delegierten sind 2 Vertreter des Verbandsvorstandes, Sassenbach als Vertreter der Generalkommission und Riessen als Vertreter der Internationalen Union of Journeymen, Friseur- und Barbiers in London anwesend.

Der Rechenschaftsbericht des Vorstandes wird von dem Vorsitzenden Etkorn und dem Kassierer Riddelhoff gegeben. Wir haben in unserem Vorbericht bereits darauf hingewiesen.

Wernicke-Berlin gibt den Bericht des Verbandsauschusses. Danach sind in der Berichtszeit 18 Beschwerden eingelaufen, die sich auf die Zustellung der Verbandszeitung, das Verhalten des Vorstandes usw. beziehen. Eine der Hauptaufgaben des Ausschusses war die Regelung der Wahl des Hauptkassierers, gegen die Protest eingelegt war. Es wurde eine nochmalige Ausschreibung dieses Postens veranlaßt, die mit demselben Resultat, mit der Wahl des jetzigen Kassierers Riddelhoff, endete.

Mit diesem Bericht werden zugleich die Anträge von 1-30 zur Diskussion gestellt.

Nierwald-Frankfurt a. M. übt scharfe Kritik an der Anstellung des Hauptkassierers und des früheren Gauleiters Schmidt.

König-Hannover befürwortet die Annahme des Antrages seiner Verwaltungsstelle, nach dem die Bestimmungen über die Unterstützungseinrichtungen in Broschürenform herausgegeben werden sollen. Ferner tritt Redner für die feste Anstellung des Verbandskassierers ein. Die Anstellung von Gauleitern habe sich noch nicht bewährt. Bezüglich der Verwaltungsstelle Hannover sei kein Rückschritt zu verzeichnen, wie das im Bericht zum Ausdruck komme. (Etkorn: Das hat sich jetzt erst herausgestellt.) Es sei auch angebracht, das Jahrgang besser auszugestalten, wenn es agitatorisch wirken sollte.

Schmidt-Berlin führt den Rückgang des Markenverkaufs der Verwaltungsstelle Berlin auf die Lohnbewegung zurück. Die Anstellungs- und Lohnverhältnisse der Beamten mühten auch geregelt werden; der jetzige Zustand sei unhaltbar.

Rehm-Hamburg wünscht, daß den kleineren Verwaltungsstellen eine größere Anzahl Zeitungen zugestellt wird. Redner vertritt ferner die Ansicht, daß entweder den selbständigen und unselbständigen Mitgliedern dieselben Rechte eingeräumt werden müssen, oder Selbständige dürften in Zukunft keine Mitglieder mehr sein.

Steinmüller-Leipzig wünscht, daß den Verwaltungsstellen monatlich mit den Zeitungen zugleich ein Verzeichnis der ausgeschlossenen Mitglieder zugestellt wird.

In der nächsten Sitzung wird die Debatte über den Rechenschaftsbericht fortgesetzt.

Bremen, 13. November.

Zweiter Verhandlungstag.

Es wird zunächst die Debatte über den Rechenschaftsbericht des Vorstandes fortgesetzt.

Etkorn bemerkt u. a. zu den Anträgen und zur Kritik der Geschäftsführung des Vorstandes, daß sich der Vorstand nicht das Recht nehmen lassen könne, in die Verwaltung der Zweigvereine hineinzuweisen. Es sei mit Recht darauf hingewiesen, daß der Vorstandsbericht nicht früher erschienen sei. Redner konnte mit dem Bericht nicht früher anfangen, bevor nicht die Abrechnung vom 2. Quartal 1907 vorlag. Ferner sei zu berücksichtigen, daß diese umfangreiche Arbeit neben den laufenden Arbeiten ausgeführt werden müsse.

Stade-Altona befürwortet die Überweisung des Antrages 8, der dem Verbandsrat das Eigentumsrecht an den Mitgliedsbüchern sichern soll, an die Statutenberatungskommission.

Zu der Abstimmung werden u. a. folgende Anträge angenommen: „Der Vorstand wird beauftragt, den Ortsverwaltungen monatlich ein Verzeichnis der ausgeschlossenen Mitglieder zuzustellen.“ „Die Quartalsabrechnungen sind nicht mehr in der Fachzeitung zu veröffentlichen, sondern den örtlichen Verwaltungen zur Verbreitung zuzustellen.“ Dem Vorstände als Material überweisen wird der Antrag, nach dem den Quartalsabrechnungen ein vollständiges Adressenverzeichnis der Gauleiter und Zweigvereine usw. beigelegt werden soll. Ein Antrag Dresden: „Zur genauen Arbeitslosen-Zählung sind Kontrollkarten einzuführen, mit welchen sich die arbeitslosen Mitglieder täglich auf dem Arbeitsnachweis zu melden haben.“ wird ebenfalls angenommen. Dem Vorstände wird einstimmig Décharge erteilt.

Zum Punkt

Agitation

referiert Schmidt-Berlin. Redner hält es für notwendig, daß in Zukunft für die Agitation mehr Mittel zur Verfügung gestellt werden, selbst wenn die Unterhaltungen eingeschränkt werden müßten. Man solle nicht immer öffentliche Versammlungen einberufen, wenn man an irgend einem Orte für die Organisation Propaganda machen wolle. Da seien Zusammenkünfte zu Besprechungen mit den indifferenten Kollegen häufig von größerem Vorteil. Ferner müßte den Mitgliedern in den Versammlungen mehr Gelegenheit gegeben werden, sich Kenntnisse von der Sozialgesetzgebung anzueignen. Redner faßte seine Ausführungen in folgende Resolution zusammen:

„Der 9. Verbandstag beschließt, die Agitation unter den Friseurgehülfen mehr denn bisher zu betreiben. Gemäß den gemachten Erfahrungen wird der Vorstand ersucht, zwecks Agitation mehr Mittel stiftig zu machen. Ferner wird der Vorstand beauftragt, der Frage einer Mehranstellung von Gauleitern oder aber von Zuschüssen für agitatorisch tätige Kollegen näherzutreten. Der Verbandstag erklärt diese für die besten Mittel, um die in der Provinz tätigen Kollegen für die Organisation zu gewinnen.“

In der Debatte zu diesem Referat nimmt die Erörterung der Frage über die Zweckmäßigkeit der Anstellung von Gauleitern einen breiten Raum ein.

Bei der Abstimmung wird die Resolution des Referenten angenommen. Die Anträge zum Punkt „Agitation“ werden bis auf zwei durch Uebertragung zur Tagesordnung erledigt. Ein Antrag, in dem gefordert wird, die Aufnahmeheime auf der Rückseite mit Erläuterungen über Zweck und Nutzen der Organisation zu versehen, wird dem Vorstand überwiesen. Der Antrag Bremen: „Der Verbandstag erwartet einen Bericht über die bisherige Tätigkeit der Kommission zur Beseitigung des Kost- und

Logiszwanges“ wird durch die Erklärung des Vorsitzenden als erledigt angesehen, daß jetzt die Broschüre über die im Jahre 1905/06 erfolgten statistischen Erhebungen über die Lage der im Kost- und Logiszwang beschäftigten Arbeiter nunmehr im Druck vorliegt.

Etkorn hatte im Laufe der Debatte den Antrag gestellt, für Rheinland-Westfalen einen Gauleiter anzustellen und Rehm-Hamburg dies Amt zu übertragen. Dieser Antrag wurde dem Vorstand überwiesen. Die Zustimmung des Verbandstages erhält ein Antrag Rehm, wonach der Vorstand beauftragt wird, zu versuchen, die Damenfriseur- und Perückenmacher-Gehülfen dem Verbandsrat zuzuführen.

Ueber

Lohnbewegungen

referierte der Verbandsvorsitzende Etkorn. Er behandelte diese Frage von folgenden Gesichtspunkten aus: Was soll gefordert werden? Wann soll man in eine Lohnbewegung eintreten? Wie sollen Lohnforderungen gestellt werden? Die rückständigen Verhältnisse beeinträchtigen die Organisation als Ganzes und zugleich auch die Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen. Die Anzahl der Einzelbetriebe bewirke eine mangelhafte Rentabilität, auf die die Gehilfenchaft zwar keine Rücksicht nehmen könne, aber immerhin sei ihren Bestrebungen dadurch eine gewisse Grenze gezogen. Der Einfluß der Organisation beschränke sich fast ausschließlich noch auf die von der Arbeiterschaft frequentierten Betriebe, weil es der in dem Innungsbande verkörperten Reaktion des Gewerbes unter Hinweis auf die eigenen Verhältnisse immer noch gelinge, die große Mehrzahl der Gehilfen von der Organisation fernzuhalten. So lange die Preiserhöhungen der Selbständigen den Angelpunkt der Lohnbewegungen jeder tatsächlichen Disposition des Verbandsvorstandes, in örtlicher und zeitlicher Beziehung, vollständig entzogen. Redner geht dann auf verschiedene im Laufe der Berichtsperiode stattgefundenen Lohnbewegungen ein, um nachzuweisen, wie solche Bewegungen nicht geführt werden sollen. Nachdem der Referent die Fragen der Taktik eingehend erörtert hatte, bemerkt er u. a., daß die auf Veranlassung des Vorstandes hergestellten Geschäftspläne, die den Namenszug des Vorsitzenden als Unterschrift tragen und als Ausweis dienen, daß die Arbeitsbedingungen in dem betreffenden Geschäft mit dem Verbandsrat der Friseurgehülfen Deutschlands geregelt sind, gute Dienste geleistet haben. Der Redner schließt seine Ausführungen mit dem Bemerkten, wenn bei Lohnbewegungen seitens der Prinzipale der Preis für Kassieren auf 20 Pf. erhöht werde, so müsse entweder gleichzeitig der Kost- und Logiszwang beseitigt werden oder die Gehilfenchaft habe ganz energische Maßnahmen zu treffen, um diese Preiserhöhung zu verhindern.

Eingegangene Druckschriften.

Kalender des Zentralverbandes der Maurer 1908. Herausgegeben von Fritz Paeplov. 50 Pf. Verlag: Th. Schönbauer in Hamburg. Reclams Universalium, Heft 6. Wöchentlich ein Heft 50 Pf. Verlag: G. Reclam in Leipzig. Die ärztliche und erzieherische Behandlung von Schwachsinnigen in Schulen und Anstalten und ihre Verjorgung von Dr. L. Laquer. 1,50 M. Verlag: C. Neubauer in Jalle a. S.

Um Verwechslungen zu vermeiden, achten Sie genau auf unsere volle Firma.

Seefische—Volksnahrung! Bester Fleischersatz, schmackhaft und von hohem Nährgehalt. Täglich frische Zufuhren in eigenen Kühlwaggons eintreffend!

Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“ (Größte Hochseefischerei-Gesellschaft Deutschlands.) Filiale: Berlin C. 2, Bahnhof Börse, Bogen 8-10. Verkaufsniederlagen: Zentral-Fernspr. Amt III, No. 8804. Prinzenstr. 30, Gr. Frankfurterstr. 85, Schies. Bahnh., Bog. 8/9, Potsdamerstr. 112a, am Moritz-Platz, bei d. Mariusstraße, Madalstr., b. d. Fruchtst., b. d. Lützowstraße, Wilsnackerstraße 57, Wilmersdorferstraße 111, Tegel, Traskowstr. 14, Tel.-Amt VI 7190, b. d. Dreyestraße, am Stuttgarter Platz, Ecke Schlieperstraße, Spandau, Breitestr. 54, Tel.: Amt II 2039, Tel.: Charlottenb. 6718, Tel.: Tegel 114, (am Markt), Invalidenstr. 131 (vis-à-vis Stettiner Bahnhof), Tel.: Spandau 748.

Wir empfehlen besonders: p. Pfd. Bratfludern 25 Pf. 3 Pfund 70 Pf. Cabliau ohne Kopf 33 Pf. im Anschnitt 35 Pf. Alle übrigen Sorten Seefische zu billigsten Tagespreisen. Geräucherte Riesenlachsheringe Stück 15-20 Pf. Große Auswahl in den übrigen Räucherfischen sowie in Marinaden (Fisch-Deikattessen).

Neu erschienen: Referenten-Führer Eine Anleitung zum Erwerb des für die sozialdemokrat. Agitationstätigkeit nötigen Wissens und Könnens von Eduard David. Preis 1,50 M. Sozialismus und Kolonialpolitik. Eine Auseinandersetzung von Karl Kautsky. 224/18* Preis 50 Pf. In besserer Ausstattung 1 M. Expedition des Vorwärts Berlin SW. 68 Lindenstr. 69 (Laden).

Beste Bettenfüllung sind die vorzüglich füllenden, sehr elastischen, echt chinesischen Monopoldaunen (gerollt, geschütt) Pfund BRF. 2,85. 1-4 Pfund gemäss 1/2 gr. Oberbrst. Best. geg. Nachnahme, Verpackung frei. Gustav Lustig Berlin S. Prinzenstr. 46 Gedr. des Weltfremden-Verlags, gedr. in Deutschland.

Damen, die viel Geld sparen wollen, kaufen ihre Mäntel, Kostüme, Jacketts, Röcke u. c. im Engros-Geschäft von A. Schwanitz für die Hälfte des regulären Preises Waldmannstr. 1, Ecke Landsbergerstr. I. Efg. Kein Laden. Gr. Lager.

Kredit. Billige Einkaufs-Woche in meinen Abteilungen für Herren- und Damen-Konfektion. Um Ihnen die sofortige Anschaffung von Garderoben auf Kredit noch mehr zu erleichtern, mache Ihnen heute ein ganz außergewöhnliches Angebot. Bei kleinster An- und Abzahlung gewähre ich diese Woche 10% Rabatt und stelle Ihnen trotzdem meine beliebten praktischen Gratis-Zugaben zur Verfügung. Ich empfehle in modernen Stoffen: Paletots und Anzüge. Gratis erhält jeder neue Kunde eine Herren-Remontoir-Uhr oder eine moderne Herren-Hose. Damen-Garderoben. Kostüme 14-60 M, Hösche 14-35 M, Mäntel 12-50 M, Blusen in Wolle u. Seide 5-30 M, Jacketts 8-30 M. Pelz-Stolas in allen Pelzarten bis zu dem Elegantesten. Maß-Anfertigung in deutschen und englischen Stoffen. für guten Sitz wird garantiert. Kleiderstoffe in allen Farben. Größtes Kredit-Haus Berlins A. DAMITT nur Rosenthaler-Str. 46-47, I. 46-47 Ecke Neue Schönbauer Str.-se. 46-47

